



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„A Balance of Power that Favors Freedom“
Condoleezza Rice - Eine Konzeptionelle Biographie

Verfasserin

Astrid Rosenwirth

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:	A300
Studienrichtung lt. Studienblatt:	Politikwissenschaft
Betreuer:	a.o. Univ. – Prof. Dr. Heinz Gärtner

Meinen Eltern

INHALT

Einleitung	7
1. Außenpolitischer Diskurs der USA	11
1.1 Traditionalists vs. Transformationalists.....	11
1.2 Leitbilder und Konzepte.....	13
1.2.1 Die amerikanische Mission.....	13
1.2.2 „A world safe for democracy“.....	14
1.2.3 Nicht auf Geisterjagd.....	15
1.2.4 Realismus – Theoretische Tradition.....	16
1.3 Der Kalte Kriegs Diskurs.....	20
1.3.1 Zwischen Realpolitik und Amerikanischer Mission.....	20
1.3.2 Vietnam, Kissinger und das Coming of-age der Neokonservativen.....	22
2. Die Realistin	27
2.1 Condoleezza und das Militär.....	27
2.1.1 Von Brahms.....	28
2.1.2 ...Via Korbel.....	29
2.1.3 ...Zu Stalin.....	30
2.1.4 Das „Korbelische“ Weltbild.....	31
2.1.5 Der Sowjetische Generalstab.....	32
2.1.6 Im Elfenbeinturm.....	34
2.2 Condoleezza Rice und das Ende des Kalten Krieges.....	38
2.2.1 Rice und Realpolitik.....	38
2.2.2 Rice und die amerikanische Sowjetstrategie.....	39
2.2.3 Rices „Sternstunde der Diplomatie“.....	42
2.3 Fazit.....	43
3. Rice, die Neunziger und der Unipolare Moment	45
3.1 Stanford und Corporate Business.....	45
3.2 The Lone Superpower.....	46
3.3 Das neokonservative Programm für den Unipolare Moment.....	48

3.3.1 Vom Ende der Geschichte.....	49
3.3.2 ...in eine unipolare Welt.....	49
3.3.3 ...unter dem wohlwollenden Hegemon.....	52
4 George W.'s Realistin.....	57
4.1 Die Vulkane.....	58
4.2 „Promoting the National Interest“.....	62
4.3 Rices Realismus und der 11. September.....	72
5 Rice und der Neokonservatismus.....	77
5.1 Der 11. September 2001.....	78
5.2 „A Balance of Power that Favors Freedom“.....	79
5.3 Rice und der Irak-Krieg.....	88
5.3.1 Die Realisten vs. Condoleezza Rice.....	93
5.4 Fazit.....	98
6 Madame Secretary.....	99
6.1 Rice und die Diplomatie der Transformation.....	103
6.2 Die Nationale Sicherheitsstrategie 2006.....	104
6.3 Rice und der Iran – Zwischen <i>Regime Change</i> und <i>Behavior Change</i>	105
6.3.1 Die <i>Iraq Study Group</i> , Robert Gates und die Rückkehr zum Realismus.....	110
6.4 Zurück in die Zukunft - Rice und Nordkorea.....	114
6.5 Fazit.....	118
7. Schlussresümeee.....	121
8. Literaturverzeichnis.....	127

Einleitung

Condoleezza Rice hat es ganz nach oben geschafft. Ihr politisches Debüt, gab sie Anfang der Neunziger Jahre, als Beraterin für sowjetische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat von George H. W. Bush. Im Januar 2001 ernannte dessen Sohn sie zur Nationalen Sicherheitsberaterin und, vier Jahre darauf, zur ersten schwarzen Außenministerin der USA. Rices Lebenslauf ist beeindruckend; dementsprechend viele Biographien füllen die Verkaufsregale. Sie handeln von ihrer Kindheit im segregierten Süden der USA und ihrem bemerkenswerten Aufstieg; ihrer Selbstdisziplin und Intelligenz; ihrer ausgesprochen engen und loyalen Beziehung zu George W. Bush, sowie ihrer Leistung als Nationale Sicherheitsberaterin und Außenministerin in einer, von politischen Revierkämpfen gezeichneten, Administration.

Ein Aspekt, wenngleich er nicht unbemerkt geblieben ist, hat bisher wenig kritische Auseinandersetzung erfahren. Es ist Condoleezza Rices beachtenswerter Wandel weg von einem, auf Machtkalkül basierenden, politischen Realismus, hin zur Verfechtung einer amerikanischen Außenpolitik, begründet in moralischen Prinzipien, mit dem Ziel der demokratischen Transformation des Nahen Ostens.

Mit den Anschlägen des 11. Septembers konnten sich in der Bush Administration Ideen über Amerikas Rolle und Aufgaben in der Welt, vor allem über die Art der Umsetzung derselben, durchsetzen, die von Beobachtern als revolutionär bezeichnet worden sind.¹ Angesichts der möglichen Kollaboration von, nach Massenvernichtungswaffen strebenden, Schurkenstaaten und Terroristen, seien althergebrachte Konzepte wie *Containment* und *Deterrence* (Eindämmung und Abschreckung) nicht mehr angemessen. Sie müssten durch präemptives bzw. präventives Handeln erweitert bzw. ersetzt werden. Um der terroristischen Bedrohung Einhalt zu gebieten, dürfe amerikanische Außenpolitik sich nicht mehr an der Aufrechterhaltung internationaler Stabilität orientieren. Fortan müsse die Verbreitung der Demokratie das außenpolitische Ziel sein. Der Theorie des demokratischen Friedens folgend, sei das amerikanische Modell, das einzige Modell zum Erfolg, Export desselben, Rezept für ein friedliches Miteinander auf der Welt.²

¹ Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy* (Washington, DC: Brookings Institution, 2003).

² Vgl. The White House, *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington DC: September 2002).

Das Exempel an dem die neue Nationale Sicherheitsdoktrin statuiert wurde, war der Irak. Condoleezza Rice, die noch im Jahr 2000 argumentiert hatte, dass Saddam Hussein, mit *Containment* (Eindämmung), gut in Zaum zu halten sei, warnte zwei Jahre später dass, so die USA nicht präemptiv handeln würden, der Welt ein Nuklearwaffenangriff Husseins drohe.

Es ist nicht klar ob diese Transformation einem genuinen Gesinnungswandel entspringt, oder ob Condoleezza Rice sich schlicht den, während Bushs erster Amtszeit, tonangebenden neokonservativen Kräften angeschlossen hat. Ihre weitaus pragmatischere Vorgehensweise als Außenministerin, erlaubt zumindest diesen Schluss. Rices Zerrissenheit, zwischen der realistischen und der neokonservativen Denktradition, und ihre Versuche die beiden, in der politischen Praxis miteinander zu vereinbaren, sowie die Folgen einer solchen Politik, verlangen nach einer kritischen Auseinandersetzung. Dies ist Zweck der vorliegenden Arbeit.

Am anschaulichsten lässt sich der Themenschwerpunkt anhand der von Condoleezza Rice stammenden Phrase der „*balance of power that favors freedom*“³ begreifbar machen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde die Errichtung eines solchen, die Freiheit begünstigenden Mächtegleichgewichts, erstmals in der Nationalen Sicherheitsstrategie 2002 formuliert und damit zum Ziel amerikanischer Sicherheits- und Außenpolitik erklärt. Besser als jede detailreiche Analyse, fasst diese Formel das ideologische Spektrum der Bush Administration und seine politischen Implikationen. Das Konzept der *Balance of Power* ist von jeher eines der zentralen Konzepte des Realismus gewesen. Nur eine ausgeglichene Verteilung der Machtressourcen im internationalen Staatensystem könne, so die Theorie, Frieden, wenngleich zeitlich begrenzt, bringen. Frieden basiert im Realismus auf militärischer Stärke. Dem gegenüber steht die idealistische Perspektive, die das Potential für friedliches Miteinander nicht im Mächtegleichgewicht, sondern in der Verbreitung demokratischer Regierungssysteme sieht. Diese, so die Annahme, würden sich aufgrund ihrer inneren Verfasstheit, auch außenpolitisch berechenbar und verantwortungsvoll verhalten, und so der letztendlichen Pazifizierung des Staatensystems zuarbeiten.⁴ Während die Phrase der „*balance of power that favors freedom*“ auf den ersten Blick

³ *National Security Strategy*, Vorwort.

⁴ Für eine Einführung in die Theorie des Demokratischen Friedens siehe Andreas Hasenclever, „Liberale Ansätze zum demokratischen Frieden“, in *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Hrsg. Siegfried Schieder und Manuela Spindler, S. 199-222 (Opladen: Leske + Budrich, 2003).

sinnentleert erscheint, bringt sie bei näherem Hinsehen den Kern neokonservativen Denkens zum Vorschein. Dieser stellt so Stefan Halper und Jonathan Clarke, das Resultat der unwahrscheinlichen Verschmelzung von „*humanitarian liberalism and brute force*“ dar.⁵

Es wird hier die These vertreten, dass der 11. September eine Zäsur in Condoleezza Rice außenpolitischem Denken darstellt. Unter Eindruck der Anschläge hat sich Rice von den Prinzipien einer realistischen Außenpolitik abgewandt. Sie hat neokonservative Annahmen über die Handlungszwänge internationaler Politik übernommen, und besonders im Bereich der Nah-Ost Politik, neokonservative Ideen beworben. Im Amt der Außenministerin gelangte Rice, wohl auch unter Eindruck des Abgangs der Neokonservativen aus der Regierung, und des einhergehenden Wiedererstarkens realistischer Stimmen, wieder zu realistischen Einschätzungen und Ansätzen zurück. Ihre Bemühungen, im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm, eine militärische Konfrontation zu vermeiden, sowie die Verhandlungslösung im Streit um das nordkoreanische Atomprogramm, legen diesen Schluss nahe.

Im Aufbau der Arbeit orientiere ich mich an Jan Ross, der die Evolution von Rices außenpolitischem Denken auf den Punkt bringt. Er schreibt, „es gibt nicht einfach eine Condoleezza Rice sondern deren drei,“⁶ und meint die Realistin der Administration von George W. H. Bush, die neokonservativ-idealistische Nationale Sicherheitsberaterin von George W. Bush und die Außenministerin die zwischen den beiden Polen oszilliert, einmal realistisch und ein anderes mal idealistisch argumentiert.

Um der Untersuchung den notwendigen theoretischen Rahmen zu geben, bietet das erste Kapitel einen groben Abriss des amerikanischen außenpolitischen Denkens, das von jeher zwischen Idealismus und Realismus oszilliert. Einer Einführung in die realistische Theorie folgt die Darstellung von Realismus sowie Neokonservatismus als Teile des amerikanischen Kalten Kriegs Diskurs. Das zweite Kapitel widmet sich Condoleezza Rice früher akademischer und beruflicher Laufbahn. Anhand ihrer Forschungstätigkeit, einflussreicher Personen, sowie früher politischer Karriere, wird

⁵ Stefan Halper und Jonathan Clarke, *Ameria Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order* (Cambridge: Cambridge University Press, 2004), S. 181.

⁶ Jan Ross, „Ikone der Vergeblichkeit,“ *Die Zeit*, 49, 29. November 2008, <http://www.zeit.de/2007/49/Condoleezza-Rice?page=1> (abgerufen am 23. März 2008).

ihre Sozialisation mit der realistischen Denkschule nachgezeichnet. Im dritten Kapitel werden der Neokonservatismus, und seine zentralen außenpolitischen Konzepte und Ideen nach dem Ende des Kalten Krieges vorgestellt. Die Arbeit setzt sich im Wahlkampf 2000 fort, und beleuchtet im vierten Kapitel das ideologische Spektrum von Bushs Beraterteam, sowie Condoleezza Rices außenpolitische Vorstellungen zur Zeit des Regierungsantritts. Forschungsleitend sind dabei die Fragen, inwiefern sich Rices außenpolitische Ansichten vor dem 11. September als realistisch bezeichnen ließen, bzw. ob und, wenn ja, in welchen Politikbereichen, Rices Ausführungen bereits vor dem 11. September 2001 neokonservative Ideen enthielten. Außerdem wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich, im Vorfeld der Anschläge, Rices konzeptionelle Vorstellungen über die Handlungszwänge internationaler Politik, auf die Anti-Terrorismuspolitik der Administration ausgewirkt haben. Im fünften Kapitel werden schließlich Condoleezza Rices Stellungnahmen, nach dem 11. September, herangezogen um die Bush Doktrin, ihre ideologische Untermauerung, sowie ihre Implikationen für die amerikanische Nah-Ostpolitik darzustellen. Anhand einer Gegenüberstellung, mit der realistischen Kritik an der Präventivkriegsdoktrin und deren Anwendung gegen den Irak, wird Rices Abkehr von zentralen realistischen Grundsätzen und ihre Hinwendung zu neokonservativen Ideen veranschaulicht. Im sechsten und letzten Kapitel soll - vor dem Hintergrund der veränderten Mächteverhältnisse innerhalb der Administration, und dem Wiedererstarken realistischer Kräfte - Rices Amtszeit als Außenministerin untersucht werden. Die Analyse widmet sich Rices Iran- und Nordkoreapolitik, wobei die Entwicklungen ab Herbst 2006, die innenpolitisch von der Veröffentlichung des Berichtes der *Iraq Study Group*, sowie der Ernennung von Robert Gates zum Verteidigungsminister eingeläutet wurden, von besonderem Interesse sein werden.

1 Außenpolitischer Diskurs der USA

1.1 „Traditionalists vs. Transformationalists“⁷

Um die Evolution von Condoleezza Rices politischem Denken auf den Punkt zu bringen, soll ein erfahrener Praktiker der amerikanischen Außenpolitik konsultiert werden. Brent Scowcroft, einer von Rices intellektuellen Ziehv Vätern und Nationaler Sicherheitsberater von George H. W. Bush, hat die ideologischen Unterschiede innerhalb der Bush Administration als Gegensatz von „Traditionalisten“ und „Transformationalisten“ (Übersetzung A.R.) bezeichnet. Er bezieht sich damit auf die zwei außenpolitisch relevanten Flügel der Republikanischen Partei. Diese lässt sich, wie Jacob Heilbrunn bemerkt, nach Ende des Kalten Krieges in drei Lager teilen *“the outright isolationists in Congress [...] the interventionist Reaganites [und] those who fall somewhere in between – the balance-of-power realists.”*⁸ In Hinblick auf die folgenreiche Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik nach dem 11. September 2001 und die letztendlich unilaterale Durchführung des Regimewechsels im Irak, konnten sich die Ideen der Transformationalisten durchsetzen. Diese Entwicklung verdankt sich nicht zuletzt der überraschenden Konversion Condoleezza Rices vom Traditionalismus zum Transformationalismus.⁹

Die Bezeichnungen Traditionalisten und Transformationalisten sind natürlich Schlagworte. Trotzdem verbergen sich hinter ihnen zwei fundamental verschiedene Konzeptionen über Amerikas Rolle und Aufgaben in der Welt, sowie die Art der Umsetzung derselben. Sie sollen im Folgenden dargestellt werden.

Es handelt sich um den Gegensatz von Realpolitikern und Neokonservativen, die bisweilen auch als „Moralpolitiker“ bezeichnet werden.¹⁰ Die amerikanischen Realisten waren von jeher in der Republikanischen Partei beheimatet und haben die amerikanische Außenpolitik während des Kalten Krieges nachhaltig geprägt. Bei den *Neokonservativen* hingegen handelt es sich um eine Reihe früherer Linker und

⁷ Brent Scowcroft zitiert in David J. Rothkopf, *Running the World: The Inside Story of the National Security Council and Architects of American Power* (New York: Public Affairs, 2005), S. 388.

⁸ Jacob Heilbrunn, „Condoleezza Rice: George W.’s Realist,“ *World Policy Journal* 16, 4 (Winter 1999/ 2000): S. 49-54, hier S. 50.

⁹ Für diesen Punkt siehe Patricia Greve, die sich in ihren Ausführungen auf ein Interview mit Ronald Asmus, dem Direktor des German Marshall Fund, bezieht. Patricia Greve, *Neokonservative Ideen und Akteure und die Außenpolitik der Regierung George W. Bush 2001-2004* (Marburg: Tectum, 2005), S. 76.

¹⁰ Stephan Bierling, *Geschichte der Amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart* (München: Beck 2003), S. 62.

Liberaler die, unter Eindruck der gesellschaftlichen Umwälzungen der Vietnamkriegsera, vom linken Rand der Demokratischen Partei zu den Republikanern gewandert sind, und deren internationalistisches Lager, um eine auf moralische Klarheit und militärische Suprematie pochende Fraktion, erweitert haben. Ihre intellektuelle Migration fand mit der Nominierung einer ganzen Reihe Neokonservativer, in die Reagan Administration ihren vorläufigen Abschluss. Ronald Reagan verkörperte mit seiner Bezeichnung der Sowjetunion als *Evil Empire* und der massiven Aufrüstungskampagne seiner ersten Amtszeit, die Verbindung von moralischer Klarheit und militärischer Entschlossenheit die, die Neokonservativen gesucht hatten.¹¹ Demnach begreifen sie sich heute auch als Reagan Flügel der Republikanischen Partei.¹²

Während Realisten eine, an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung orientierte, amoralische Machtpolitik befürworten, propagieren die Neokonservativen eine auf amerikanische Macht basierende Weltordnungspolitik mit dem Ziel der Verbreitung von Freiheit und Demokratie in der Welt. So verbindet sich in den Vorstellungen der Neokonservativen, die im amerikanischen Exzeptionalismus begründete, idealistische Überzeugung von Amerikas besonderer Rolle und speziellen Verpflichtungen in der Welt, mit dem Ruf nach dem Einsatz uneingeschränkter, aus multilateralen Einbindungen befreiter, amerikanischer Macht.¹³

Um den konzeptionellen Hintergrund der realpolitischen und neokonservativen Denktraditionen greifbarer zu machen und um der vorliegenden Arbeit einen theoretischen Rahmen zu geben, folgt ein Überblick über Handlungsleitende Ideen und Orientierungen im außenpolitischen Denken der USA.

¹¹ Bierling, 59.

¹² Siehe Kapitel 3.3.1 in der vorliegenden Arbeit

¹³ Peter Rudolf, „Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat,“ in *Brandherd Irak: US Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Bernd W. Kubbig (Hg.), S. 144-152 (Frankfurt/New York: Campus, 2003) S. 146ff.

1.2 Leitbilder und Konzepte

1.2.1 Die amerikanische Mission

Eine Besonderheit amerikanischer Außenpolitik, und oftmals Grund für Entfremdung im Rest der Welt, ist der säkularisierte Missionsgedanke der dieselbe von jeher begleitet, und die Durchsetzung machtpolitischer Ziele oftmals ideologisch überhöht hat. Dieses Missionsbewusstsein speist sich aus der Leitidee des Amerikanischen Exzeptionalismus (*American exceptionalism*). Der Begriff des Exzeptionalismus meint die, historisch und kulturell begründete, Überzeugung dass es sich bei den Vereinigten Staaten nicht um einen weiteren normalen Staat unter vielen handelt. Vielmehr konzipierten sich die USA als „*first new nation*“, im bewussten Gegensatz zu den europäischen Realitäten, charakterisiert durch „Krieg, Machtpolitik, Tyrannei und Unterdrückung,“ als Symbol für „Frieden, Freiheit, Demokratie und Ideale.“¹⁴ Gepaart mit dem puritanischen Mythos der Auserwähltheit,¹⁵ entwickelte sich aus diesem Erbe, die gründungsgeschichtlich prägende, Vorstellung des *manifest destiny*. Demnach sei es die gottgewollte Bestimmung der USA die eigenen zivilisatorischen Errungenschaften über ganz Nordamerika zu verbreiten. Mit Abschluss der kontinentalen Expansion, Ende des 19. Jahrhunderts, verlagerte sich der Glaube an die historische Mission auf die Verbreitung der Demokratie und Freiheit, und des *american way of life* in der Welt.¹⁶ Der Appell an die Universalität amerikanischer Werte, gehört seither, bei der Rechtfertigung politischer und militärischer Interventionen, genauso zum Repertoire, wie die Dämonisierung des deklarierten Feindes.

Das Leitbild, des amerikanischen Exzeptionalismus, hat der Außenpolitik des Landes von jeher eine idealistische Komponente¹⁷ verliehen. Trotzdem lässt sich im amerikanischen außenpolitischen Denken eine zweite, dem Idealismus, gegensätzliche Konzeption identifizieren. Diese realistische Perspektive, orientiert sich nicht an moralischen Kategorien sondern an machtpolitischen Erwägungen.

¹⁴ Bierling, 12.

¹⁵ Jakob Schissler, „American Exceptionalism und das Feindbild Irak,“ in *Brandherd Irak*, S. 73-81, hier S. 77.

¹⁶ Christiane Lemke, *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder* (München/Wien: Oldenbourg, 2000), S. 127ff.

¹⁷ Sandra Neumeister zeichnet in ihrer Analyse, amerikanischer Präsidentschaften seit 1933, die hegemoniale Stellung des Liberalismus in der amerikanischen Außenpolitik eindrücklich nach. Vgl.: Sandra Neumeister, „Der amerikanische Liberalismus am Beispiel der Außenpolitik der Präsidenten der USA von Franklin Delano Roosevelt bis George W. Bush,“ (Diplomarbeit, Universität Wien, 2005).

Christiane Lemke zeichnet die historische Entwicklung der beiden Positionen nach und macht sie paradigmatisch an zwei Vertretern fest.

1.2.2 „A world safe for democracy“

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der die USA aus der Isolation und in den ersten Weltkrieg geführt hat, ist bis heute der bedeutendste Idealist geblieben. In seiner Rede an den amerikanischen Senat im Jahr 1917, begründete er das Ansuchen um Kriegseintritt mit den Worten „*The world must be made safe for democracy.*“ In Ablehnung des europäischen Systems der Machtbalance, das, seiner Ansicht nach, keinen Frieden schaffen konnte, propagiert er die Errichtung einer „*community of power.*“ Diese sollte auf internationalem Recht, multilateralen Institutionen und einem System kollektiver Sicherheit beruhen. Wilsons Vision einer neuen internationalen Ordnung, in welcher die USA, bei Verbreitung von Demokratie, Frieden und Wohlstand, eine zentrale Rolle übernehmen würden, legte das Fundament für spätere außenpolitische Konzeptionen, die gemeinhin als Wilsonianismus (*Wilsonianism*) bzw. als liberaler Internationalismus bezeichnet werden.¹⁸

Zu seiner Zeit scheiterte Wilsons Idee des Völkerbundes am Widerstand im amerikanischen Kongress. Ihm traten isolationistische Kräfte entgegen. Vor allem jedoch, so betonen Ivo Daalder und James Lindsay wie auch John Ruggie, waren es unilaterale Internationalisten und Imperialisten, die nicht Wilsons globales Engagement sondern, die multilaterale Ausrichtung desselben ablehnten.¹⁹ John Judis weist darauf hin, dass sich acht Jahrzehnte später, die Wilsonsche Demokratieagenda und der unilaterale Internationalismus im Programm der Neokonservativen vereint hatten,²⁰ weswegen John Mearsheimer dasselbe auch als „*Wilsonianism with teeth,*“²¹ bezeichnet hat.

¹⁸ So stand Jimmy Carters, und wenn auch in abgeschwächter Form Bill Clintons Präsidentschaft, mit seinem Programm des *enlargement* (die Erweiterung der Zone demokratischer Staaten) in dieser liberal-internationalistisch genannten Tradition. Lemke, S. 125ff.

¹⁹ Diese „anti-League [of Nations] internationalists“ fürchteten um das Kriegserklärungsrecht des Kongresses und lehnten die Unterstellung amerikanischer Soldaten unter die Autorität einer internationalen Organisation bzw. anderer Länder ab. Daalder und Lindsay, S. 7. Siehe auch John Gerard Ruggie, *Constructing the World Polity: Essays on International Institutionalization* (New York: Routledge, 1998), S. 209ff.

²⁰ John B. Judis, „Imperial Amnesia,“ *Foreign Policy*, Juli/ August 2004, S. 50-59.

²¹ Mearsheimer, 2005.

1.2.3 Nicht auf Geisterjagd

Dieser, idealistischen Tradition des Wilsonianismus, steht eine realistische Position gegenüber, als deren historischer Vertreter bisweilen John Quincy Adams, der sechste Präsident der Vereinigten Staaten, zitiert wird, der 1821 meinte Amerika stünde auf Seiten all jener die für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen,

“but she goes not abroad, in search of monsters to destroy. She is the well-wisher to the freedom and independence of all. She is the champion and vindicator only of her own.”²²

Lemke verfolgt die realistische Konzeption in die Präsidentschaft George Washingtons zurück. Dessen Finanzminister, Alexander Hamilton, argumentierte dass es in der Natur des Menschen läge nach Macht zu streben, und erachtete die Vision eines friedlichen Miteinanders von Staaten als Wunschdenken. Hamilton schloss daraus dass die USA außenpolitisch aktiv sein, und sich gegen Übergriffe rüsten müssten, sich aber in ihrem Engagement am Wohl der Republik und dem nationalen Interesse orientieren sollte.²³

Im 20. Jahrhundert wurde der Realismus, der in einer langen theoriegeschichtlichen Tradition steht, zum dominanten Paradigma in der internationalen Politik, und im Amerika des Kalten Krieges, zum relevantem außenpolitischen Orientierungsmuster. Der Antagonismus zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion verlieh der realistischen Prämisse, von stets nach Macht und Einfluss strebenden Staaten, Glaubwürdigkeit. Einflussreiche Außenpolitiker wie George F. Kennan, Henry Kissinger sowie später Brent Scowcroft und George H. W. Bush sind der realistischen Tradition zuzurechnen.

Condoleezza Rice entspringt, mit ihrem Hintergrund in Sowjetstudien, der theoretischen Tradition des Realismus, die deshalb auf den folgenden Seiten näher betrachtet werden soll.

²² Daalder und Lindsay, S. 4.

²³ Lemke, S. 126ff.

1.2.4 Realismus - Theoretische Tradition

"I am a realist. Power matters."²⁴ Sommer 1999, Amerika ist im Wahlkampfieber, Condoleezza Rice, George W. Bushs außenpolitische Beraterin, lässt keine Gelegenheit aus, gegen die, in Ihren Augen, von moralischen Anliegen irregeleitete, Außenpolitik Clintons zu polemisieren, und betont dass die Außenpolitik einer republikanischen Administration sich an den Kategorien des nationalen Interesses sowie der globalen Machtbalance ausrichten würde. Die Verwendung solcher Begriffe sollte eines klar machen, eine zukünftige Bush Administration würde in ihren Beziehungen zum Rest der Welt den Prinzipien einer realistischen Politik folgen.

Der Realismus hat als Paradigma, über die Gesetzmäßigkeiten und Handlungszwänge, der internationalen Politik das Denken von Theoretikern, wie auch Praktikern über lange Zeit dominiert. Obwohl realistische Prämissen in der Disziplin der Internationalen Beziehungen spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges, diese Hegemonialstellung eingebüßt haben, sind sie in den Köpfen vieler Politikmacher immer noch vorherrschend.²⁵ Die konzeptionelle Ausweitung des „Krieges gegen den Terrorismus,“ auf staatliche Ziele, und die, in der Kriegsmetapher implizierte, und im Irak und Afghanistan zum Tragen gekommene, Präferenz für eine militärische Herangehensweise sind symptomatisch für die anhaltende Dominanz realistischer Vorstellungen.²⁶ Obgleich *der* Realismus eher als mannigfaltige Denktradition zu verstehen ist denn als *eine* Theorie über die Internationalen Beziehungen, gibt es eine Reihe von Grundannahmen realistischen Denkens, die in Folge kurz dargestellt werden sollen.

Seit der griechische Philosoph Thukydides, in seiner Untersuchung über den Peloponnesischen Krieg, den Faktor Macht²⁷ erstmals als Politikkonstituierende und

²⁴Condoleezza Rice zitiert in Jay Nordlinger, „Star-in-Waiting,“ *National Review*, 30. August 1999, <http://www.nationalreview.com/flashback/nordlinger200411170605.asp> (abgerufen am 23. April 2008).

²⁵ Innerhalb der Disziplin der IB hagelte es nach Ende des Ost –West Konfliktes, heftige Kritik an realistischen Ansätzen, zumal diese den überraschenden fundamentalen Wandel innerhalb des internationalen Staatensystems nicht vorhersehen, geschweige denn, zu erklären vermochten. Ein Beispiel dieser Debatte bieten Richard N. Lebow and Thomas Risse-Kappen, (Hg.), *International Relations Theory and the End of the Cold War* (New York: Columbia University Press, 1995).

²⁶ Vgl. David Hastings Dunn, „Bush, 11 September and the Conflicting Strategies of the `War on Terrorism`,“ *Irish Studies in International Affairs*, 16 (2005): S. 11-33.

²⁷ In den Sozialwissenschaften hat sich Max Webers Definition von Macht als Chance „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl darauf diese Chance beruht,“ weitgehend durchgesetzt. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Köln/ Berlin: 1964), S. 38.

-regulierende Größe beschrieben hat, stellen materielle, allen voran militärische Kapazitäten von Staaten, und ihre, daraus abzuleitende, Position im internationalen System, eine der Hauptanalysekategorien des Realismus dar.²⁸ So Hans J. Morgenthau, Begründer des modernen Realismus in der Disziplin der Internationalen Beziehungen: „*International politics, like all politics, is a struggle for power.*“²⁹ *Whatever the ultimate aims of international politics, power is always the immediate aim.*“³⁰ Und so Morgenthau weiter: „*In international politics in particular, armed strength or a potentiality is the most important material factor making for the political power of a nation.*“³¹

Die Betonung militärischer Stärke, vs. jener ökonomischer oder kultureller Natur, ergibt sich aus dem Charakter internationaler Politik, die von jener innerhalb der Staaten klar zu unterscheiden ist. Der Realismus geht davon aus, dass Staaten die Hauptakteure in einem internationalen System sind, das durch den Zustand der Anarchie charakterisiert ist. In Abwesenheit einer, dem innerstaatlichen Gewaltmonopol entsprechenden, übergeordneten Autorität, sind alle Staaten für ihre Sicherheit selbst verantwortlich.³²

John Herz hat mit seinen Überlegungen zum Sicherheitsdilemma zuerst auf die Konsequenzen dieses Zustandes hingewiesen. Zu einem Sicherheitsdilemma kommt es immer dann wenn Staaten, in Bemühen um ihre Sicherheit, Maßnahmen setzen, z.B. in Form von Aufrüstung, die von anderen als Bedrohung der eigenen Sicherheit empfunden werden und so zu Gegenmaßnahmen greifen. Auch wenn Staaten ursprünglich keine aggressiven Absichten verfolgen, ist, in einem internationalen System das einer ordnenden Instanz entbehrt, die Angst und Unsicherheit so groß, dass sie gezwungen sind Machtpolitik zu betreiben, und gerade damit wiederum Konflikte auslösen:

²⁸ Andreas Jacobs, „Realismus“ in *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Siegfried Schieder und Manuela Spindler (Hg.), S. 35-59 (Opladen: Leske + Budrich, 2003), hier S. 36.

²⁹ Morgenthau definiert Macht als „man’s control over the minds and actions of other men.“ Er versteht Macht als ein kausales Konzept, in dem A in der Lage ist das Verhalten von B zu beeinflussen. Die Macht eines Staates ergibt sich bei Morgenthau aus acht unterschiedlichen Faktoren: Geographische Lage, Ressourcen, industrielle Kapazitäten, militärische Bereitschaft, Bevölkerung, Nationaler Charakter, Nationale Moral und die Qualität der Diplomatie. Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations* (New York: Knopf, 1948), S. 32.

³⁰ Ebda., S. 31.

³¹ Ebda., S. 32.

³² Heinz Gärtner, *Internationale Sicherheit Definitionen A-Z* (Baden-Baden: Nomos, 2005), S. 115.

„Da sich in einer Welt derart konkurrierender Einheiten niemand je ganz sicher fühlen kann, ergibt sich ein Wettlauf um die Macht, und der Teufelskreis von Sicherheitsbedürfnis und Machtanhäufung schließt sich.“³³

Morgenthau argumentiert ähnlich wenn er meint: „*All history shows that nations active in international politics are continuously preparing for, actively involved in, or recovering from organized violence in the form of war.*“³⁴

Die Konzeption der internationalen Beziehungen als inhärent konfliktiv ist bis heute ein Wesensmerkmal realistischen Denkens geblieben. Folglich hegt der Realismus nur geringe Hoffnung auf Frieden. Dieser sei nur solange möglich, als mächtige Staaten, durch genug Gegenmacht, in Zaum gehalten werden. Krieg kann also, wenngleich zeitlich begrenzt, durch ein Gleichgewicht der Mächte, vermieden werden. Die *Balance of Power*, wie sie im Fachjargon heißt, ist eines der bekanntesten Konzepte der Theorie. Friede basiert im Realismus also auf Stärke, und ist nicht etwa durch das Völkerrecht oder die Demokratisierung der Welt zu erreichen.³⁵

In diesem Punkt lag es den frühen Vertretern des Realismus daran sich, in ihren Ausführungen deutlich vom Idealismus, abzugrenzen. Dieser hatte die internationale Politik und das Studium derselben zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg dominiert, und die Vision vertreten dass friedliche Beziehungen in Form des *Wilsonschen* Völkerbundes, zwischen demokratischen Staaten, zu verwirklichen seien. Die Idealisten waren in ihrem Optimismus von der Aufklärung geprägt, die den Menschen als vernunftgeleitetes und zivilisiertes Wesen begreift. Nach Ansicht der Realisten hatte dieser Ansatz, im Zuge des Scheiterns des Völkerbundes und des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, jegliche Legitimität verloren, ja bisweilen diesen Entwicklungen Vorschub geleistet.³⁶

³³ John Herz, *Staatenwelt und Weltpolitik: Aufsätze zur Internationalen Politik im Nuklearzeitalter* (Hamburg: Hoffmann und Campe, 1974), S. 39.

³⁴ Morgenthau, S. 52.

³⁵ Michael J. Mazarr, „George w. Bush, Idealist,“ *International Affairs* 79: 3 (2003): S. 503-522, hier S. 504.

³⁶ Stefano Guzzini, *Realism in International Relations and International Political Economy: The Continuing Story of a Death Foretold* (London/ New York: Routledge, 1998), S. 15 ff.

„The political and military catastrophes of the thirties and early forties [...] are but the outward manifestations of an intellectual, moral, and political disease which has its roots in the basic philosophic assumptions of the age.“³⁷

Anstatt sich mit der Schaffung einer besseren Welt zu beschäftigen, sollten Staatsmänner³⁸ die Notwendigkeit der Machtpolitik anerkennen, und in ihrem internationalen Engagement dem nationalen Interesse folgen. Dieses sei, so Morgenthau, *„the main signpost that helps political realism [...] find its way through the landscape of international politics“* und genieße, definiert *„in terms of power,“³⁹* Primat gegenüber allen übrigen Anliegen.

Etwaigen Fragen, nach der moralischen Verträglichkeit, eines solchen egoistischen Machtstrebens, schenkt der Realismus wenig Beachtung. Eine Tatsache die sich auch im Image des finsternen Realpolitikers widerspiegelt. Es ist jedoch ein Trugschluss zu vermuten realistische Ansichten würden sich gegen ethische Anliegen, an sich, wenden. Es lohnt sich, gerade auch im Kontext der, von Condoleezza Rice so leidenschaftlich angepriesenen, Kampagne Washingtons die Welt von der Tyrannei zu befreien, Morgenthaus Standpunkt zu dem Thema zu konsultieren. Dieser wendet sich nicht nur gegen die Verabsolutierung moralischer Werte, *„Political realism refuses to identify the moral aspirations of a particular nation with the moral laws that govern the universe,“⁴⁰* sondern warnt auch vor den Konsequenzen einer Politik, die sich mit Verweis auf die eigene *Gutheit*, rechtfertigt, als

„that very sin of pride against which the Greek tragedians and the Biblical prophets have warned rulers and ruled. That equation [von moralischen Grundsätzen und der Politik des Landes] is also politically pernicious, for it is liable to engender the distortion in judgment which, in the blindness of crusading frenzy, destroys nations and civilizations – in the name of moral principle, ideal, or God himself.“⁴¹

³⁷ Morgenthau zitiert in Guzzini, S. 23.

³⁸ Morgenthau konzipierte seinen Ansatz als Handlungsanleitung für Staatsmänner deren Hauptverantwortung er in der Wahrung der Sicherheit des Staates und dessen Souveränität sah.

³⁹ Morgenthau, S. 5.

⁴⁰ Morgenthau, S. 13.

⁴¹ Ebda.

Der Realismus ist also eine Anleitung zum Pragmatismus. Dies spiegelt sich auch in einem weiteren wichtigen Aspekt wieder, nämlich der, oben bereits angedeuteten, Unterscheidung zwischen Bedrohungen materieller und ideologischer Natur. Realisten leiten Bedrohungspotential aus der Zahl von Raketen und Panzern, also von Kapazitäten ab, und nicht von Ideologien oder innerstaatlicher Verfasstheit. Sie teilen demnach nicht die, dem Konzept des demokratischen Friedens inhärente, Annahme wonach sich die Wertvorstellungen einer Gesellschaft in der Außenpolitik des betreffenden Staates ausdrücken würden, und zögern in diesem Zusammenhang auch nicht auf das, bisweilen alles andere als pazifistische, außenpolitische Register der USA hinzuweisen.⁴² Daher können Realisten auch der Idee eines von außen herbeigeführten Regimewechsels wenig abgewinnen, denn ausschlaggebend für das Verhalten eines Staates, ist eben seine Position im internationalen System, und nicht der innenpolitische Charakter desselben. Die für die Stellung des Staates relevanten Determinanten sind seine Kapazitäten, allen voran die, militärischer Natur.⁴³

1.3 Der Kalte Kriegs Diskurs

1.3.1 Zwischen Realpolitik und Amerikanischer Mission

Unter dem Eindruck des sich entwickelnde Machtkonflikts mit der Sowjetunion, boten in den akademischen und politischen Kreisen des Westens die Prämissen des Realismus den Referenz- und Interpretationsrahmen für die zunehmende Polarisierung zwischen den beiden Supermächten. Sie wurde als eine Variante des, oben beschriebenen, Sicherheitsdilemmas⁴⁴ interpretiert, und führte in den USA zur

⁴² Mearsheimer, 2005.

⁴³ Gärtner, S. 115.

⁴⁴ Historiographisch gilt diese Interpretation als orthodoxe Version über den Ursprung des Kalten Krieges. Die Darstellung der Sowjetunion als Verursacherin des Konfliktes, wurde später von revisionistischen Autoren, in Frage gestellt. Einflussreich vor Allem in den Jahren des Vietnamkriegs, stellten diese, das bis dahin hegemoniale Narrativ der USA als Verteidigerin der Freien Welt auf den Kopf, und argumentierten, dass es die imperialistischen Bestrebungen Amerikas waren, die den Kalten Krieg herbeigeführt hatten. Vgl. William Appleman Williams, *Der Welt Gesetz und Freiheit Geben* (Hamburg: Junius Verlag, 1984). Neuere Untersuchungen, bzw. post-revisionistische Ansätze erklären den Ausbruch als Konsequenz einer Reihe von beidseitigen Missverständnissen, Fehleinschätzungen und diplomatischen Fehlritten die zur zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen führten. Vgl. Richard Lebow und Janice Stein, *We All Lost the Cold War* (Princeton: Princeton University Press, 1994).

Formulierung der *Containment* (Eindämmungs-) Doktrin. Diese blieb in der amerikanischen Außenpolitik bis zum Ende des 20. Jahrhundert handlungsleitend.⁴⁵

George F. Kennan, Architekt des *Containment* argumentierte dass die Sowjetunion danach streben würde ihren Einfluss in Europa und anderen Regionen der Welt auszudehnen. Die amerikanische Außenpolitik müsste folglich darauf abzielen den sowjetischen Machtansprüchen weltweit entgegenzutreten und sie so einzudämmen. Ein wichtiger Aspekt, in der Argumentation des Realisten Kennan, war seine Einschätzung dass die Sowjetunion in ihrer Politik weniger ideologischen Überlegungen – im Sinne der Erfüllung der Marxistisch/Leninistischen Vision der Weltrevolution – als, solchen geopolitischer Natur folgen würde.⁴⁶

Kennan, war in seiner Interpretation der sowjetischen Bedrohung nicht ohne Herausforderer. Es war eine Gruppe ehemaliger Trotzisten und Kommunisten die sich in den 40ern und 50ern, mit dem Eifer der Konvertiten, einem militanten missionarischen Anti-Kommunismus verschrieben hatten, und die das Wesen der Bedrohung von Seiten der Sowjetunion anders deuteten. Der Ex-Trotzkist James Burnham, sah die Sowjetunion als versessen auf die Errichtung einer kommunistischen Weltherrschaft. Er forderte, mit Unterstützung der früheren isolationistischen Rechten, eine Politik des aktiven militärischen *Rollback* (Zurückdrängens) des Kommunismus, und der *Liberation* (Befreiung) von Ländern in denen der Kommunismus sich etabliert hatte.⁴⁷

Aus diesen Debatten ging letztlich ein antikommunistischer Konsens hervor. Dieser stützte sich auf breites gesellschaftliches Einvernehmen und sollte die politische Elite bis zum Vietnamkrieg einen.⁴⁸ Das Zentrum des Konsenses bildete *Containment*. Es hatte sich mit Ausrufung der Truman Doktrin, „a kind of Western Declaration of the Cold War“⁴⁹ gegenüber den anderen Konzepten durchgesetzt. Kennans nuancierter Entwurf, mit seiner Unterscheidung von russischem/sowjetischem Machtbestreben

⁴⁵ Graham Evans und Jeffrey Newnham, *Dictionary of International Relations* (Penguin Books, 1998), S. 71ff.

⁴⁶ John Lewis Gaddis bringt Kennans Konzeption von *Containment* auf den Punkt wenn er schreibt „the object of containment should be Soviet expansionism, [...] communism would be a threat only to the extent that it was an instrument of that expansion.“ Thomas H. Etzold und John Lewis Gaddis, Hrsg., *Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950* (New York: Columbia University Press, 1978), S. 27.

⁴⁷ Greve, S. 62.

⁴⁸ Vgl. John Ehrman, *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994* (New Haven/London: Yale University Press, 1995), S. 1-32.

⁴⁹ Guzzini, S. 57.

und kommunistischer Ideologie konnte sich allerdings nicht halten. Als Präsident Harry Truman im März 1947 die Unterstützung von „*free peoples who are resisting attempted subjugation by armed minorities and by outside pressures*,“ zur Pflicht der USA erklärte, wich er von der Idee Kennans ab und stellte die beginnende Konfrontation mit der Sowjetunion bewusst in den Kontext eines umfassenderen ideologischen Kampfes gegen den Kommunismus.⁵⁰ Fortan verband sich, sehr zum Leid der amerikanischen Realisten, in der *Containment*-Politik machtpolitisches Kalkül mit der exzeptionalistischen Überzeugung über die amerikanische Mission.⁵¹ Der bedingungslose Antikommunismus behinderte die differenzierte Analyse internationaler Ereignisse und leistete einer Reihe dramatischer Fehleinschätzungen und Konflikten Vorschub. Einer der folgenreichsten war der Vietnamkrieg.⁵²

1.3.2 Vietnam, Kissinger und das *Coming-of-age* der Neokonservativen⁵³

Die Erfahrung des Vietnamkriegs, stürzte die amerikanische Gesellschaft und Politik in eine tiefe Krise, in deren Folge der antikommunistische Konsens zerfiel. Außenpolitisch setzte sich 1969, mit der Präsidentschaftswahl Nixons und vor allem mit dessen Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger, harter Realismus durch. Am liberalen Ende des politischen Spektrums verschafften sich indessen die Kritiker Amerikanischer Macht Gehör. Diese Entwicklung führte zur Entfremdung einer Reihe Linker und Liberaler, die am Feindbild des Kommunismus festhielten, und eine Rückkehr zu moralischer Klarheit sowie amerikanischer Stärke forderten.

Kissinger der seine Dissertation über das europäische Konzert der Mächte im 19. Jahrhundert geschrieben hatte,⁵⁴ läutete in den Beziehungen zur Sowjetunion die Phase der *Détente* (Entspannung) ein. Geleitet von pragmatischen

⁵⁰ Guzzini, S. 57.

⁵¹ Benjamin Barber, *Imperium der Angst: Die USA und die Neuordnung der Welt* (München: Beck, 2003), S. 57.

⁵² Durch das antikommunistische Prisma, präsentierte sich den USA jegliche reformistische Bewegung, als Marionette des Kremls, die so sie an die Macht käme, einen Domino-Effekt in der Region auslösen würde. Dieser *Dominotheorie* folgend, sahen die USA in Vietnam einen Dominostein des Westens in SO-Asien, der so er fiel, die Nachbarländer ebenfalls zu Fall bringen würde, und damit die delikate internationale *Balance of Power* zu Gunsten der Sowjetunion kippen würde. Evans und Newnham, S. 134ff.

⁵³ Einen historisch-analytischen Überblick über die Evolution neokonservativer Ideen und einflussreiche Vertreter der Strömung, sowie die Positionierung des Neokonservatismus im amerikanischen außenpolitischen Diskurs, bietet Patricia Greve, insbesondere S. 48-67.

⁵⁴ Die Dissertation wurde unter folgendem Titel veröffentlicht: Henry Kissinger, *A World Restored: Metternich, Castlereagh and the problems of peace 1812-22* (Boston: Houghton/ Mifflin, 1957).

sicherheitspolitischen Überlegungen setzte der „*American Metternich*“⁵⁵ auf Gleichgewichtspolitik, Interessensausgleich über ideologische Differenzen hinweg, und strategische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.⁵⁶ Kissingers Détente Politik basierte auf der Annahme, dass die USA nach dem Vietnamkrieg nicht mehr in der Lage sein würde ihre internationale Dominanz aufrechtzuerhalten. Sie würde folglich nicht darum herkommen eine Politik des Ausgleichs mit der Sowjetunion zu betreiben. Angesichts des jahrelangen Wettrüstens der Supermächte, welches zu einem nuklearen Gleichgewicht des Schreckens⁵⁷ geführt hatte, strebten Nixon und Kissinger eine Entspannung des Ost-Westkonfliktes, unter anderem durch eine Reihe von bi- und multilateralen Rüstungskontrollabkommen, an.

Während Kissinger Anstrengungen unternahm den Amerikanern die unabänderlichen Gesetze internationaler Politik beizubringen, stellte eine, aus der Anti-Kriegsbewegung hervorgegangene, liberale Elite, das bis dahin vorherrschende Narrativ der USA als Verteidigerin der Freien Welt, sowie die Legitimität außenpolitischen Handelns grundlegend in Frage. Diese Neue Linke erschütterte den Glauben an die amerikanische Sonderrolle in seinem Fundament. Sie beschuldigte die USA des Imperialismus und Völkermordes, solidarisierte sich mit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und lehnten die Sprache moralischer Absolute ab.⁵⁸ In dieser Atmosphäre erlangte George McGovern, 1972, mit dem Wahlkampfslogan „*Come Home America*“ die demokratische Präsidentschaftskandidatur.⁵⁹ Jimmy Carters Präsidentschaft, die dieser 1976 antrat, verkörperte, mit der Betonung von menschenrechtlichen Anliegen sowie dem kooperativen Zugang zu den Supermachtbeziehungen, eine moderate Version jenes, von der Neuen Linken geforderten liberalen Internationalismus.

⁵⁵ Mario Del Pero, „‘A Balance of Power that Favors Freedom’: The Historical and Ideological Roots of the Neo-Conservative Persuasion,“ *EUI Working Papers*, RSCAS No. 2005/22, http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/05_22.pdf (abgerufen am 22. April 2008), S. 6.

⁵⁶ Für eine detaillierte Darstellung der Phase der Détente und deren Ende in den Amerikanisch-Sowjetischen Beziehungen siehe Raymond L. Garthoff, *Détente and Confrontation: American-Soviet Relations from Nixon to Reagan* (Washington, DC: Brookings, 1994). Für eine Darstellung der philosophischen Wurzeln von Kissingers Konzeption der Détente siehe Guzzini, S. 95ff.

⁵⁷ Diese Bezeichnung meint die, hinter der Doktrin der Mutual Assured Destruction (MAD) stehende, Idee, dass ein nuklearer Schlagabtausch zwischen den USA und der Sowjetunion durch massive Arsenale an Nuklearwaffen zu verhindern gewesen sei, und rechtfertigte so den nuklearen Rüstungswettlauf der beiden Supermächte. Solange sich beide Seiten sicher sein konnten dass einem Erstschatz ein vernichtender Gegenschlag folgen würde, würden sie es tunlichst vermeiden mit einem Angriff ihr eigenes Todesurteil zu unterschreiben. Atomwaffen A-Z, „Gleichgewicht des Schreckens,“ <http://www.atomwaffena-z.info/glossar.php?alpha=G&auswahl=Gleichgewicht%20des%20Schreckens> (abgerufen am 23. April 2008).

⁵⁸ Del Pero, S. 4ff.

⁵⁹ Greve, S. 57.

Diese Entwicklungen brachten eine Reihe entfremdeter Linker und Liberaler in eine doppelte Frontstellung; sowohl gegen die als *Appeaser* (Abwiegler) erachtete Neue Linke, die sie des Verrates an der demokratischen Kalten-Kriegs-Tradition bezichtigten, als auch gegen die Realpolitik Nixons und Kissingers. Beide wurden von diesen Neokonservativen,⁶⁰ als unamerikanisch verachtet und angegriffen. Sie lehnten den moralischen Relativismus der Neuen Linken, und später die kooperative Außenpolitik Carters, genauso vehement ab, wie Kissingers amoralische Politik des Interessensausgleichs. Als geistige Nachfahren James Burnhams hielten sie am ideologischen Gegensatz zur Sowjetunion fest, und lehnten Verhandlungen mit der UdSSR ab.⁶¹ Das, den Rüstungskontrollverhandlungen inhärente, Konzept nuklearer Äquivalenz war für die Neokonservativen inakzeptabel, da strategische Gleichheit, auch die moralische Gleichheit der USA und der Sowjetunion implizieren würde. Sie waren überzeugt dass Rüstungskontrollverhandlungen der Sowjetunion einen nuklearen Vorteil verschaffen würde und so deren internationaler Vorherrschaft Vorschub leisten würde. Dana Allin meint dass dem Neokonservatismus, in diesem Punkt, von Beginn an „*a distinct view, in particular, a pronounced pessimism about the Soviet threat,*“⁶² innewohnte. Die UdSSR sollte durch die militärische und nukleare Aufrüstung der USA und, die zu aller Zeit und an jedem Ort stutzufindende, Konfrontation mit derselben in die Knie gezwungen werden.

Ronald Reagan teilte viele dieser Auffassungen. Er verkörperte mit seiner Bezeichnung der Sowjetunion als *Evil Empire* sowie der massiven Aufrüstungskampagne seiner ersten Amtszeit, die Verbindung militärischer Entschlossenheit und moralischer Standhaftigkeit die, die Neokonservativen gesucht hatten. Mit Reagans Präsidentschaft fand die geistige Wanderung der Neokonservativen in die Republikanische Partei ihren Abschluss, und die Détente Politik ihr Ende.⁶³

⁶⁰ Der Begriff *Neokonservatismus* war ursprünglich eine Fremdbezeichnung, die vom Sozialisten Michael Harrington Ende der 60er Jahre prägte wurde, und eine Reihe abtrünniger Intellektueller bezeichnete, die ihren sozialistischen Wurzeln abgeschworen hatten. Heute meint der Begriff *Neokonservatismus* eine politische Denkströmung in den USA, deren Vertreter erster Generation, sich durch ihre intellektuelle Migration aus einem politisch liberalen in ein konservatives Milieu, auszeichneten. Greve, S. 50.

⁶¹ Greve, S. 52. Siehe auch Anatol Lieven und John C. Hulsman, „Neoconservatives, Liberal Hawks, and the War on Terror: Lessons from the Cold War,“ *World Policy Journal* 23, 3 (Herbst 2006), S. 64-74.

⁶² Dana Allin, *Cold War Illusions: America, Europe, and Soviet Power, 1969-1989* (New York: St. Martin's Press, 1995), 54, zitiert in Del Pero, S. 2.

⁶³ Für eine differenzierte Analyse des Einflusses neokonservativer Akteure und Ideen auf die Außenpolitik der Reagan Administration siehe Patrick Keller, *Neokonservatismus und Amerikanische Außenpolitik: Ideen, Krieg*

Condoleezza Rice kommt mit ihrem Studium der Sowjetunion, insbesondere ihrer intensiven Auseinandersetzung mit Fragen des sowjetischen Militärs und des Warschauer Pakts, aus der Tradition des Realismus. Aus akademischen Veröffentlichungen geht ihre realistische Herkunft ebenso hervor, wie aus ihrer Tätigkeit im Nationalen Sicherheitsrat von George H. W. Bush, dessen Administration durch eine realistische Außenpolitik gekennzeichnet war. Im folgenden Kapitel soll ihre frühe Karriere und politische Sozialisation illustriert werden. Rices Faszination mit militärischen Fragen wird dabei ebenso Rechnung getragen wie ihrer bisweilen expliziten Ablehnung moralischer Anliegen in der Außenpolitik.

2 Die Realistin

2.1 Condoleezza und das Militär

James Mann teilt in seiner Sammelbiographie von Bushs Kriegskabinetts die amerikanische außenpolitische Elite, seit Mitte des 20. Jahrhunderts, in drei Generationen ein, und attestiert dabei Bushs außenpolitischem Team eine ähnliche Prägekraft wie sie andere einflussreiche Beratermannschaften vor ihm besessen hatten. So wie die *Wise Men*, um George F. Kennan und Dean Acheson, nach dem zweiten Weltkrieg eine neue amerikanische Außenpolitik formulierten, oder die „Best and Brightest“, um die Kennedy Brüder, Robert McNamara und McGeorge Bundy, Amerika in den Vietnamkrieg führten, formulierten die „*Vulcans*“,⁶⁴ wie sich Bushs Beraterteam im Wahlkampf 2000 selbst nannte, die Politik in Zeiten des globalen Terrorismus. Die Generationen unterscheiden sich jedoch nicht nur aufgrund ihres zeitgeschichtlichen Kontexts. Während die *Wise Men* allesamt aus der Wirtschafts- und Finanzwelt sowie den großen Rechtsanwaltskanzleien kamen und ein internationales System basierend auf wirtschaftlicher Verflechtung und internationalem Recht schufen, versuchten die *Best and Brightest* ihre, an amerikanischen Eliteuniversitäten, erlangte akademische Expertise (wenngleich erfolglos) in Geostrategie umzusetzen.

Die Gruppe von Politikmachern, die der Welt den Krieg gegen den Terrorismus bringen sollte, hat als gemeinsame Wiege die Institutionen des amerikanischen Militärs: „The Vulcans were the military generation.“⁶⁵ Vize-Präsident Richard Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, sowie Außenminister Colin Powell hatten, im Laufe ihrer Karrieren, alle hohe und höchste Positionen im amerikanischen Verteidigungsministerium gehalten, und maßen der Macht des amerikanischen Militärs außerordentliche Bedeutung zu. Die *Vulkane* erlebten ihr politisches *coming-of-age* in einer Periode, in der sich die militärische Stärke der USA vom Tiefpunkt, am Ende des Vietnamkriegs zu *beyond challenge*, am Beginn des neuen Jahrtausends, entwickelte. Die militärische Stärke der USA bildete den Ausgangspunkt ihres politischen Denkens. Das sollte sich in

⁶⁴ Die Bezeichnung geht auf Condoleezza Rice zurück, die Bushs Wahlkampfteam selbst angehörte. Der Ursprung des Namens findet sich in Rices Heimatstadt, Birmingham, Alabama. Diese trägt aufgrund der dort ansässigen Stahlindustrie, das Wahrzeichen des römischen Feuergottes Vulcanus. James Mann, *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet* (Penguin Books, 2004), S. xff.

⁶⁵ Mann, S. xiii.

ihrem Handeln, besonders in der Krisensituation nach dem 11. September, niederschlagen.⁶⁶

Auch Condoleezza Rice, das jüngste Mitglied, und Namensgeberin, der illustren Runde hat ihre ersten politischen Erfahrungen im amerikanischen Verteidigungsministerium gesammelt. Rice hatte 1986 ein Fellowship des renommierten *Council on Foreign Relations* verliehen bekommen, welches die junge Akademikerin für ein Jahr ins Pentagon führte. Unter dem Titel, *Special Assistant to the Director* arbeitete sie im Büro der vereinigten Stabschefs an der Formulierung der amerikanischen Nuklearstrategie. Ihre Tätigkeit im Pentagon überschneidet sich zudem mit Ronald Reagans zweiter Amtszeit, und dessen weit reichender Wiederaufrüstungskampagne. Diese hatte sich in seinen ersten Regierungsjahren, als jährliche 7%ige Steigerung des Verteidigungsetats niedergeschlagen.⁶⁷ Rice genoss Ihre Zeit im Zentrum der militärischen Macht, und schätzte sich glücklich einen Einblick in die Arbeitsabläufe des Militärs erlangt zu haben. In einem Interview bezeichnete die Erfahrung als „*one of the greatest experiences in my life.*“⁶⁸ Aber Rices Leidenschaft für das Militär beginnt nicht mit ihrem Einstand im Pentagon. Ihr Interesse für Fragen militärischer Macht, und ihre politische Bedeutung, reicht zurück ins zarte Alter von 18 Jahren. Damals entdeckte die aspirierende Konzertpianistin unerwartet ihre Liebe für Sowjetstudien.

2.1.1 Von Brahms...

Condoleezza Rice kam am 14. November 1954, in Birmingham Alabama, als einziges Kind gebildeter und wohl situerter afroamerikanischer Eltern zur Welt. Obwohl sie ihre Kindheit im rassistischen System des Jim Crow⁶⁹ verbrachte, boten ihr ihre Eltern eine privilegierte Erziehung und statteten sie mit außerordentlichem Selbstvertrauen aus. Die Rices erzogen ihre Tochter zum Erfolg. Sie erhielt Klavier- und Französischunterricht, lernte Eiskunstlauf und wurde mit so vielen Büchern

⁶⁶ Ebda. S. xiii ff.

⁶⁷ Antonia Felix, „Condoleezza Rice at Stanford University: The Early Years,“ *The Journal of Blacks in Higher Education* 38 (Winter 2002/2003): S. 116-120, hier S. 119.

⁶⁸ Rice zitiert in Felix, „Condoleezza Rice at Stanford,“ S. 119.

⁶⁹ Der Name bezeichnete ursprünglich ein rassistisches Stereotyp eines Afro-Amerikaners, und wird heute als Bezeichnung für das rechtliche, und sozioökonomische System der Rassentrennung im amerikanischen Süden, zwischen 1876 und 1965, verwendet.

überhäuft dass sie bis heute Lesen, nicht als genüsslichen Zeitvertreib ansehen kann. Condoleezza Rice wuchs mit der Prämisse „*racists are dumb; I am smart*,“ auf.

Nachdem die rassistischen Übergriffe, in der Bombardierung einer, von Afro-Amerikanern besuchten, Kirche ihren vorläufigen traurigen Tiefpunkt erreicht hatten, zog Familie Rice 1965 nach Tuscaloosa. Dem folgte der baldige Umzug nach Denver wo Rices Vater, die Stelle des Vizerektors der Universität Denver antrat. Condoleezza Rice folgte ihm, im Alter von erst 15 Jahren, an die Universität um Musik zu studieren. Sie musste jedoch bald erkennen dass sie mit den dortigen musikalischen Nachwuchstalenten nicht mithalten konnte.⁷⁰ Auf der Suche nach einer neuen Studienrichtung stolperte sie in eine Vorlesung von Josef Korbel, der erste in einer Reihe von Mentoren die Rices Weltbild und Karriere maßgeblich prägen sollten.

2.1.2 ...Via Korbel...

Korbel war ein tschechischer Diplomat jüdischer Abstammung, der, bevor er in die Vereinigten Staaten emigrierte, zweimal aus seinem Heimatland fliehen musste. Nachdem die Nazis 1938 in die Tschechoslowakei eingefallen waren, rettete sich Korbel mit seiner Familie ins Exil nach London. Dort beriet er die tschechoslowakische Exilregierung unter Präsident Eduard Benes. Seine Tochter Madlenka war damals zwei Jahre alt. Sie sollte später unter dem Namen Madeleine Albright zur ersten weibliche Außenministerin der USA ernannt werden.

Als die Kommunisten 1948 die Macht in der Tschechoslowakei übernahmen, war Korbel Botschafter in Jugoslawien, und flüchtete 1949, endgültig in die USA.⁷¹ Das Schicksal führte die Familie nach Denver wo für Korbel, auf Empfehlung eines Russlandexperten der New Yorker Columbia University, eine Professur an der University of Denver (DU) arrangiert worden war. In den USA herrschte zu dieser Zeit großes Interesse an Russland Experten. Sie konnten zu einem besseren Verständnis über die sowjetischen Befindlichkeiten, und das Innenleben des Kremls

⁷⁰ Für detaillierte biographische Darstellungen von Condoleezza Rice siehe Elisabeth Bumiller, *Condoleezza Rice: An American Life* (New York: Random House, 2007), Marcus Mabry, *Twice as Good: Condoleezza Rice and Her Path to Power* (New York: Modern Times, 2007), Erich Schaake, *Condoleezza Rice: Die Frau an der Spitze der Macht* (München: Herbig, 2004), sowie Antonia Felix, *Condi: The Condoleezza Rice Story* (New York: Newmarket Press, 2002).

⁷¹ Michael Dobbs, „Joseph Korbel’s Enduring Foreign Policy Legacy; Professor Mentored Daughter Albright and Student Rice,“ *The Washington Post*, 28. Dezember 2000, S. A05.

beitragen. Korbels sollte in Colorado mithelfen die Sowjetstudien auch außerhalb der akademischen Zentren von Harvard und Columbia, zu etablieren. Er war an der DU maßgeblich am Aufbau der Graduate School of International Studies beteiligt und wurde 1959 zu deren Dekan ernannt.⁷²

2.1.3 ...Zu Stalin

Korbels und Rices Wege kreuzten sich einige Jahre später, im Frühling 1973, als die junge Studentin in Korbels Einführungsvorlesung in die Internationale Politik spazierte. Sie war fasziniert von dessen Fähigkeit, politische Geschichte lebendig zu machen, und erzählt noch viele Jahre später, mit großer Leidenschaft, von dem entscheidenden Moment,

„It's hard to describe why you fall in love, [...] I remember the lecture that set off this light bulb. It's the lecture that every Soviet specialist gives about the policy swings in which Joseph Stalin engaged in the nineteen-twenties, first swinging right and isolating the left, then swinging left and isolating the right, and then swinging back right, and essentially now he had no competition whatsoever. And I just found this kind of byzantine politics absolutely fascinating...It's always been that combination of power and morality that I've found particularly interesting.“⁷³

Die Weltpolitik ist seit dem Ende des zweiten Weltkriegs vom Kalten Krieg und der allgegenwärtigen Bedrohung eines atomaren Schlagabtausches zwischen den USA und der Sowjetunion geprägt. Henry Kissinger der Realpolitiker par Excellence hat die Periode der Entspannung in den Beziehungen der Supermächte eingeläutet, und Condoleezza Rice entdeckt unter dem Eindruck von Josef Korbels, den sie als „one of the most central figures in my life, next to my parents“⁷⁴ bezeichnet, ihre Liebe für das Studium der Sowjetunion.

⁷² John Prados, „Blindsided or Blind?“, *Bulletin of the Atomic Scientists* 60, 4 (Juli/ August 2004): S. 27-37, hier S. 28.

⁷³ Rice zitiert in Nicholas Lemann, „Without a Doubt“, *The New Yorker*, 14. Oktober 2002.

⁷⁴ Rice zitiert in Dobbs.

2.1.4 Das „Korbelsche“ Weltbild

Es ist eine Ironie der Geschichte dass die beiden einzigen weiblichen Außenministerinnen der Vereinigten Staaten, ihre akademische Sozialisation in der Obhut desselben Mannes erfahren haben. Und obgleich die beiden Frauen unterschiedlicher nicht sein könnten, sind sie sich, was ihren Mentor betrifft, in einem Punkt einig. Condoleezza Rice, wie auch Madeleine Albright, haben betont dass Korbels Glaube an Amerika als einem Pfeiler der Moral und Freiheit in der Welt, ihre eigenen Ansichten nachhaltig geprägt hätten.⁷⁵

Eine Reihe von Kommentatoren haben versucht Rices plötzliche Abkehr von den Prinzipien einer realistischen Politik, in den Kontext von Korbels Lehre zu stellen. Auf die Frage was Korbel, ihrer Ansicht nach, von der Irakpolitik der Bush Administration gehalten hätte meinte Rice:

„When we are faced with questions about why you are willing to risk so much on behalf of people in the Middle East, Iraqis or Afghans, it's hard for me to believe that he would have wanted them abandoned to tyranny.“⁷⁶

In einem Interview im Jahr 2007 stellt Rice selbst diese Verbindung her. Sie sagt dass sein „*black-and-white view of the world*“ und seine Überzeugung dass „*the Soviet Union was bad, the United States was a force for good,*“ sie tief beeindruckt hätten.⁷⁷

Albright, eine Kritikerin der Bush Administration, hat sich gegen diese, von ihr als, Instrumentalisierung interpretierte, Darstellung der Lehre ihres Vaters gewehrt und erwidert dass er zutiefst beunruhigt gewesen wäre, weil die Außenpolitik Bushs Amerikas Ruf ruiniert hätte.⁷⁸

Es ist zutreffend, dass Korbel seiner neuen Heimat ausgesprochen zugetan war und mit Kritik an amerikanischer Außenpolitik zurückhielt. Er unterstützte auch die amerikanische Invasion in Vietnam und änderte seine Meinung erst im Jahr 1968 als

⁷⁵ Dobbs.

⁷⁶ Rice zitiert in Guy Raz, „For Albright And Rice, Josef Korbels Is Tie That Binds,“ *National Public Radio*, 28. Juni 2006, <http://npr.org/templates/story/story.php?storyId=5516648> (abgerufen am 22. April 2008).

⁷⁷ Albright zitiert in Bumiller, S. 60.

⁷⁸ Ebda, S. 61.

der Vietnamkrieg längst jegliche Legitimität verloren hatte. Die Darstellung Korbels als Amerika-liebenden Anti-Kommunisten greift dennoch zu kurz.

Seine Überzeugung von Amerikas moralischer Überlegenheit war geprägt von den Ereignissen im Jahr 1938, und den Konsequenzen der westlichen *Appeasement*-Politik gegenüber Hitler. Diese hatte der Nationalsozialistischen Machtübernahme der Tschechoslowakei Vorschub geleistet. In seinen politischen Ansichten war, Korbels aber Sozialdemokrat und sozialistischen Ideen zugetan. Er hatte während seiner Zeit im Londoner Exil Presseaussendungen zu Gunsten Stalins geschrieben, und wusste um die entscheidende Rolle der Roten Armee im Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Unter dem Eindruck der sowjetischen Besetzung Osteuropas, wandte er sich jedoch vom Sozialismus ab.⁷⁹ Später meinte er hierzu „*I lost my faith.*“⁸⁰ Seine Ernüchterung schlug sich auch in seinem akademischen Werk nieder. Alan Gilbert, einer von Korbels Mitarbeitern an der DU, beschreibt vier von Korbels frühen Studien diplomatischer Geschichte als „*quite anti-communist.*“⁸¹ Gilbert und andere frühere Kollegen Korbels sind sich aber einig, dass dessen Zugang zum Ost-Westkonflikt, nicht der eines militanten Anti-Kommunisten war. „*He was sceptical and hardheaded, but he was also in favor of the policy of détente.*“⁸² Korbels war kein Ideologe sondern Realist.⁸³

2.1.5 Der Sowjetische Generalstab

Nach einem kurzen akademischen Intermezzo an der University of Notre Dame, wo sie ihren Master in Internationalen Beziehungen und Wirtschaft ablegt, kehrt Rice 1976, auf Einladung von Josef Korbels, an die DU zurück. Rice hatte nie ernsthaft eine akademische Karriere angestrebt, aber Korbels insistierte mit den Worten „*You are very talented; you have to become a professor.*“⁸⁴ Im selben Jahr nimmt Rice erstmals an einer Präsidentschaftswahl teil und gibt ihre Stimme dem demokratischen Kandidaten Jimmy Carter. 30 Jahre später würde sie diese Entscheidung auf ihr mangelndes Interesse für die Politik zu dieser Zeit schieben. Elisabeth Bumiller hat Recht, wenn sie diese Aussage als wenig überzeugend

⁷⁹ Alan Gilbert, „Condi As You Never Knew Her,“ *New African*, 1. Juni 2004, S. 53.

⁸⁰ Korbels zitiert nach Dobbs.

⁸¹ Gilbert, S. 53.

⁸² Karen Feste, eine ehemalige Kollegin von Korbels, zitiert in Dobbs.

⁸³ Vgl., Gilbert und Dobbs.

⁸⁴ Korbels zitiert nach Mabry, S. 91.

bezeichnet. Rice hatte die vorherigen zwei Jahre mit dem Studium der Politikwissenschaft verbracht.⁸⁵

Im ersten Jahr von Rices Doktoratsstudium arbeitete sie mit Unterstützung Korbels an einer Forschungsarbeit, die ihre beiden großen Leidenschaften verband. Die Arbeit trug den Titel „*Music and Politics in the Soviet Union*,“ und beleuchtete das Werk zweier Komponisten in der Ära Stalins, und deren Umgang mit den politischen Realitäten ihrer Zeit. Rice wollte die Analyse als Basis für eine Dissertation über die sowjetische Kulturpolitik verwenden. Als Josef Korbel aber unerwartet starb, orientierte sie sich, unter der Leitung von Catherine Kelleher, neu. Kelleher, die selbst Strategische Studien am renommierten Massachusetts Institute of Technology studiert hatte, überzeugte Rice davon sich an ein sicherheitspolitisches Thema heranzuwagen. Korbel hatte, als Mann seiner Zeit, nicht daran geglaubt, dass Frauen in diesen Bereich Aufstiegschancen hätten und seine Studentin deshalb in eine ganz andere Richtung gelenkt. Rice aber war von der Idee angetan, auch weil ihr das Thema greifbar erscheint. „*Militaries had things to study, and they had to have exercises and they had to write, and I liked military history and military affairs.*“⁸⁶ Sie entschied sich letztendlich für eine Untersuchung über die Rolle des tschechoslowakischen Militärs im Spannungsfeld zwischen den Aufgaben nationaler Verteidigung und den Verpflichtungen im Rahmen des Warschauer Pakts. Rice widmete ihr Werk Josef Korbel.⁸⁷

Rices weitere akademische Karriere zeichnete sich, sowohl in ihrer Forschungsarbeit als auch ihrer Lehrtätigkeit, durch eine Beschränkung auf traditionelle sicherheitspolitische Aspekte und Themen aus. Fragen über das sowjetische Heer, dessen Strategie, sein Verhältnis zu den Hausherrn im Kreml, und deren Beziehungen zu den zivilen und militärischen Autoritäten der Warschauer Pakt Staaten blieben für lange Zeit der Fokus ihres Forschungsinteresses. In einem Interview während Bushs Wahlkampf meinte sie, „*There was a time in my life when I knew the general staff of the Soviet Union better than it knew itself.*“⁸⁸

⁸⁵ Bumiller, S. 68.

⁸⁶ Rice zitiert in Bumiller, S. 74.

⁸⁷ Bumiller, S. 68ff.

⁸⁸ Rice zitiert in Elaine Sciolino, „The 2000 Campaign: The Advisor; Bush’s Foreign Policy Tutor: An Academic In The Public Eye,“ *New York Times*, 16. Juni 2000, <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9805E2DE1F3EF935A25755C0A9669C8B63>, (abgerufen am 23. Oktober 2008).

Noch während sie an ihrer Dissertation schrieb, bekam sie Gelegenheit ihr Wissen auch praktisch einzusetzen. Sie arbeitete als Beraterin für Science Applications International Corporation, eine Vertragsfirma des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Im Zuge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, 1979, war die Nachfrage nach Wissen um das sowjetische Heer groß. Die Arbeit überschneidet sich mit ihrer Dissertationsrecherche und bestand aus der Analyse russischer Militärliteratur. Rice sollte zum Verständnis über das Weltbild der Sowjets und ihre Strategie im Fall eines Atomkriegs beitragen.⁸⁹

Der sowjetische Afghanistanfeldzug, aber vor allem die amerikanische Reaktion darauf beeinflussten Rice noch in einer anderen Weise. Sie wendet sich, abgestoßen von der, ihrer Ansicht nach naiven, Reaktion Jimmy Carters, der sich über den Einmarsch schockiert gezeigt hatte, von den Demokraten ab. Rice als Realistin, „*I thought, ‘What in the world is he doing?’ The kind of draining of American power was really troubling to me,*“⁹⁰ und Studentin Korbels, war schockiert, dass man vom sowjetischen Einmarsch schockiert sein konnte, und wählte 1980 Ronald Reagan. 1982 wechselte sie die Partei auch formell, indem sie sich als Republikanerin registrierte.⁹¹

2.1.6 Im Elfenbeinturm

Im Zuge ihres Doktoratsstudiums begab sich Condoleezza Rice, im Rahmen eines Forschungsstipendiums von der Ford Foundation, für ein Jahr an das Stanford Center für International Security Studies and Arms Control. Dieser Exkurs sollte sich lohnen. Sie wird 1981, im Alter von erst 26 Jahren, mit noch druckfrischem Dokortitel, von der Stanford Universität als Assistenzprofessorin angeheuert. Den Karrieresprung von der DU nach Stanford bezeichnet der frühere Präsident der Schule als „*unusual enough to be extraordinary [...] It was a product of [Condi’s] set of extraordinary talents.*“⁹² Condoleezza Rice selbst weiß dass auch die Quotenregelung eine Rolle gespielt hat: „*They didn’t need another Soviet specialist,*

⁸⁹ Bumiller, S. 77.

⁹⁰ Rice zitiert in ebda, S. 75.

⁹¹ Bumiller, S. 75.

⁹² Rice zitiert in Mabry, S. 96.

*but they asked themselves, 'How often does a black female who could diversify our ranks come along?'*⁹³

In den folgenden Jahren konzentrierte sich Rice auch in ihrer Lehrtätigkeit vor allem auf Themen des Militärs sowie der Sicherheits- und Außenpolitik. Die Titel ihrer Lehrveranstaltungen lesen sich, unter anderem, wie folgt:

- Die Sowjetunion und die Dritte Welt
- Die Rolle des Militärs in der Politik
- Allianzpolitik
- Die Nationalen Sicherheitsstrategien Amerikas und der Sowjetunion
- Die Institutionen der Gewalt⁹⁴

In ihrer Forschungsarbeit spezialisierte sie sich auf den Bereich der Vergleichenden Politikwissenschaft, mit dem Hauptaugenmerk auf Zivil-Militär Beziehungen in der Sowjetunion und Osteuropa. Hierzu veröffentlichte sie eine Reihe von Artikeln und Aufsätzen sowie die überarbeitete Version ihrer Dissertation. Diese wurde mit gemischten Reaktionen empfangen. Rice hatte aus ihrer Untersuchung über die politische Kontrolle des Tschechoslowakischen Militärs den Schluss gezogen, dass die Sowjetunion einen Störfaktor in den Beziehungen der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei und dem Militär des Landes darstellte.⁹⁵ Ein Kommentator äußerte sich besonders kritisch. In der Zeitschrift *The American Historical Review* kritisierte Josef Kalvoda, ein, in Tschechien geborener, Professor der Geschichte und Politikwissenschaft am Saint Joseph College in Connecticut, Rices leichtfertigen Umgang mit verwendeten Quellen sowie ihre mangelnde Auseinandersetzung mit Primärliteratur. Er stellte außerdem ihre wissenschaftliche Kompetenz in Frage als er schrieb,

⁹³ Rice zitiert in Felix, „Condoleezza Rice at Stanford“, S. 116.

⁹⁴ Ebda, S. 117.

⁹⁵ Da es der Autorin nicht gelungen ist eine Kopie von Condoleezza Rices Dissertation ausfindig zu machen, bezieht sie sich an dieser Stelle auf die Ausführungen von Bumiller, S. 86ff. Die Dissertation ist unter folgendem Titel veröffentlicht worden: Condoleezza Rice, *The Soviet Union and the Czechoslovak Army: Uncertain Allegiance* (Princeton: Princeton University Press, 1984).

„he [Condoleezza Rice, sic!] frequently does not sift facts from propaganda and valid information from disinformation or misinformation [...] he passes judgements and expresses opinions without adequate knowledge of facts.“⁹⁶

Elisabeth Bumiller verweist jedoch auf zwei weitere, ausgesprochen positive Buchbesprechungen. Christopher Jones, ein Experte des Warschauer Pakts, lobte, in der Zeitschrift *Soviet Studies*, Rices umfangreiche Rechercharbeit und prophezeite, dass es ein Standardwerk auf dem Gebiet werden würde. Dale R. Herspring ein Russlandspezialist zeigte sich in einem Artikel im *American Political Scienc Review*, ähnlich angetan von der Analyse und nannte es „*a must for anyone interested in civil-military relations in communist systems.*“⁹⁷

In einem Aufsatz, der 1986 erschien, beleuchtete Rice die Vor- und Nachteile des osteuropäischen Allianzsystems für die Sowjetunion. Ihre Sozialisation mit realistischen Prämissen klingt hier deutlich durch. Sie argumentierte, dass, wengleich die Warschauer Pakt Staaten, in Hinblick auf sicherheitspolitische Anliegen, eine wichtige Funktion in der sowjetischen Militärstrategie einnehmen, die, aus anderen Bereichen, allen voran dem der Wirtschaft, entstehenden Kosten, diese Nutzen überwiegen würden. In einer Analogie zur Privatwirtschaft schrieb sie,

„at some point, if liabilities are too great, a wise business person will cut losses and run. No one would suggest that this is in the cards for the Soviet Union, no matter how expensive Eastern Europe becomes. States, especially great powers, do not behave this way.“⁹⁸

Sie begründete diese Einschätzung mit der vitalen Rolle die Osteuropa, aus sowjetischer Perspektive, in der Sicherung und Bewahrung des politischen Systems des Staates spielt, und bescheinigte der Allianz einen Stellenwert der keiner Kosten-Nutzen Rechnung unterworfen werden könne. In einem Aufsatz über die Entwicklung der sowjetischen Militärstrategie, untersuchte sie die folgenreichen Auswirkungen

⁹⁶ Josef Kalvoda, Buchbesprechung von Condoleezza Rice, *The Soviet Union and the Czechoslovak Army, 1948-1983: Uncertain Allegaince in The American Historical Review* 90, 5 (Dezember 1985): S. 1236.

⁹⁷ Jones zitiert in Bumiller, S. 87.

⁹⁸ Condoleezza Rice, „The Soviet Alliance System,“ in *The Gorbachev Era*, Alexander Dallin und Condoleezza Rice (Hg.), S. 155-165 (Stanford: Stanford Alumni Association, 1986), hier S. 158.

von Stalins Idee der Durchsetzung und Sicherung des 'Sozialismus in einem Land' auf die Ausrichtung der sowjetischen Außen- und Militärpolitik.⁹⁹

Ein weiterer ihrer Beiträge beschäftigt sich mit den Aspekten der Macht des sowjetischen Militärs, und mit der politischen Kontrolle desselben. Rice bietet eine detaillierte Analyse über den strukturellen Aufbau der sowjetischen Streitkräfte und etabliert, dass sowohl Formulierung der Militärdoktrin, als auch Management der militärischen Strategie weitgehend dem sowjetischen Generalstab obliegt. Sie zeichnet die Entwicklung der Sowjetunion zur militärischen Großmacht nach, und betont dass die sowjetische Führung etwas erreicht hat „*that the tsars could not: the promise that no rational actor could begin to entertain thoughts of invading or destroying Russian territory.*“ Sie schließt ihre Analyse mit der Prognose, dass, wengleich mit Mihail Gorbatschow eine neue Generation in den Kreml eingezogen sei, „*it is clear that military power is too important to the Soviet Union to be allowed to fall very far on the priority list of any leader in the Kremlin.*“¹⁰⁰

Im Dezember 1988, nur zwei Jahre später, verkündigte Gorbatschow, in einer Rede vor der UN-Generalversammlung, die unilaterale Reduktion sowjetischer Streitkräfte und einen Truppenabzug aus der DDR. Von historischer Relevanz war jedoch seine Entsagung der Breschnew-Doktrin.¹⁰¹ Im Jahr darauf endete der Kalte Krieg. Wenig später zerfiel die Sowjetunion und Deutschland vereinigte sich wieder. Condoleezza Rice, wie die überwiegende Mehrheit der, im Realismus geschulten, Denker, hatte nicht vermocht diesen folgenreichen Wandel im internationalen System vorauszuahnen.¹⁰²

⁹⁹ Condoleezza Rice, „The Making of Soviet Strategy,“ in *Makers of Soviet Strategy: From Machiavelli to the Nuclear Age*, Peter Paret (Hg.), S. 648-676 (Princeton: Princeton University Press, 1986).

¹⁰⁰ Dieselbe, „The Development of Soviet Military Power,“ in Dallin und Rice (Hg.), S. 121-137, hier S. 137.

¹⁰¹ Die Doktrin versprach die direkte Intervention in den Ländern Osteuropas, so die Aufrechterhaltung der sozialistischen Ordnung bedroht war. Sie diente, unter anderem, als Rechtfertigung für den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei 1968 und deren Niederschlagung des Prager Frühlings.

¹⁰² Für diesen Punkt siehe auch Mann, S. 146.

2.2 Condoleezza Rice und das Ende des Kalten Krieges

Rice beobachtete das Ende des Ost-Westkonfliktes nicht vom Dachfenster des akademischen Elfenbeinturms. Sie war als Beraterin für Sowjetische und Osteuropäische Angelegenheiten, im Nationalen Sicherheitsrat, von George Herbert Walker Bush, selbst an den monumentalen Ereignissen beteiligt.

1984 hatte Rice, auf einem Rüstungskontrollseminar, Brent Scowcroft, einen Doyen der amerikanischen Außenpolitik, kennen gelernt und tief beeindruckt. Scowcroft, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater von Gerald Ford, war angetan von Rices selbstbewusstem Auftreten. Als schwarze junge Frau war sie ein Exotikum in dem von weißen Männern dominierten Gebiet der Rüstungskontrolle. Scowcroft machte es sich zur Aufgabe Rices Talent zu fördern. Im Verlauf der nächsten Jahre lud er sie auf Konferenzen und Seminare ein und machte sie in außen- und sicherheitspolitischen Kreisen bekannt. Als Scowcroft 1989 zum Nationalen Sicherheitsberater von George H. W. Bush ernannt wurde, holte er Rice, als Expertin für die Sowjetunion und Osteuropa in sein Team.¹⁰³

2.2.1 Rice und Realpolitik

Scowcroft wird oft als Praktiker des Realismus bezeichnet.¹⁰⁴ Er hat Morgenthau studiert, und sein strategisches Handwerk unter den Fittichen von Henry Kissinger gelernt.¹⁰⁵ Sozialisiert mit der Realpolitik Kissingers, schätzte er an der jungen Sowjetexpertin Rice, deren ausgeglichene Einstellung gegenüber der Sowjetunion.

„One of the problems in dealing with the Soviet Union was that people tended to be emotional: The Soviet Union was evil incarnate or was this kind of romantic idealistic notion of mankind gone astray, I didn't find her in either extreme.“¹⁰⁶

¹⁰³ Prados, S. 27ff.

¹⁰⁴ Jack Snyder, „One World, Rival Theories,“ *Foreign Policy*, November/ Dezember 2004, S. 53-62, hier 54.

¹⁰⁵ Für eine Darstellung von Scowcrofts außenpolitischen Ansichten, sowie biographischen Angaben siehe Jeffrey Goldberg, „Letter from Washington: Breaking Ranks: What Turned Brent Scowcroft Against the Bush Administration?,“ *The New Yorker*, 31. Oktober 2005, http://www.jeffreygoldberg.net/articles/tny/letter_from_washington_breakin.php (abgerufen am 23. Oktober 2008).

¹⁰⁶ Scowcroft zitiert in Mabry, S. 112.

Nach den turbulenten Jahren der Reagan Administration, wollte Bush Senior zu einer moderaten Politik zurückzukehren.¹⁰⁷ Die frühen 80er Jahre hatten aufgrund der Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion, die Bezeichnung Zweiter Kalter Krieg erlangt.¹⁰⁸ Ronald Reagan war 1981 mit dem Vorsatz ins Weiße Haus gekommen, die angeblich von Vorgängeradministrationen zugelassene Expansion sowjetischer Macht, „*to the ends of earth*,“¹⁰⁹ wieder rückgängig zu machen. Reagan ging auf Konfrontationskurs und machte, in deutlicher Abkehr von Kissingers Détentepolitik, die Darstellung des Ost-West Konfliktes als Kampf zwischen Gut und Böse wieder salonfähig. Er nannte die Sowjetunion ein Reich des Bösen (*Evil Empire*), und fuhr den Verteidigungsetat in ungekannte Höhen. Reagan griff das Konzept des *Rollback* wieder auf, versprach das Zurückdrängen der Sowjets „*right to the gates of the Kremlin itself*,“¹¹⁰ und machte die Unterstützung von anti-kommunistischen Rebellen und Regimes fragwürdigen Charakters zum Programm.¹¹¹

Condoleezza Rice die 1986, im Zuge eines Forschungsaufenthaltes im Pentagon, die Reagansche Verteidigungspolitik von Innen erlebt hatte, blieb von Reagans manichäischer Rhetorik unbeeindruckt:

„Like most Americans, I listened with some skepticism to the Cold War claim that America was a ‘beacon of democracy.’ When American presidents said that, I chalked it up to bad speech writing and hyperbole.“¹¹²

2.2.2. Rice und die amerikanische Sowjetstrategie

Condoleezza Rices Einstand im Weißen Haus war, angesichts der Reformagenda Gorbatschows, von Debatten über die weitere amerikanische Vorgehensweise geprägt. Der Bush Administration war nicht klar was Gorbatschows Reformwille für

¹⁰⁷ Für die unterschiedlichen Herangehensweisen an Fragen der nationalen Sicherheit der Reagan und Bush Sen. Administration siehe auch Rothkopf, S. 210ff.

¹⁰⁸ Vgl., Fred Halliday, *Frostige Zeiten: Politik im Kalten Krieg der 80er Jahre* (Frankfurt: Verlag Neue Kritik, 1984).

¹⁰⁹ Ronald Reagan zitiert in Chester Pach, „The Reagan Doctrine: Principle, Pragmatism, and Policy,“ *Presidential Studies Quarterly* 36, 1 (März 2006): S. 75-88, hier S. 79.

¹¹⁰ Reagan zitiert in Halper und Clarke, S. 165.

¹¹¹ So zählten zu den Rezipienten amerikanischer Gelder, Ausbildung sowie Ausrüstung, unter anderem die terroristischen Contras in Nicaragua (trotz eines Gesetzes dass die Unterstützung derselben verboten hatte), die Militärdiktatur in El Salvador, die anti-marxistischen Guerillas in Angola, sowie die Mujaheddin in Afghanistan. Aus letzteren sollte in weiter Folge sowohl die Taliban als auch Al-Qaida hervorgehen. Vgl. Pach.

¹¹² Condoleezza Rice, „Small Steps, Giant Leaps,“ in *A Voice of Our Own*, Hg. Nancy M. Newman (San Francisco: Jossey-Bass, 1996), S. 226, zitiert in James Mann, S. 148.

das sowjetische Außenverhalten bedeuten würde. Dessen Abkehr von der Breschnew Doktrin einige Monate zuvor, war im Westen, in der Aufregung um die sowjetischen Truppenreduktionen, untergegangen. Rice, die Autorität in sowjetischen Fragen, gestand später ihre Unachtsamkeit in dieser Angelegenheit ein. „*I missed completely, really, the revocation of the Brezhnev doctrine.*“¹¹³

In der Debatte gab es zwei Fraktionen. Die einen, hierzu zählten Kissinger und Scowcroft, plädierten für eine Politik des beidseitigen Entgegenkommens. Die anderen interpretierten Gorbatschows Handlungen als Zeichen der Schwäche und waren dafür ihm noch mehr Konzessionen abzurufen.¹¹⁴ Rice schlug sich in ihren Memoranden auf die Seite der Hardliner.¹¹⁵ Es war wohl Josef Korbels Skepsis die sich in ihrem Misstrauen gegenüber den Sowjets manifestierte. Im Zuge der Diskussionen war es letztlich Rice die, die Phrase „beyond containment“ prägte. Diese diente fortan als Aufhänger für Präsident Bushs Politik der bedingten politischen und wirtschaftlichen Integration gegenüber der Sowjetunion.¹¹⁶ Das Konzept beruhte, so Rice, auf Gorbatschows Bereitschaft noch mehr Zugeständnisse zu machen „*at a time when it was really the United States that was on the defensive.*“¹¹⁷

Während im Weißen Haus über Gorbatschows Vertrauenswürdigkeit disputiert wurde, überstürzten sich in Osteuropa die Ereignisse. Ein Warschauer Pakt Mitglied nach dem anderen sagte sich von der Allianz los. Die Entwicklungen erreichten mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 ihren vorläufigen Höhepunkt. Moskaus Zurückhaltung in den Ereignissen führte in Washington zu einem Kurswechsel hin zur expliziten Unterstützung Gorbatschows. Aber auch in dieser Frage war die Administration gespalten. Eine Reihe von Regierungsmitgliedern, die

¹¹³ CNN, „Interview with Dr. Condoleezza Rice,“ 17. Dezember 1997, zitiert in Prados, S. 29.

¹¹⁴ Rice beschreibt im Vorwort zu dem Buch, das sie gemeinsam mit Philip Zelikow über die Deutsche Wiedervereinigung geschrieben hat, die Debatten um Kissingers Initiative und meint dass „Neither Baker’s [damaliger Außenminister James Baker] staff nor the NSC staff (possibly excepting Scowcroft) had any sympathy with the substance of Kissinger’s suggested bargain.“ Philip Zelikow und Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 1995), S. 27. Vgl. auch Rothkopf, S. 276ff.

¹¹⁵ Prados, S. 29.

¹¹⁶ So verlautbarte George H. W. Bush in seiner ersten wesentlichen Rede am 12. Mai 1989 „now it is time to move beyond containment [...] We seek the integration of the Soviet Union into the community of nations [...] Ultimately, our objective is to welcome the Soviet Union back into the world order.“ Vgl. John Mueller, „What Was the Cold War About? Evidence from its Ending,“ *Political Science Quarterly* 119, 4 (Winter 2004/2005), S. 609-31. Vgl. auch Rice und Zelikow, S. 26.

¹¹⁷ Ebda, S. 27.

später im Team von George W. Bush Junior wieder auftauchen sollten, stellte sich damals gegen Gorbatschow. Es waren unter anderem der damalige Verteidigungsminister Dick Cheney, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, sowie sein Stabschef I. Lewis „Scooter“ Libby die, die Zerschlagung der Sowjetunion herbeisehnten. Sie plädierten für die Unterstützung Boris Jelzins, eines anti-kommunistischen Oppositionellen und Gorbatschows aussichtsreichsten innenpolitischen Herausforderer.¹¹⁸

Bush und seinen Beratern bereitete Gorbatschows zunehmende innenpolitische Isolation jedoch Sorge. Der friedliche Zerfall des Sowjetreiches war zu diesem Zeitpunkt keineswegs beschlossene Sache, und die Ermutigung eines solchen nicht Teil der offiziellen amerikanischen Linie. Aus Sorge um einen gewaltsamen Untergang hielten die Realisten in der Administration an Gorbatschow fest. In einer stark kritisierten Rede in Kiew riet Bush den, nach Unabhängigkeit strebenden Ukrainern, Ruhe zu bewahren und die Dinge nicht zu überstürzen. Die Rede ging als „Chicken Kiev“ ins politische Glossar ein, und steht noch heute für die Realitätsfremdheit realpolitischer Behutsamkeit. Stimmen in den USA verlangten von Bush auf den Trümmern der Berliner Mauer zu tanzen. Bush, der „*anti-Reagan*“¹¹⁹ hatte für triumphalistische Gesten nichts übrig. Er war vordergründig an der Förderung einer weichen Landung der Sowjetunion interessiert.¹²⁰ Condoleezza Rice befürwortete diese Linie, und reihte sich, mit ihrer Präferenz für die Wahrung der Stabilität anstelle der Forcierung von Wandel um jeden Preis, in den realistischen Kanon ein.¹²¹

Diese Episode macht deutlich dass die Diskussionen über Regimewechsel und Demokratieverbreitung von amerikanischer Hand, die 2003 im Vorfeld des Irak Krieges geführt wurden, nicht neu waren. Der eingangs erwähnte Splitt zwischen Traditionalisten und Transformationalisten bzw. Realisten und Neokonservativen führte bereits eine gute Dekade vor George W. Bushs Irakfeldzug und in Bezug auf eine andere Weltregion zu hitzigen Diskussionen. Während Condoleezza Rice

¹¹⁸ Mann, S. 205ff., Prados, S. 30.

¹¹⁹ Gregory Scoble, „We Could Use a Man Like George Herbert Walker Again,“ Real Clear Politics, 27. Februar 2008, http://www.realclearpolitics.com/articles/2008/02/we_could_use_a_man_like_george.html (abgerufen am 23. Mai 2008).

¹²⁰ Ebda.

¹²¹ Prados, S. 30.

jedoch Ende der 80er noch fest im Lager der Traditionalisten beheimatet war, gebärdet sie sich am Beginn des Neuen Jahrtausends als leidenschaftliche Transformationalistin.

2.2.3 Rices „Sternstunde der Diplomatie“¹²²

Eine Angelegenheit in der sich die Besonnenheit der Bush Administration zweifelsohne bezahlt machte, waren die Verhandlungen um die Zukunft Deutschlands. Condoleezza Rice spielte in dem diplomatischen Bravourstück der Deutschen Wiedervereinigung eine der Hauptrollen.

Die Herausforderung bestand darin, die Vereinigung der beiden Deutschen Staaten unter westlicher Schirmherrschaft zu gewährleisten, ohne eine Reaktion Moskaus zu provozieren. Rice wusste aus ihren Studien, dass die DDR das Herzstück des sowjetischen Sicherheitssystems darstellte, und Verlust derselben einen großen Prestige- sowie Einflussverlust bedeuten würde. Ihr war aber ebenso bewusst dass die rasanten Veränderungen mit denen der Kreml konfrontiert war, den USA Handlungsspielraum boten. In einem oft zitierten Memorandum von Januar 1990, antwortete Rice auf Scowcrofts Frage nach Gorbatschows Reaktion auf einen amerikanischen Vorstoß zu Gunsten eines vereinigten westlich-orientierten Deutschlands,

„I believe (and this is a hunch and I guess if we did this that I would spend a lot of time in church praying that I was right) that the Soviets would not even threaten the Germans.“¹²³

Basierend auf dieser Einschätzung begannen in Washington die Planungen für den Zwei Plus Vier (fortan 2+4) Plan. 2+4 bezog sich auf die beiden Deutschen Staaten sowie die vier Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, und meinte das diplomatische Forum in dem die Verhandlungen über die Deutsche Einheit stattfinden würden. Im Wesentlichen war 2+4 jedoch die Möglichkeit,

¹²² Die Überschrift beruht auf dem deutschsprachigen Titel des Buches von Philip Zelikow und Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft* (Cambridge/ London: Harvard University Press, 1995) das als *Sternstunde der Diplomatie: Die Deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas* (Berlin: Propyläen, 1997) erschienen ist.

¹²³ Rice zitiert in Zelikow und Rice, S. 160.

Washingtons Forderung und Bonns Wunsch nach einem vereinten demokratischen Deutschland als vollständigem Mitglied der NATO – eine Militärallianz die gegen die Sowjetunion gegründet worden war – umzusetzen, ohne den Gesichtsverlust Gorbatschows bzw. das Ausscheren der kritischen Briten oder Franzosen, zu riskieren.¹²⁴

Etwa acht Monate später, am 3. Oktober 1990 traten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sämtliche Rechte und Pflichten an, nun wiedervereinten, Deutschland ab. Mit Ende 1991 war die Sowjetunion Geschichte. Rice die, die politische Bühne bereits einige Monate vor dem historischen Moment verlassen hatte, schrieb später hierzu: „*When it collapsed, Ronald Reagan’s memorable words rang true. It was indeed a „sad experiment“ practiced on a huge and helpless population.*“¹²⁵

2.3 Fazit

Das Kapitel hatte dreierlei Anliegen. Einmal sollten wichtige Strömungen im außenpolitischen Denken der USA sowie deren Relevanz während des Kalten Krieges aufgezeigt werden. Außerdem ging es darum Rices frühen akademischen Werdegang und politische Tätigkeit mitsamt wichtiger Personen und Einflüsse darzustellen. Letztlich sollten die beiden Stränge miteinander verknüpft werden, um Rices Denken im Kalten Kriegs Diskurs verorten zu können.

Während des Kalten Krieges bestimmten die militärischen und nuklearen Kapazitäten der Sowjetunion, sowie der Erhalt der globalen *Balance of Power* das amerikanische strategische Denken. Wenngleich die *Containment* Doktrin eine realistische Sichtweise der Supermächterivalität als traditionellen Interessenskonflikt zweier Großmächte etablierte, war diese Interpretation in den USA nicht unherausgefordert. Am (neo-)konservativen Ende des politischen Spektrums wurde die Konfrontation mit der Sowjetunion in ideologischen Kategorien gedacht. Es ginge in erster Linie um den Kampf gegen den Kommunismus, einer den amerikanischen Gesellschaftsvorstellungen zuwiderlaufenden Ideologie, deren Verbreitung das

¹²⁴ Für eine detaillierte Darstellung der Verhandlungen um die Deutsche Wiedervereinigung siehe Zelikow und Rice. Für eine gute Zusammenfassung der Abläufe mit Augenmerk auf Condoleezza Rices Rolle und Initiativen siehe Marcus Mabry, S. 115ff.

¹²⁵ Zelikow und Rice, S. 370.

Bestehen der USA bedrohen würde. Als Verfechterin der Freien Welt, sollten die USA den Kommunismus nicht nur eindämmen sondern aktiv zurückdrängen. Die Neokonservativen, die von Kissingers Realpolitik gleichermaßen abgestoßen waren wie vom McGovern/ Carter Flügel der Demokratischen Partei, lehnten Verhandlungen mit der Sowjetunion ebenso ab, wie die Anerkennung sowjetischer Interessen. Ihr Glaube an die amerikanische Mission bestärkte sie in ihrer kompromisslosen Linie gegen die Sowjetunion und in ihrer Abscheu gegenüber realistischer Behutsamkeit in der amerikanischen Außenpolitik.

Condoleezza Rices kommt sowohl in ihrer akademischen als auch politischen Tätigkeit aus der Tradition des Realismus. Unter dem Realisten Korbelt studierte sie das Werk Morgenthau sowie die sowjetische Geschichte. In ihrer Forschungstätigkeit vertiefte sich Rice in das Studium des sowjetischen Militärs, dessen Strategie sowie dessen Verhältnis zu den Armeen der Warschauer Pakt Staaten. Die Voreingenommenheit mit Fragen militärischer Natur ist ein wichtiger Aspekt des Realismus, der von der materiellen Macht von Staaten auf deren außenpolitisches Verhalten schließt. Aus Rices akademischen Veröffentlichungen sowie diversen Stellungnahmen geht hervor dass ihr das ideologische Prisma fremd war. Obwohl sie während Reagans Amtszeit, der eine Reihe neokonservativer Forderungen aufgegriffen und umgesetzt hatte, ihre ersten Erfahrungen in Washington sammelte, blieb sie fest im realistischen *Balance-of-Power* Flügel verhaftet. Rices Nähe zu Brent Scowcroft, ihre Tätigkeit in der Bush Senior Administration sowie ihre Unterstützung deren, von realistischer Achtsamkeit geprägtem, internationalem Vorgehen bekräftigen diesen Schluss noch.

3 Rice, die Neunziger und der Unipolare Moment

3.1 Stanford und Corporate Business

Condoleezza Rice hatte das politische Parkett bereits im März 1991 verlassen, und war als nun erfahrene Kalte Kriegerin nach Stanford zurückgekehrt. Dort widmete sie sich der Diversifikation ihrer Karriere.

Zuerst machte sie sich am liberalen Universitätscampus auf die Suche nach Gesinnungsgenossen. Fündig wurde sie in der Hoover Institution, einer konservativen Forschungseinrichtung am Campus von Stanford. Nachdem sie bereits in ihren Anfangsjahren an der Universität dort tätig gewesen war, kehrte sie nun als Senior Fellow zurück. An der Hoover Institution fand sie in der Person von George Shultz, dem ehemaligen Außenminister Ronald Reagans, einen neuen Mentor. Über ihn erlangte Rice Zutritt in die Privatwirtschaft, einem Bereich der in ihrer Karriere bis dahin zu kurz gekommen war. Shultz schlug ihr „a big, bad oil company“¹²⁶ vor, und verhalf ihr in den Vorstand von Chevron. Im Laufe der nächsten Jahre kultivierte Rice ihr unternehmerisches Portfolio. Hinzukamen Vorstandsverpflichtungen in Großkonzernen wie Transamerica, Hewlett-Packard und J.P. Morgan, sowie in Non-Profit Organisationen wie RAND Corporation, der San Francisco Symphony und der Universität von Notre Dame.¹²⁷

Den großen Karrieresprung machte Rice jedoch unerwartet und auf unkonventionellem Weg. Noch als Assistenzprofessorin, erhielt sie das Angebot, *Provost*¹²⁸ von Stanford zu werden. Rice akzeptierte und wurde, nach einem Schnellverfahren zur ordentlichen Professur, mit 38 Jahren zur jüngsten *Provost* in der Geschichte der Universität ernannt. Die Art ihrer Beförderung sowie ihre Amtszeit ernteten heftige Kritik. Konfrontiert mit einem Budget Defizit sowie mit Fragen über die Einstellungsverfahren der Universität, halbierte Rice die Ausgaben und zog Personalkürzungen mit Härte und den Worten „*I don't do committees.*“¹²⁹ durch.

¹²⁶ George Shultz zitiert in Mabry, S. 123.

¹²⁷ Ebda, S. 124.

¹²⁸ Im deutschsprachigen Raum existiert keine exakte Übersetzung dieses Titels. Die gängige Bezeichnung Dekan wird der einflussreichen Position eines *Provost* an amerikanischen Universitäten nicht gerecht. Dieser steht in den USA sämtlichen Fakultäten sowie der Universitätsverwaltung vor, und folgt in der Hierarchie der Universität gleich nach dem Rektor.

¹²⁹ Rice zitiert in Mabry, S. 131. Für detaillierte Ausführungen über ihre Zeit als *Provost* siehe Bumiller, S: 107-125, sowie Mabry, S. 131-149, und auch Lemann, S. 167.

3.2 The Lone Superpower

Der Zusammenbruch der Sowjetunion läutete nicht nur in Condoleezza Rices Leben eine Phase der Neuorientierung ein. Wie schon nach Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges stellte sich in den Neunziger Jahren die Frage nach Amerikas Rolle in der Welt neu. Die Debatten drehten sich, angesichts der Stellung der USA als einzig verbleibende Supermacht, um die Frage wie und zu welchem Ziel die Vereinigten Staaten sich in der Welt engagieren sollten. Während sich mit der Wahl Bill Clintons, zunächst die liberal internationalistische Tradition Wilsons durchsetzen konnte,¹³⁰ verschafften sich in der republikanischen Partei neo-isolationistische, vor allem aber unilaterale Stimmen Gehör.¹³¹

Die Außenpolitik der USA war nach 1945 sehr stark von der Vision einer multilateralen Ordnung geleitet. Dies meinte im Grunde den Aufbau von Institutionen, deren Regeln für alle gelten sollten. Wenngleich amerikanische Realisten die Affinität für multilaterale Prinzipien als naiven Idealismus abtaten, spiegelte diese Ausrichtung vielmehr die politische Identität der USA als eine, an sich jedem offen stehende, „willful community“ wider.¹³² Trotzdem lässt sich das außenpolitische Handeln der USA während des Kalten Krieges eher als „selbstbeschränkter Unilateralismus“¹³³

¹³⁰ Christiane Lemke nennt als die Charakteristika Clintonscher Außenpolitik die Priorität wirtschaftlicher Interessen, die Absage an Isolationismus und die Unterstützung multilateralen Handelns und internationaler Organisationen, sowie die Verbreitung und Unterstützung der Demokratie. Vgl. Lemke, S. 136ff. Die Clinton Administration ging davon aus dass die, der Globalisierung folgende, wirtschaftliche, politische und soziale Interdependenz von Staaten, unilaterales Handeln oftmals verunmöglichen würde. Die Errichtung einer Wilsonschen Weltordnung, basierend auf internationalem Recht, erschien ihr deshalb umso dringender. Vgl. Daalder und Lindsay, S. 12. Auch John Judis bezeichnet, in Berufung auf Clintons multilaterales Vorgehen auf dem Balkan, jene Jahre als „a triumph of Wilsonianism.“ John Judis, 2004. Peter Rudolf relativiert diese Einschätzung der Clintonschen Außenpolitik. So habe es sich bei Clintons Außenpolitik, vor allem gegen Ende der Amtszeit, um eine tendenziell unilaterale, den nationalen Interessen verpflichtete, Realpolitik gehandelt auch wenn diese „nach wie vor in «idealistischer» Rhetorik eingekleidet war.“ Peter Rudolf, „Von Clinton zu Bush: Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen,“ in *Supermacht im Wandel*, Hans-Jürgen Puhle, Sönke Schreyer, Jürgen Wilzewski (Hg.), 263-295 (Frankfurt/New York: Campus 2004). Rudolf merkt an anderer Stelle an, dass auch Clintons Programm des „enlargement“ (Demokratieförderung), dem „realistisch“ – geopolitischen Kern[s] amerikanischer Sicherheitsinteressen“ verpflichtet geblieben ist. Rudolf, „USA-Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen,“ in *Internationale Politik*, Mir A. Ferdowsi (Hg.), S.147 - 162 (München: Fink, 2002), hier S. 152.

¹³¹ Bierling verwendet anstatt der Bezeichnung *neo-isolationistisch* den Begriff *Non-Internationalisten* und meint damit jene Stimmen am rechten sowie linken Enden des politischen Spektrums (also nicht nur unter den Republikanern) die eine Begrenzung des internationalen Engagements der USA fordern. Der Begriff isolationistisch ist deshalb nicht akkurat da nicht ein vollkommener Rückzug aus der Welt, sondern lediglich ein selektives außenpolitisches Vorgehen verlangt wird. Wo konservative *Non-Internationalisten*, internationale Interventionen wegen der entstehenden Kosten kritisieren, befürchten liberale *Non-Internationalisten* Machtmissbrauch, und die Umsetzung imperialer Interessen. Ihre Agenda umfasst außerdem Themen der Globalisierung wie Freihandel oder auch Immigration. Ein Vertreter des rechten Spektrums ist Pat Buchanan, einer des linken Spektrums der Verbraucherschutzanwalt Ralph Nader. Bierling, S. 63. Da die Autorin nicht weiter auf diese Strömung eingeht, und sich in den weiteren Ausführungen auf das konservative internationalistische Spektrum konzentriert, verbleibt sie bei der Bezeichnung neo-isolationistisch.

¹³² John Ruggie, S. 218ff.

¹³³ Rudolf, „USA-Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen,“ S. 154.

denn als prinzipientreuer Multilateralismus, charakterisieren. Mit dem Untergang der Sowjetunion flammte die alte Diskussion, zwischen den Unterstützern internationaler Kooperation und den Befürwortern unilateralen Handelns, wieder auf. Während des Ost-Westkonflikts war kooperatives Vorgehen oft unumgänglich gewesen. Die nunmehr beispiellose internationale Vorherrschaft der USA spielte jedoch jenen Stimmen zu, die den Einsatz amerikanischer Macht nach amerikanischem Ermessen verlangten.

Der Ruf nach einem amerikanischen Rückzug aus internationalen Angelegenheiten, blieb ein Randphänomen. Das Selbstverständnis der USA „als globale, die Stabilität des internationalen Systems sichernde Führungsmacht,“¹³⁴ war, so Peter Rudolf, durch das Ende des Kalten Krieges vielmehr bestätigt als hinterfragt worden. Es waren die Neokonservativen jüngerer Generation und andere „konservative Unilateralisten“¹³⁵ in der republikanischen Partei, die zwar fortwährendes aktives Engagement in der Welt verlangten, jedoch Clintons Wilsonschen Multilateralismus, sowie internationalen Organisationen, allen voran der UNO äußerst kritisch begegneten. Eine liberal-multilaterale Außenpolitik, die internationaler Kooperation ein hohes Konfliktlösungspotential beimisst, wurde als bestenfalls ineffektiv und schlimmstenfalls gefährlich erachtet. Für die Unilateralisten bedeutete der Untergang der Sowjetunion die lang ersehnte Handlungsfreiheit für ein amerikanisches Engagement nach amerikanischem Ermessen. Clintons Versuch die Welt, einer Wilsonschen Weltordnung, basierend auf Kooperation und internationalem Recht näher zu bringen liefen dieser Perspektive diametral entgegen.

Die Neokonservativen waren die lautesten, hartnäckigsten und vor allem publizistisch produktivsten Vertreter des unilateralen Kanons, doch erst der Schock des 11. Septembers, machte ihre Ideen im politischen *Mainstream* mehrheitsfähig. Das neokonservative Plädoyer für die globale militärische Vorherrschaft der USA hatte jedoch in Teilen des politischen Establishments schon in den frühen Neunzigern Anklang gefunden.

¹³⁴ Derselbe, ebda, S. 151.

¹³⁵ Bierling, S. 62.

3.3 Das neokonservative Programm für den Unipolaren Moment

Die Neokonservativen, deren gesamtes außenpolitisches Denken sich um die Bedrohung Seitens der Sowjetunion gedreht hatte, waren zu Beginn der Neunziger mit einem intellektuellen Dilemma konfrontiert. Woraus sollte das internationale Engagement der USA bestehen, nun da der Kommunismus keine Gefahr mehr darstellte? Das Ende des Kalten Krieges hatte neokonservative Denker zwar in ihrem Glauben an die Wirksamkeit kompromissloser Politik im Dienste amerikanischer Werte und Ideale bestärkt, sie jedoch gleichzeitig in eine Identitätskrise gestürzt. Während einige glaubten der Neokonservatismus habe sich durch seinen Erfolg selbst überlebt, machten sich andere daran die neokonservative Vision an die Gegebenheiten der *post-Cold War* Welt anzupassen.¹³⁶

Die neokonservative Erfahrung der Neunziger Jahre erinnerte an die Umstände der Siebziger Jahre. Während die Präsidentschaft George H. W. Bushs den Wandel von einer neokonservativen (Reaganschen) zu einer realistischen Außenpolitik eingeläutet, und neokonservative Akteure weitgehend aus dem Zentrum der Macht verbannt hatte, bedeutete der Wahlsieg Clintons für die Neokonservativen den Schwenk zu einem naiven multilateralen Wilsonianismus. Analog zu den Siebziger Jahren befanden sich die Neokonservativen in den Neunzigern erneut in einer doppelten Frontstellung, und verstanden sich „als Korrektiv zu einer übermäßig realistischen (Bush) und einer übermäßig liberalen Politik (Clinton).“¹³⁷

Es waren zunächst die Aufsätze zweier, dem neokonservativen Denken zuzurechnenden, Kommentatoren, die Anfang der Neunziger Jahre für angeregte Diskussionen sorgten und, rückblickend betrachtet, viele der wesentlichen Punkte anschnitten die den Neokonservatismus am Übergang ins 21. Jahrhundert prägen sollten.

¹³⁶ In der Literatur wird hier auch von einem Generationenwechsel innerhalb des Neokonservatismus gesprochen. Wichtige neokonservative Denker der Kalten Kriegs Ära, wie Norman Podhoretz, Jeane Kirkpatrick und Irving Kristol traten in den Hintergrund, wandten sich teilweise realistischen außenpolitischen Positionen zu, bzw. argumentierten für ein bescheideneres amerikanisches Auftreten in der Welt. An ihre Stelle trat eine jüngere Generation um Leute wie Charles Krauthammer, Robert Kagan und William Kristol - der als Sohn Irving Kristols den Generationenwechsel selbst verkörpert – die fortan für ihre Überzeugung, dass amerikanischen Werten und Idealen weltweit und wenn nötig mit militärischen Mitteln, Geltung verschafft werden müsste, warben. Zur intellektuellen Zersplitterung der Neokonservativen in den frühen Neunzigern und ihre folgende Neuorientierung siehe Ehrmann, S. 173-206, Heilbrunn, S. 209-227, sowie Halper und Clarke, S. 74-81.

¹³⁷ Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 139.

3.3.1 Vom Ende der Geschichte...

Francis Fukuyama sorgte bereits 1989, und damit noch vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa, für Diskussionen in den außenpolitischen Kreisen des Westens. In seinem Aufsatz mit dem Titel „The End of History?“ erklärte Fukuyama, dass der Untergang des Kommunismus den Triumph des westlichen Modells liberaler Demokratie bzw. „*the universalization of western liberal democracy as the final form of human government*“ bedeuten würde.¹³⁸ Westliche Werte würden sich fortan ganz von selbst in der Welt verbreiten, und so, liberalistischen Ansätzen folgend, zur Verringerung zwischenstaatlicher Kriege beitragen.

Während bei Fukuyama der Wilsonsche Gedanke einer demokratischen, und demnach friedlichen, Weltordnung deutlich durchklang, beschäftigte sich der Aufsatz Charles Krauthammers mit den Konsequenzen der amerikanischen Vormachtstellung für die zukünftige Rolle der USA in der Welt.

3.3.2 ...in eine unipolare Welt...

Krauthammer lieferte der Debatte einen wichtigen Impuls, indem er den USA einen „unipolaren Moment“¹³⁹ (Übersetzung A.R.) diagnostizierte und vom Amerikanischen Volk die Bereitschaft einforderte „*to lead a unipolar world, unashamedly laying down the rules of world order and being prepared to enforce them.*“¹⁴⁰ Krauthammer wandte sich damit nicht nur gegen die, nach Ende des Kalten Krieges, viel gehegte Hoffnung einer internationalen Ordnung verteidigt und bewahrt von den Vereinten Nationen, sondern erklärte die Idee Kollektiver Sicherheit kurzerhand für absurd: „*The United Nations is a guarantor of nothing. Except in a formal sense, it can hardly be said to exist.*“¹⁴¹ Auch mit der Vorstellung des Sicherheitsrates als moralischer

¹³⁸ Fukuyamas Argumentation stützte sich auf die Hegelsche, und von Marx übernommene, Annahme dass Geschichte, verstanden als evolutionärer Prozess, sich nicht endlos fortsetzen würde, sondern mit Erreichung eines bestimmten Stadiums gesellschaftlichen Zusammenlebens ihren Abschluss finden würde. Während Hegel (hier stützt Fukuyama sich auf eine Hegel Interpretation des, in Frankreich wirkenden, russischen Emigranten Alexandre Kojève) im liberal verfassten Staat diesen Zustand vermutete, stellte für Marx die kommunistische Gesellschaft den Endpunkt dar. Mit dem Untergang des Kommunismus sei, so Fukuyama, das Ende der Geschichte, im Hegelschen Sinn, erreicht worden. Francis Fukuyama, „The End of History?“, *National Interest*, Summer 1989. Siehe auch sein Folgewerk: Francis Fukuyama, *The End of History and The Last Man* (New York: Free Press, 1992).

¹³⁹ Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment“, *Foreign Affairs* 70, 1 (Winter 1990/1991): S. 23-33.

¹⁴⁰ Ebda, S. 33.

¹⁴¹ Krauthammer, „Unipolar Moment, S. 25.

Entscheidungsinstanz macht er kurzen Prozess: „*Why it should matter to Americans that their actions get a Security Council nod from, say, Deng Xiaping and the butchers of Tiananmen square is beyond me.*“¹⁴²

Krauthammer erklärte die Proliferation von Massenvernichtungswaffen an despotische Regime, wie dem Irak, zur größten zukünftigen Bedrohung der internationalen Sicherheit, und argumentierte, dass dieser Gefahr, einzig durch den Ausbau und Erhalt der amerikanischen Vormachtstellung, beizukommen sei:

*„Relatively small, peripheral and backward states will be able to emerge rapidly as threats not only to regional, but to world, security. [...] The post-Cold War era is thus perhaps better called the era of weapons of mass destruction.“*¹⁴³

In einer solchen internationalen Umgebung stelle multilaterales Vorgehen keine Option mehr dar. Eine unipolare Welt verlange nach unilateralem Vorgehen und erlaube höchstens „pseudo-multilateralism:“¹⁴⁴

*„ [A] dominant great power acts essentially alone, but embarrassed at the idea and still worshipping at the shrine of collective security, recruits a ship here, a brigade there, and blessings all around to give its actions a multilateral sheen.“*¹⁴⁵

Ziel amerikanischer Außenpolitik solle laut Krauthammer die Aufrechterhaltung des unipolaren Moments sein. Die USA sollten ihre einzigartige Vormachtstellung nutzen um in einer Welt Ordnung zu schaffen, deren Alternative nicht stabile Multipolarität sondern Chaos wäre.¹⁴⁶ Mit diesem Plädoyer wandte sich Krauthammer gegen eine Handlungsleitende Grundannahme des Realismus, die besagt dass die Dominanz eines Staats zwingend zu Gegenmaßnahmen anderer Staaten führe, und so dauerhafte Suprematie verunmöglichen würde. Krauthammer postulierte statt einer

¹⁴² Ebda, S. 26.

¹⁴³ Ebda, S. 29f.

¹⁴⁴ Ebda, S. 25.

¹⁴⁵ Ebda.

¹⁴⁶ Krauthammer, „Unipolar Moment,“ S. 32.

realistischen Außenpolitik der klugen konsensorientierten Diplomatie, die Möglichkeit einer stabilen und positiven militärischen Unipolarität der USA.

Im Laufe der Neunziger Jahre entwickelten sich die beiden Elemente - der Optimismus was die Demokratie westlicher Provenienz als vollkommenes und endgültiges Modell menschlichen Zusammenlebens betrifft, sowie die Überzeugung dass die militärische Suprematie der USA gut für die Welt, und deshalb auch unilaterales Vorgehen gerechtfertigt, sei - zu wichtigen Pfeilern neokonservativen Denkens. Während jedoch Fukuyama in der Demokratisierung der Welt noch einen weitgehend selbstbetriebenen und nicht-umkehrbaren Prozess gesehen hatte, forderten eine Reihe neokonservativer Denker eine weitaus pro-aktivere Politik der Demokratieverbretung. So schrieb Krauthammer an anderer Stelle: „*with the decline of communism, the advancement of democracy should become the new touchstone of a new ideological american foreign policy.*“¹⁴⁷

Krauthammers Überlegungen fanden noch unter der Administration von George H. W. Bush ihr regierungsamtliches Pendant. Diesselben Akteure die, im Bezug auf Gorbatschow und die Sowjetunion, für eine härtere Linie plädiert hatten, waren auch die ersten die für eine, der bevorstehenden Unipolarität angepasste, neue strategische Ausrichtung plädierten.

Im Jahr 1992 gelangte ein geheimes Strategiepaper des Pentagons (*Defense Planning Guidance*) ans Licht der Öffentlichkeit, das unter anderem vom damaligen *Under Secretary of Defense for Policy* Paul Wolfowitz, im Auftrag des damaligen Verteidigungsministers Richard Cheney, verfasst worden war. Das Dokument hallte nicht nur Krauthammers Argumentation in vielen Aspekten wider, sondern enthielt, eine Dekade vor dem 11.September, viele der Ideen, die unter George W. Bush Eingang in die offizielle amerikanische Außenpolitik finden sollten.

Der Entwurf plädierte für die Sicherung der amerikanischen militärischen Vorherrschaft über Europa und Asien sowie die Abschreckung potentieller Gegenmächte, und sah den Einsatz von Präventivschlägen gegenüber Staaten, die sich der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen verdächtig machten, vor. Amerikanische Interessen sollten mittels der Förderung von amerikanischen Werten

¹⁴⁷ Charles Krauthammer, „Universal Dominion: Toward a Unipolar World,“ *National Interest*, Winter 1989/90, S. 47, zitiert in Brian C. Schmidt und Michael C. Williams, „The Bush Doctrine and the Iraq War: Neoconservatives vs. Realists,“ Working Paper Nr. 16, The American University, 13. Februar 2008, http://www.aup.fr/pdf/WPSeries/AUP_wp61-WilliamsSchmidt.pdf, S. 11.

wie Demokratie und Marktwirtschaft durchgesetzt werden. Denn, nur eine solche Strategie könne langfristig Zugang zu Ressourcen sowie Schutz vor Terrorismus und Massenvernichtungswaffen bieten.

Das Papier wurde nicht nur in der amerikanischen Öffentlichkeit als unilateral und kriegstreiberisch kritisiert, sondern auch von den Realisten der Bush Senior Administration, unter anderem Sicherheitsberater Brent Scowcroft und Außenminister James Baker, beanstandet. Nach wochenlanger Kontroverse sah sich das Pentagon schließlich veranlasst das Dokument durch eine abgeschwächte und überarbeitete Version desselben Materials zu ersetzen.¹⁴⁸

Die von Cheney und Wolfowitz vertretene „one-power idea“¹⁴⁹ stellte im außenpolitischen Denken der frühen Neunziger noch eine Randposition dar. Am Beginn des neuen Jahrtausends, und unter Eindruck des 11. Septembers, sollte ein ähnlich selbstgerecht formulierter amerikanischer Machtanspruch jedoch den Zahn der Zeit treffen. Sowohl Cheney als auch Wolfowitz kehrten zehn Jahre später in der Administration von George W. Bush, in einflussreichen Positionen und als leidenschaftliche Advokaten einer solchen Politik, wieder.¹⁵⁰

3.3.3 ...unter dem wohlwollenden Hegemon

Krauthammers und Wolfowitzs politische Rezepte spielten weder unter Bush Senior noch unter Clinton eine Rolle. Es ist dem Aktivismus der jungen Generation neokonservativer Meinungsmacher wie William Kristol und Robert Kagan geschuldet, dass diese Ideen dennoch nicht in Vergessenheit gerieten. Deren 1996 erschienener Aufsatz „*Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy*“ stellte ein pointiertes Statement der neokonservativen Vision dar, und leistete einen entscheidenden Beitrag zur

¹⁴⁸ Zur *Defense Planning Guidance* siehe Patrick E. Tyler, „U.S. Strategy Plan Calls for Insuring no Rivals Develop,“ *The New York Times*, 8. März 1992, <http://work.colum.edu/~amiller/wolfowitz1992.htm> (abgerufen am 11. September 2008), sowie Nicholas Lemann, „The Next World Order,“ *The New Yorker*, 1. April 2002, http://www.newyorker.com/archive/2002/04/01/020401fa_FACT1 (abgerufen am 5. August 2008), sowie Mann, S. 200 und S. 209-215.

¹⁴⁹ Lemann, „The Next World Order.“

¹⁵⁰ Richard Cheney ist heute Vize-Präsident, Paul Wolfowitz hatte in der Bush Junior Administration die Position des Vize-Verteidigungsministers inne, bis er im Mai 2005 zum Präsident der Weltbank nominiert wurde, eine Position die er nach einer Reihe von Korruptionsvorwürfen im Juni 2007 zurücklegte. Wolfowitz gilt bis heute als ideologischer Architekt und leidenschaftlichster Verfechter des Irakfeldzuges innerhalb der Bush Junior Administration. Für ein eindrückliches Portrait von Wolfowitzs politischem Denken, und seine Argumente für den Regimewechsel im Irak siehe Bill Keller, „The Sunshine Warrior,“ *The New York Times*, 22. September 2002, <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C07E2DF1730F931A1575AC0A9649C8B63> (abgerufen am 11. September 2008).

Neudefinition des außenpolitischen Neokonservatismus in der Ära nach dem Kalten Krieg.¹⁵¹ Kristol und Kagans Vision, lag jenseits von realistischen und neo-isolationistischen Konzepten, und war die einer „*benevolent hegemony*“ unter amerikanischer Führung. Sie forderten amerikanische Vorherrschaft im Dienste der Amerikanischen Mission.

Als Ausgangspunkt für ihre Argumentation wählten Kristol und Kagan, wie schon Krauthammer Jahre zuvor, die ideologische und militärische Vormachtstellung der USA nach dem Ende des Kalten Krieges. Die USA seien, als einzig verbleibende Supermacht, Garant für Frieden und Stabilität in der Welt. Ihre Partner hießen diese Dominanz willkommen, potentielle Gegner zögen es gar nicht erst in Erwägung den Status quo zu hinterfragen: „*The appropriate goal of American foreign policy, therefore, is to preserve that hegemony as far into the future as possible.*“¹⁵²

Erhalt und Verteidigung amerikanischer Suprematie sind für die Autoren jedoch nicht Selbstzweck. Vielmehr sollten die USA ihre Vorherrschaft nutzen, um eine internationale Ordnung zu schaffen, die nicht nur amerikanischen Interessen sondern vor allem auch amerikanischen Prinzipien entsprechen sollte. Dies erfordere die Rückkehr zu einer ambitionierten (Reaganschen) Außenpolitik der militärischen Stärke und moralischen Klarheit, denn Amerikanische Werte seien universell, die Verbreitung derselben im strategischen Interesse des Landes.

Kristol und Kagans Artikel war nicht nur eine klare Absage an isolationistische Tendenzen im konservativen Lager, sondern verlieh vor allem ihrer Ablehnung der realistischen Tradition der Republikanischen Partei Ausdruck. So argumentierten die Autoren, dass die amerikanischen Konservativen „the genuine heirs to the Reagan Tradition“¹⁵³ seien, und sich nicht dem realistischen Kanon über *vitale* Interessen hingeben dürften. Im Zeitalter der Unipolarität würde eine Außenpolitik im Namen eng definierter nationaler Interessen Amerikas Stellung in der Welt schwächen und amerikanische Ideale verraten. In Anspielung auf John Quincy Adams Mahnung, dass es nicht Aufgabe der USA sei die Monster der Welt zu finden und zu zerstören, schreiben sie:

¹⁵¹ William Kristol und Robert Kagan, „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy,“ *Foreign Affairs* 75, 4 (Juli/August 1996): S. 18-32, <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=276> (abgerufen am 14. August 2008). Siehe auch Jacob Heilbrunn, *The Knew They Were Right: The Rise of the Neocons* (New York: Doubleday, 2008), S. 217.

¹⁵² Kristol und Kagan, S. 23.

¹⁵³ Ebda, S. 30.

„But why not? The alternative is to leave monsters on the loose, ravaging and pillaging to their heart's content, as Americans stand by and watch. [...] Because America has the capacity to contain or destroy many of the world's monsters, most of which can be found without much searching, and because the responsibility for the peace and security of the international order rests so heavily on America's shoulders, a policy of sitting atop a hill and leading by example becomes in practice a policy of cowardice and dishonor.“¹⁵⁴

Hier lässt sich die, von Patrick Keller beschriebene, „große Konfrontationsbereitschaft“¹⁵⁵ der Neokonservativen am Beginn des Neuen Jahrtausends deutlich ablesen, die auch den Gebrauch von militärischen Mitteln im Dienste Amerikanischer Werte und Ideale mit einschließt. Mit dem Wegfall der Sowjetunion gewann die militärische Komponente im neokonservativen Denken an Bedeutung. Die, wenn nötig auch, gewaltsame Verbreitung der Demokratie wurde zu einer durchführbaren Option und der *Regime Change* damit zu einem zentralen Konzept des Neokonservatismus nach dem Kalten Krieg.¹⁵⁶

Kristols und Kagans Ausführungen verdeutlichen sehr gut den hybriden Charakter neokonservativen Denkens, der es als unterscheidbare Überzeugung im außenpolitischen Diskurs der USA etablierte. Im Neokonservatismus verbindet sich das klassisch liberale Anliegen, der Verbreitung demokratischer Regierungsformen in der Welt, mit der Überzeugung über die Gutheit und Unabdingbarkeit amerikanischer militärischer Macht.

Während traditionelle liberale Internationalisten, dem Konzept des *Nation-Building* sowie internationalen Institutionen und multilateralen Prozessen große Bedeutung in der Verbreitung demokratischer Herrschaftsform beimessen, sprechen die Neokonservativen gewöhnlich nur abstrakt von der Universalität amerikanischer Werte und der Verbreitung von Freiheit. Sie hegen eine ausgesprochene Abneigung gegenüber multilateralem Handeln und internationalen Institutionen, teilen jedoch den liberalen Glauben an die befriedende Wirkung der Demokratie und an Amerikas Verpflichtung sich für die Verbreitung seiner Ideale und Werte in der Welt einzusetzen.

¹⁵⁴ Kristol und Kagan, S. 31.

¹⁵⁵ Patrick Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 159.

¹⁵⁶ Ebda.

Mit den Realisten teilt der Neokonservatismus die Vorstellung einer gefährlichen Hobbschen Welt, und der daraus erwachsenden Unabdingbarkeit militärischer Stärke. Auch die Ansicht, dass zur Durchsetzung eigener Interessen militärisches Handeln gegebenenfalls unilateral erfolgen darf, entspricht dem Realismus. Wenn es jedoch um die Gründe für den Einsatz militärischer Macht geht, entfernt sich der Neokonservatismus von der realistischen Position. Während Realisten den Einsatz des Militärs nur befürworten wenn es um die Aufrechterhaltung regionaler oder internationaler Stabilität bzw. die vitalen Interessen des Landes oder Verbündeter geht,¹⁵⁷ sehen die Neokonservativen in den militärischen Kapazitäten der USA das passende Instrument um eine werteorientierte Weltordnungspolitik zu betreiben.¹⁵⁸ Die von den Neokonservativen eingeforderte Errichtung einer nachhaltigen militärischen Vorherrschaft der USA läuft realistischen Annahmen ebenso zuwider. Realisten gehen davon aus, dass eine solche Politik unausweichlich zu Gegenmachtbildung im internationalen System führt. Zusammenfassend soll festgehalten werden dass es sich beim Neokonservatismus um keine bescheidene Ideologie handelt. Im Gegenteil, es geht darum die amerikanische Vorherrschaft dermaßen zu stärken, dass die USA zukünftig in der Lage sind das internationale System, zu ihren Gunsten, zu gestalten.

Derlei weltgestalterischen Vorstellungen spielten weder im Wahlkampfprogramm von George W. Bush noch in den ersten acht Monaten seiner Präsidentschaft eine Rolle. Die idealistischen Elemente amerikanischer Außenpolitik - Demokratieverbreitung und Menschenrechte - kamen in den Stellungnahmen von Bushs Wahlkampfteam nur am Rande und im Rahmen allgemeiner Bekundtungen über die Universalität amerikanischer Werte vor. Bushs Rhetorik über Amerikas Rolle in der Welt stand in explizit realpolitischer Tradition, und versprach Stabilität und Kontinuität, in dem Sinne, dass er die Außenpolitik seines Vaters fortsetzen würde. Condoleezza Rice hatte, als Bushs außenpolitische Chefberaterin und Nachhilfelehrerin, keinen geringen Anteil an dieser programmatischen Ausrichtung.

¹⁵⁷ Realisten fürchten bei militärischen Interventionen, die nicht diesen Kriterien entsprechen, einerseits die Überdehnung amerikanischer Kapazitäten, und andererseits das Erstarren innenpolitischer Opposition gegen die Rolle Amerikas als globale Führungsmacht. Rudolf, „Die USA von Clinton zu Bush.“

¹⁵⁸ Vgl. ebda. Für das Spannungsverhältnis zwischen idealistischer Werte- und realistischer Machtpolitik im Neokonservatismus siehe auch Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 161ff.

4 George W.'s Realistin¹⁵⁹

1998 arrangierte George Shultz eine Diskussion mit dem damaligen Gouverneur von Texas, George W. Bush, der mit dem Gedanken spielte sich um das Amt des Präsidenten zu bewerben. An dem Treffen nahm eine Reihe von Experten der Hoover Institution teil, unter ihnen auch Condoleezza Rice. Die Hoover Institution hatte während der Clinton Administration die Rolle eines „*Republican government-in-exile*“ übernommen.¹⁶⁰ Der außenpolitisch unerfahrene Bush holte sich hier Anregungen für seine Wahlkampagne, und lernte dabei Condoleezza Rice kennen. Shultz meinte später dazu „*Condi had a lot to say, [...] and he listened.*“¹⁶¹ Rice hatte nach ihrer Zeit in der Bush Senior Administration zum ehemaligen Präsidenten Kontakt gehalten und war als Freundin der Familie hochgeschätzt. Während eines Besuchs von Rice im Feriendomizil der Bushs in Kennebunkport Maine, entdeckten die Akademikerin und der Präsidentensohn ihre gemeinsame Liebe für den Sport. Bush holte sich bei Rice Nahhilfe in internationaler Politik. Rice verwendete Football Metaphern um dem außenpolitisch wenig versierten Gouverneur komplexe internationale Realitäten zu erklären.¹⁶² Die spezielle Verbindung sowie gegenseitige Hochachtung, die sich zwischen Rice und Bush schon früh entwickelte, sollte sich für den Rest der Präsidentschaft halten, und sich in einem außergewöhnlichen Naheverhältnis der beiden niederschlagen.

Im Jahr 1999 legte Rice ihr Amt als Provost nieder und schloss sich Bushs Wahlkampagne als Chefin dessen außenpolitischen Beraterteams an. Gemeinsam mit einer Reihe ehemaliger Kollegen aus den Bush Senior und Reagan

¹⁵⁹ Die Überschrift basiert auf einem, in englischer Sprache erschienenen, Aufsatz von Jacob Heilbrunn, „Condoleezza Rice: George W.s' Realist,“ *World Policy Journal* (Winter 1999/ 2000): S. 49-54.

¹⁶⁰ Lemann, „Without a Doubt.“ So organisierten Angehörige der Hoover Institution, eine Arbeitsgruppe über die Republikanische Agenda im 21. Jahrhundert, die sich zwischen 1998-2000 regelmäßig traf. Die Gruppe umfasste viele der Mitglieder der späteren Bush Administration, wie Donald Rumsfeld, Richard Cheney, Paul Wolfowitz, sowie ehemalige hohe Amtsträger wie George Shultz, oder Caspar Weinberger, dem ehemaligen Verteidigungsminister von Ronald Reagan. Auch Condoleezza Rice stieß in den späten Neunzigern dazu. Ganz oben auf der Agenda stand das republikanische Herzensprojekt des Raketenabwehrsystems, aber auch die zukünftige Politik gegenüber Nordkorea, China, Russland und dem Irak. Clintons Politik wurde als beschwichtigend und zu entgegenkommend angesehen. Die Gruppe stellte dem, eine wesentlich härtere Gangart gegenüber, und argumentierte vor allem für die unbedingte Entwicklung eines Raketenabwehrsystems das die USA vor möglichen Angriffen von feindlichen Staaten wie Nordkorea, dem Irak oder dem Iran schützen sollte. Colin Powell der, als Außenminister während George W. Bush erster Amtszeit, das moderate Lager gegenüber den Falken im Pentagon vertreten würde, nahm nicht an der Arbeitsgruppe teil. James Mann merkt an, dass sich aus der personellen Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe bereits die späteren ideologischen Zerwürfnisse der Administration von George W. Bush voraussehen ließen. Vgl. Mann, S. 238ff.

¹⁶¹ Shultz zitiert in Lemann, „Without a Doubt.“

¹⁶² Mann, S. 250.

Administrationen, die sie „*Vulcans*“¹⁶³ taufte, widmete sich Rice der Formulierung einer amerikanischen Außenpolitik für das 21. Jahrhundert.

4.1 Die Vulkane

George W. Bushs Qualifikation für das höchste politische Amt war während des Wahlkampfes Gegenstand hitziger Debatten. Wegen seiner nur sechsjährigen politischen Praxis als Gouverneur von Texas (1995-2000), seiner rhetorischen Unbeholfenheit sowie seiner mangelnden Erfahrung in internationalen Angelegenheiten stand Bush bald unter dem Generalverdacht der Präsidentschaft intellektuell nicht gewachsen zu sein. Eine Reihe außenpolitischer Fauxpas verstärkte diesen Eindruck noch.¹⁶⁴ Von der Presse als politisches Leichtgewicht abgestempelt, ergriff er die Flucht nach vorne. Während der Kampagne verwies Bush mit Nachdruck auf sein exzellentes BeraterInnen-Team, und dessen langjährige Erfahrung in außenpolitischen Angelegenheiten.

Tatsächlich hatte Bush mit seinen WahlkampfshelferInnen, die ihm auch in die Regierungsverantwortung folgen sollten, eine Mannschaft versammelt, die jahrzehntelange praktische sowie akademische Erfahrung vorzuweisen hatte. Zu Recht bezeichnete Bush die Vulkane, um Condoleezza Rice, Richard Cheney, Donald Rumsfeld, Colin Powell, Richard Armitage und Paul Wolfowitz als „*one of the finest foreign policy teams ever assembled*.“¹⁶⁵ Im Vergleich zu ihren Kollegen, zweien ehemaligen Verteidigungsministern (Richard Cheney, Donald Rumsfeld), einem ehemaligen Vorsitzenden der *Joint Chiefs of Staff* (Colin Powell), einem ehemaligen *Undersecretary of Defense* (Paul Wolfowitz) und einem ehemaligen

¹⁶³ Für den Ursprung dieser Bezeichnung siehe Fußnote 66. Obwohl zu den Vulkanen eine ganze Reihe ehemaliger Regierungsmitarbeiter zählten - wie Robert Blackwill, Stephen Hadley, Robert Zoellik, George Shultz, Richard Perle, Dov Zakheim und viele andere - meint die Bezeichnung Vulkane fortan jene Wahlkampfshelfer, um Condoleezza Rice, Richard Cheney, Donald Rumsfeld, Colin Powell, Richard Armitage und Paul Wolfowitz, die Bush in hohe Regierungsämter folgen sollten und fortan maßgeblich an der Formulierung amerikanischer Außenpolitik beteiligt sein sollten. Mann, S. 251ff.

¹⁶⁴ Der bekannteste Ausrutscher Bushs war ein Interview, in dem er auf die Frage nach den Staats- bzw. Regierungschefs Tschetscheniens, Taiwans, Pakistans und Indiens, einzig den Nachnamen des taiwanesischen Präsidenten zu antworten wusste. Das Interview schlug national und international hohe Wellen, und bestätigte die weitläufige Meinung, dass Bush schlicht nicht genug über die Welt wusste um Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Daalder und Lindsay, S: 17ff.

¹⁶⁵ George W. Bush zitiert in Frank Bruni, „Bush Questions Gore’s Fitness for Commander in Chief,“ *New York Times*, 31. Mai 2000
<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9903E7DA143CF932A05756C0A9669C8B63> (abgerufen am 22. Oktober 2008).

Assistant Secretary of Defense (Richard Armitage), überwog im Falle von Condoleezza Rice jedoch die akademische Erfahrung. Ihre politische Praxis, und Geschick in bürokratischen Grabenkämpfen, beschränkte sich auf ihre Amtszeit auf der mittleren Ebene des Nationalen Sicherheitsrates von George H. W. Bush. Dennoch stand Rice, die bereits während des Wahlkampfes den besten Zugang zum Präsidentschaftskandidaten hatte, im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit; einmal als afro-amerikanische Frau, der das Potential zum Rockstar nachgesagt wurde,¹⁶⁶ und zum anderen als Hirn hinter George W. Bushs außenpolitischen Vorstellungen. Für die Medien war die, erst 45-jährige, Akademikerin Bushs „Geheimwaffe.“¹⁶⁷

Tatsächlich kam Condoleezza Rice besonderes Gewicht zu. Ihr Essay in der Zeitschrift *Foreign Affairs*, galt als Vorlage für die Außenpolitik einer zukünftigen republikanischen Administration.¹⁶⁸ Rice präsentierte darin klassisch realistische Themen, wie die Stärkung des Militärs, die Beziehungen Amerikas zu den Alliierten und das internationale Mächtegleichgewicht, als die zentralen und angemessenen Anliegen der amerikanischen Außenpolitik. Obwohl sie sich damit eindeutig als Vertreterin des realpolitischen Flügels der Republikanischen Partei positionierte, stellte der pragmatische Realismus, in Bushs außenpolitischem Team, von Anbeginn eine Randposition dar. Auch Rice selbst lässt sich dieser Strömung nicht ohne Vorbehalte zuordnen. Bevor im Anschluss näher auf Rices Ausführungen eingegangen wird, soll an dieser Stelle das außenpolitische Denken der Vulkane kurz umrissen werden.

Obwohl sich in Bushs Team eine ganze Reihe ehemaliger Mitarbeiter der Bush Senior Administration fanden, zählten jene pragmatischen Realisten, um Brent Scowcroft, James Baker oder Lawrence Eagleburger, die in der Administration des Vaters so einflussreich gewesen waren, nicht zu den Vertrauten des Sohnes.¹⁶⁹ Um das politische Denken der Vulkane näher bestimmen zu können sind die Überlegungen von Francis Fukuyama hilfreich. Dieser unterscheidet in der gegenwärtigen Außenpolitik der USA vier Konzepte: den Neokonservatismus, den

¹⁶⁶ Jay Nordlinger, „Star-in-Waiting.“

¹⁶⁷ zitiert nach Steve Kettmann, „Bush’s Secret Weapon,“ *Salon*, 20. März, 2000, abzurufen auf <http://dir.salon.com/story/politics2000/feature/2000/03/20/rice/index1.html>

¹⁶⁸ Condoleezza Rice, „Campaign 2000: Promoting the National Interest,“ *Foreign Affairs* 79, 1 (Januar/Februar 2000): S. 45-62.

¹⁶⁹ Daalder und Lindsay, S. 31.

pragmatischen Realismus in der Tradition Kissingers, den liberalen Internationalismus und den amerikanischen Nationalismus, wobei er die Vertreter letzterer Strömung in Anlehnung an Walter Russel Mead als „*Jacksonianer*,“¹⁷⁰ beschreibt,

„die eine enge, von Sicherheitserwägungen bestimmte Sicht der nationalen Interessen der USA vertreten, einem Multilateralismus misstrauen und in ihren extremeren Manifestationen zu einem Nativismus und Isolationismus neigen.“¹⁷¹

Daalder und Lindsay meinen dieselbe Strömung, wenn sie von „assertive nationalists“ schreiben und diese als:

„*traditional hard-line conservatives willing to use American military power to defeat threats to U.S. security but reluctant as a general rule to use American primacy to remake the world in its image*“¹⁷² charakterisieren.

Im Unterschied zu den Neokonservativen die, amerikanische Macht zur Errichtung einer demokratischen Weltordnung genutzt wissen wollen, sehen die amerikanischen Nationalisten in der Bekämpfung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit die Hauptaufgabe des amerikanischen Militärs. Wenngleich sie die Bedrohung bei Zeiten umfassender auslegen als traditionelle Realisten dies tun, ist ihnen der idealistisch missionarische Impuls der Neokonservativen fremd.

Patrick Keller ordnet Bushs wichtigste außenpolitische Köpfe, zur Zeit der Regierungsbildung, dreien von Fukuyamas Strömungen zu.¹⁷³ Wie an anderer Stelle bereits ausgeführt wurde, stellt der liberale Internationalismus, im Wesentlichen die außenpolitische Tradition der Demokraten dar, und spielte in Bushs Regierungsriege keine Rolle.¹⁷⁴ Keller zählt sowohl Vize-Präsidenten Richard Cheney, als auch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zu den amerikanischen Nationalisten, die

¹⁷⁰ Für den Begriff „Jacksonians“ bzw. „Jacksonianism“ siehe Walter Russel Mead, *Special Providence: American Foreign Policy and How It Changes the World* (New York: Knopf, 2001), insbesondere S. 218-263.

¹⁷¹ Francis Fukuyama, *Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg* (Berlin: Propyläen, 2006), S. 18f.

¹⁷² Daalder und Lindsay, S. 15.

¹⁷³ Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 168-171.

¹⁷⁴ Vgl. Kapitel 1.3.2 sowie Fußnote 133 der vorliegenden Arbeit.

sich „ihre gesamten langen Karrieren über als Jacksonians, als pro-amerikanische, sicherheitspolitische Hardliner ohne ideologisches Sendungsbewusstsein ausgezeichnet“ hatten.¹⁷⁵

Ihnen gegenüber sieht Keller die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, sowie Außenminister Colin Powell, die er beide als pragmatische Realisten bezeichnet. Rices Nähe zum realistischen Flügel der Republikaner wurde bereits ausführlich dargestellt. Powells Realismus spiegelt sich unter anderem in der Weinberger-Powell Doktrin, an deren Formulierung er beteiligt war, und deren strenge Auflagen für den Einsatz des amerikanischen Militärs, dieselbe zum Inbegriff umsichtiger realistischer Sicherheitspolitik gemacht haben.¹⁷⁶ Powell war, im Unterschied zu Rice in der Vergangenheit wiederholt mit den Jacksonianern aneinander geraten. So bezeichnete er Cheney und dessen Berater, mit denen er als Vorsitzender der Stabschefs während der Bush Senior Administration zusammengearbeitet hatte, in seiner Autobiographie auch als „*right wing nuts*.“¹⁷⁷

Der einzig ausgewiesene Neokonservative unter den Vulkanen war der Stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz. Als Urheber der umstrittenen *Defense Planning Guidance* von 1992 hatte er seine Nähe zum Neokonservatismus bereits früh erkennen lassen. Wolfowitz hatte sich im Laufe seiner Regierungstätigkeit, in diversen republikanischen Administrationen, besonders intensiv mit den Machtverhältnissen am Persischen Golf, und deren Bedeutung für die Stellung und Interessen der USA in der Region, auseinandergesetzt.¹⁷⁸ Auch als Dekan der anerkannten *School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University*, plädierte er stets für ein interventionistisches amerikanisches

¹⁷⁵ Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 169. Für eine ausführliche Darstellungen der politischen Biographien Rumsfelds und Cheneys vgl. auch Mann, S. 1ff, sowie S. 95ff.

¹⁷⁶ Gemäß der Weinberger-Powell Doktrin sei der Einsatz amerikanischer Streitkräfte nur als letztes Mittel, im Fall einer Bedrohung vitaler Interessen, und nur unter Vorhandensein eines genau definierten Auftrags sowie einer klaren Rückzugsstrategie gerechtfertigt. Die Doktrin ist nach ihren beiden Autoren Caspar Weinberger und Colin Powell benannt, die jene Kriterien unter dem Eindruck des Vietnamkriegs formuliert hatten. Als Beispiel für einen Militäreinsatz nach den Kriterien der Weinberger-Powell Doktrin wird oftmals der erste Golfkrieg genannt, an dessen Planung und Umsetzung Colin Powell, in der Funktion des ranghöchsten Offiziers der amerikanischen Streitkräfte unmittelbar beteiligt war. Die amerikanische Außenpolitik hatte sich unter Clinton zunehmend von der Weinberger-Powell Doktrin gelöst, und sich, wie im Fall Kosovo, des Militärs als Mittel der Diplomatie bedient. Peter Rudolf, „A Distinctly American Internationalism – Amerikanische Weltpolitik unter Präsident George W. Bush,“ *Politik und Gesellschaft Online*, Februar 2001, http://www.fes.de/ipg/ipg2_2001/artrudolf.htm (abgerufen am 19. Juli, 2008).

¹⁷⁷ Colin L. Powell und Joseph E. Persico, *My American Journey* (New York: Randomhouse, 1995), S.540, zitiert in Mann, S. 260.

¹⁷⁸ Vgl. Mann, S. 81ff., sowie S. 186f.

Engagement zur Befriedung des Nahen Ostens und der Verbreitung der Demokratie in der Welt.¹⁷⁹

Die Mitglieder der Vulkane repräsentierten damit beinahe das gesamte Spektrum des amerikanischen Konservatismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts.¹⁸⁰ Die Nuancen dieser unterschiedlichen Strömungen, ebenso wie die außenpolitischen Implikationen dieser Vielfalt blieben vorerst jedoch verborgen. Auch wenn mit Paul Wolfowitz ein ausgewiesener Neokonservativer Teil von Bushs Team war, spielten neokonservative Ideen, zur Weltveränderung unter amerikanischem Vorzeichen, weder im republikanischen Wahlkampf noch in den ersten acht Monaten der Präsidentschaft eine Rolle. Stattdessen zeugte das außenpolitische Programm von der Dominanz, die Realisten und Jacksonianer bis zum 11. September ausübten. Besonders gut veranschaulicht Condoleezza Rices Wahlkampfbeitrag den Einfluss dieser beiden Positionen. Rice zeigte sich im Wahlkampf jedoch nicht nur in Richtung Jacksonianer offen, sondern bemühte sich auch den Graben zu den neokonservativen Reagan-Republikanern nicht zu groß werden zu lassen.

4.2 „Promoting the National Interest“¹⁸¹

Die Bush Administration trat mit dem expliziten Anspruch, eine realistische Außenpolitik verfolgen zu wollen, ihr Amt an. Dementsprechend gestalteten sich auch die Wahlkampfstellungen des Kandidaten und der Mehrheit seiner Berater. Condoleezza Rice lieferte mit ihrem Aufsatz „*Promoting the National Interest*“, der realpolitisch nicht hätte lauten können, eine Vorlage zukünftiger republikanischer Außenpolitik, die Kontinuität und Stabilität signalisierte, in dem Sinn, dass Bush die realistische Politik seines Vaters fortsetzen würde. Dass Rice sich jedoch, in der Zwischenzeit von jenem moderaten Realismus der Bush Senior Administration, entfernt hatte, war aus ihrer Argumentation bereits abzulesen.

¹⁷⁹ Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 170f.

¹⁸⁰ Unter den Vulkanen befanden sich keine Vertreter der so genannten „sovereignists“, die eine außenpolitisch einflussreiche Gruppe im der Republikaner im Kongress darstellen, und in den Neunzigern eine Mischung aus neoisolationistischen und protektionistischen Positionen vertraten. Siehe Daalder und Lindsay, S.31. Auch fehlten unter den Vulkanen Vertreter der Religiösen Rechten, die sich jedoch im Präsidentschaftskandidat wieder finden konnten.

¹⁸¹ Condoleezza Rice, „Campaign 2000: Promoting the National Interest“, *Foreign Affairs* 79, 1 (Januar/Februar 2000): S. 45-62.

Im Zentrum ihrer Ausführung stand die Forderung nach einer Rückbesinnung auf das nationale Interesse, womit Rice sich vor allem von der Clinton Administration abzugrenzen suchte. Die Republikaner verachteten Clinton als inkompetenten Präsidenten, die Bush Kampagne gab sich alle Mühe dieser Abscheu Ausdruck zu verleihen. Im Bereich der Außenpolitik äußerte sich diese Anti-Clinton Haltung – die bald unter der Abkürzung ABC¹⁸² (*Anything But Clinton*) lief, und sich besonders folgenreich auf die spätere Anti-Terrorismus sowie Nordkorea Politik auswirken sollte¹⁸³ – vor allem in der Ablehnung von Clintons zahlreichen militärischen Auslandseinsätzen. Bush warf Clinton vor keine Prioritäten gesetzt zu haben, und das amerikanische Militär durch vielfältige, und schlecht definierte Missionen bei gleichzeitigen finanziellen Kürzungen doppelt belastet zu haben.¹⁸⁴ Anstatt dessen forderte er ein bescheideneres Auftreten Amerikas als „*a humble nation, but strong.*“¹⁸⁵

In ihren Ausführungen definierte Rice das nationale Interesse, anhand von fünf Schlüsselementen zukünftiger republikanischer Außenpolitik, dementsprechend konservativ:

1. Stärkung der militärischen Macht der USA;
2. Stärkung des Wirtschaftswachstums, durch den Erhalt und die Ausweitung einer freien und offenen internationalen Wirtschaftsordnung;
3. Belebung der engen Beziehungen zu den Alliierten die, die amerikanischen Werte teilen;
4. Errichtung umfassender Beziehungen zu den Großmächten, allen voran Russland und China, und deren Einbindung in ein den westlichen Werten verpflichtetes internationales System;

¹⁸² Daalder und Lindsay, S. 37.

¹⁸³ Zum 11. September vgl. das Kapitel „Rices Realismus und der 11. September“ in der vorliegenden Arbeit. Zur Nordkorea Politik siehe Chung-in Moon und Yong-Yun Bae, „The Bush Doctrine and the North Korean Nuclear Crisis,“ *Asian Perspective*, 27, 4 (2003): S. 9-45, S. 18.

¹⁸⁴ Daalder und Lindsay, S. 37. Die angesprochenen Punkte wurden nicht nur von den Republikanern kritisiert. Clintons allzu pragmatische Außenpolitik war auch in den eigenen Reihen umstritten. So kritisierte Michael Mandelbaum, selbst ein ehemaliger außenpolitischer Berater Clintons, dessen Interventionen in Bosnien, Somalia und Haiti als „Sozialarbeit.“ Clinton hätte es verabsäumt klare außenpolitische Ziele zu formulieren und anstatt dessen, wie ein „big-city mayor“ die Interventionen zuerst mit humanitären Gründen gerechtfertigt, nur um sich dann, aus politischen Erwägungen und auf Druck einzelner Interessensgruppen hin, zurückzuziehen. Siehe Michael Mandelbaum, „Foreign Policy as Social Work,“ *Foreign Affairs* 75, 1 (Januar/ Februar 1996): S. 16-32, S. 26ff.

¹⁸⁵ George W. Bush, „The Second Gore-Bush Presidential Debate,“ 11. Oktober 2000, <http://www.debates.org/pages/trans2000b.html> (abgerufen am 19. Juli 2008).

5. Entschiedenenes Vorgehen gegen die Bedrohung durch Schurkenstaaten,¹⁸⁶ besonders angesichts ihrer Verbindung mit Terrorismus und Massenvernichtungswaffen;¹⁸⁷

Rice versprach die Aufrüstung des amerikanischen Militärs, stellte sich jedoch ausdrücklich gegen den Einsatz desselben für *Nation-Building* Operationen, oder in Gegenden, die amerikanischer strategischer Interessen entbehren.¹⁸⁸

In Bezug auf Russland, argumentierte sie, dass es nicht die Stärke sondern die Schwäche des Landes sei die es zu managen gelte, und kritisierte Clintons Versuche Russlands innere Entwicklung von außen zu beeinflussen. Anstatt Russland mit einer reformistischen Agenda im Hinterkopf zu begegnen, sollten sich die USA auf den sicherheitspolitischen Interessensausgleich mit Russland konzentrieren.¹⁸⁹ Ihr Appell spiegelt die realistische Annahme wider, dass es die Machtposition eines Staates, und nicht die innere Verfasstheit desselben, sei, die dessen Außenverhalten beeinflusst.

Was China betrifft argumentierte Rice gegen die Betonung von „*moral arguments*,“ und distanzierte sich damit gleichzeitig von der Clinton Administration, vor allem aber auch von Neokonservativen wie Wolfowitz der zur gleichen Zeit schrieb, „*nothing could be less realistic than the version of ,realism' that dismisses human rights as an important tool of American foreign policy.*“¹⁹⁰ In Rices Definition von China als „*strategic competitor*“¹⁹¹ im Gegensatz zu Clintons „*strategic partner*“ hallte die klassisch realistische Annahme über die weitgehend divergierenden nationalen Interessen von Staaten wider, die es durch kluges außenpolitisches Vorgehen zu managen gelte.

¹⁸⁶ Der Begriff der Schurkenstaaten hatte in den Neunzigern, im Zuge der Erfahrungen mit dem Irak, einen Aufschwung erfahren und meint, nach Massenvernichtungswaffen strebende, den Terrorismus unterstützende und regionale amerikanische Interessen bedrohende „Schurkenregime.“ Es war die Clinton Administration die, die Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA durch „Schurkenstaaten“ als zentrales Konzept des sicherheitspolitischen Diskurses massiv forciert hatte. Rudolf, „USA-Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen,“ S. 150.

¹⁸⁷ Rice, „Campaign 2000: Promoting the National Interest,“ S. 46ff.

¹⁸⁸ Ebda, S. 51ff.

¹⁸⁹ Ebda, S. 57ff. Siehe auch Condoleezza Rice, „Exercising Power without Arrogance,“ *The Chicago Tribune*, 31. Dezember 2000.

¹⁹⁰ Paul Wolfowitz zitiert in Nicholas Lemann, „The Iraq Factor; Will The New BushTeam’s Old Memories Shape Its Foreign Policy?“ *The New Yorker*, 22. Jänner 2001.

¹⁹¹ Rice, „Promoting the National Interest,“ S. 56.

Rice hielt nicht mit Kritik an Clintons multilateraler Außenpolitik, vor allem an dessen Forcierung internationaler Verträge, wie dem Kyoto Protokoll oder dem Atomteststoppvertrag, zurück, und beschuldigte ihn amerikanische Interessen auf Kosten der Interessen einer „*illusory international community*“¹⁹² vernachlässigt zu haben. Zur Rolle von humanitären Anliegen als Faktor der amerikanischen Außenpolitik meint sie, in den Worten einer Realpolitikerin par Excellence, dass bestimmt nichts verwerfliches daran sei der Menschheit etwas Gutes tun zu wollen „*but that is, in a sense, a second-order effect.*“¹⁹³

Auch ihre Ansagen zur zukünftigen republikanischen Politik gegenüber den „Schurkenstaaten“ Nord Korea, Irak und Iran versprachen keinen revolutionären Kurswechsel:

*„These rogue regimes are living on borrowed time, so there need be no sense of panic about them [...] the first line of defense should be a clear and classical statement of deterrence [...] their weapons will be unusable because any attempt to use them will bring national obliteration.“*¹⁹⁴

Das Konzept der Abschreckung (*Deterrence*) hatte den Sicherheitsdiskurs während des Kalten Krieges bestimmt, und meint „eine Strategie die einen Gegner durch Androhung von Gewalt, davon abhalten soll, selbst Gewalt anzuwenden.“¹⁹⁵

Rices Aufgabenkatalog repräsentierte damit klassisch realistische Anliegen. Mit ihrem Verständnis der Außenpolitik als, im wesentlichen, Großmachtpolitik, dem Ruf nach einem starken Militär bei gleichzeitiger Rücknahme internationaler Verpflichtungen sowie dem Versprechen einer entschlossenen Politik gegenüber Russland und China vor allem auch gegenüber Schurkenstaaten, repräsentierte sie den realistischen Mainstream der Republikanischen Partei.

¹⁹² Rice, „Prompting the National Interest,“ S. 62.

¹⁹³ Ebda, S. 47.

¹⁹⁴ Ebda, S. 61.

¹⁹⁵ Das Konzept der Abschreckung beruht auf der Annahme dass die Akteure in einem internationalen System rational handeln würden. Folglich würden sie es vermeiden in einer Position der Unterlegenheit einen Angriff zu unternehmen, da dieser die Gefahr der Selbstvernichtung beinhalten würde. Der für den Ost-Westkonflikt charakteristische Rüstungswettlauf der Supermächte, der zum bereits erwähnten nuklearen „Gleichgewicht des Schreckens“ (vgl. Fußnote 59) geführt hatte war ein Resultat der Theorie der Abschreckung. Heinz Gärtner, *Reader zur Vorlesung: Theorie und Sicherheit* (Wien: Facultas, 2004), S. 3.

Daalder und Lindsay betonen, dass es nicht die Ziele waren, die das außenpolitische Programm Bushs und der Vulkane bemerkenswert machten, sondern die dem Programm zugrunde liegende Logik darüber wie diese Ziele zu erreichen seien.¹⁹⁶ Diese Logik äußerte sich, zum einen, in einem ausgeprägtem Misstrauen gegenüber multilateralen Prozessen und internationalen Organisationen, zum anderen in der Überzeugung, dass es sich bei den USA um eine besondere Großmacht mit besonderen Interessen handeln würde. Angesichts der „*special role [der USA] as the world's leader*“¹⁹⁷ wurden multilaterale Vereinbarungen und Institutionen weder als unabdingbar noch der Durchsetzung amerikanischer Interessen unbedingt zuträglich gesehen. Condoleezza Rice betonte in ihren Ausführungen:

*„multilateral agreements and institutions should not be an end in themselves. [...] the United States has a special role in the world and should not adhere to every international convention and agreement someone thinks to propose.“*¹⁹⁸

Im Einzelnen äußerte sich diese Logik in einer starken Neigung zum Unilateralismus, worin auch der entscheidende konzeptionelle Unterschied zum moderaten/pragmatischen Realismus der Bush Senior Administration liegt.¹⁹⁹ Es ist in diesem Kontext zu sehen, wenn Daalder und Lindsay Condoleezza Rice zu den „*assertive nationalists*“ zählen und einzig Außenminister Powell als Vertreter des pragmatischen Realismus nennen.²⁰⁰

Die unilaterale Tendenz äußerte sich zunächst in der Abschreckungspolitik, zu der unter Bush die Errichtung eines Raketenabwehrsystems (*National Missile Defense* (NMD)) zählen würde. Vertragliche Rüstungskontrolle hatte in den Neunzigern zunehmend an politischem Rückhalt verloren. Das Scheitern des Atomteststoppvertrages (CTBT) im amerikanischen Senat hatte diesen

¹⁹⁶ Daalder und Lindsay, S. 40.

¹⁹⁷ Rice, „Promoting the National Interest,“ S. 11 sowie Summary.

¹⁹⁸ Ebda, S. 47ff.

¹⁹⁹ John Lewis Gaddis führt diesen Unterschied auf die divergierenden zeitgeschichtlichen und strategischen Umstände der beiden Bush Administrationen zurück. Während amerikanische Vorherrschaft, und vor allem deren Nachhaltigkeit, zu Beginn der Neunziger noch eine radikale Idee war, normalisierte sich diese Vorstellung im Laufe des Jahrzehnts zu einer allgegenwärtigen Tatsache. Als die Bush Junior Administration ihr Amt antrat, tat sie dies mit dem Selbstverständnis die alleinige Supermacht zu repräsentieren, die Multilateralismus und kooperativer Politik entbehren könnte. Vgl. PBS Frontline, „Interview: John Lewis Gaddis,“ *Frontline: The War behind Closed Doors*, 16. Januar 2003, <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/interviews/gaddis.html> (abgerufen am 18. Februar 2009).

²⁰⁰ Daalder und Lindsay, S. 47 bzw. S. 45.

Legitimitätsverlust nicht zuletzt wieder deutlich gemacht. Vor allem (Neo)Konservative wurden nicht müde, die Bedrohung amerikanischer Interessen durch, zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, entschlossene Regime zu betonen. Unilaterale Maßnahmen wie der Aufbau eines Raketenabwehrsystems wurden als wirksames Mittel propagiert, diese Bedrohung zu mindern und Abschreckungspotential sowie Handlungsfähigkeit der USA zu stärken.²⁰¹ Der Aufbau der Raketenverteidigung stellte demnach auch ein zentrales sicherheitspolitisches Wahlversprechen der Bush Kampagne dar, denn so Rice, „Wir sind ein sehr großes Ziel. Und es wäre sehr gefährlich, wenn ein Terrorstaat uns mit einer Rakete erpressen könnte.“²⁰²

Wenngleich neokonservative Vorstellungen, über ein pro-aktives, auf amerikanische Vorherrschaft und Demokratieverbreitung bedachtes internationales Engagement, in Bushs Wahlkampf keine große Rolle spielten, gab es doch Bemühungen den Graben zwischen den unterschiedlichen außenpolitischen Fraktionen der Republikaner nicht zu groß werden zu lassen.²⁰³ Die in Bushs Team vorherrschende Präferenz für unilaterales Handeln stellte ohnehin eine wichtige Gemeinsamkeit mit den Neokonservativen dar. In anderen Bereichen war es Condoleezza Rice die, die Positionen zu einen suchte. James Mann schreibt ihr die Formel „Realism in the service of ideals“²⁰⁴ zu, mit der Bush, in einer außenpolitischen Grundsatzrede, im November 1999, Inklusivität zu signalisieren suchte. Die Strategie ging auf. Bushs Bekenntnis zu einem „*distinctly American internationalism*,“ fand, unter anderem,

²⁰¹ Vgl. Rudolf, „A Distinctly American Internationalism.“

²⁰² Rice zitiert in Pinzler, „Klassik statt Jazz?“. Der Begriff des „Terrorstaates“ veranschaulicht sehr schön Rices Verhaftung in einem vom Realismus geprägten Weltbild und dem einhergehenden traditionellen Sicherheitsbegriff. Die Vorstellung, dass nicht-staatliche Akteure der einzig verbleibenden Supermacht Schaden zufügen könnten, passte nicht in Rices realistische Bedrohungsperzeption, in der Staaten als die Hauptakteure im internationalen System verstanden werden. Der staatszentrierte Deutungsrahmen verbindet traditionelle Konservative und Neokonservative, und hat sich daher auch mit Anschlägen des 11. September nicht selbst überholt. Im Gegenteil, sowohl der Krieg in Afghanistan als auch im Irak lassen sich auf die staatszentrierte Interpretation des Terrorismus zurückführen. Vgl. Dunn, S. 14. Siehe auch Greve, S. 88ff.

²⁰³ Die Neokonservativen hatten ursprünglich, mehrheitlich Senator John McCain, George W. Bushs Rivalen, um die republikanische Kandidatur unterstützt. McCain hatte deren Gunst mit seiner Unterstützung für Clintons Kosovointervention erstanden. Auch sein Image als Kriegsheld (McCain war jahrelang in nord-vietnamesischer Kriegsgefangenschaft) und sein Ruf nach einem aktiven Engagement der USA in der Welt lagen den Neokonservativen näher als Bushs Ansagen über ein bescheidenes Amerika. Vgl. Mann, S. 259. Siehe auch Heilbrunn, S. 230ff.

²⁰⁴ George W. Bush, "A Distinctly American Internationalism," Ronald Reagan Presidential Library, Simi Valley, California, November 19, 1999, <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/wspeech.htm> (abgerufen am 22. Juli 2008).

William Kristols und Robert Kagans Zuspruch. Sie sahen ihn mit dieser Rede Ansprüche auf Ronald Reagans Erbe erheben.²⁰⁵ So betonte Bush,

*„Our realism must make place for the human spirit. [...] Some have tried to pose a choice between American ideals and American interests—between who we are and how we act. But the choice is false. America, by decision and destiny, promotes political freedom – and gains the most when democracy advances. [...] To each, I bring the same approach: A distinctly American internationalism. Idealism, without illusions. Confidence, without conceit. Realism, in the service of American ideals.“*²⁰⁶

Auch Rice gab sich in ihrem *Foreign Affairs* Artikel kompromissbereit. Während sie sich in Bezug auf China von den Neokonservativen distanziert hatte, reichte sie ihnen beim Thema Irak die Hand:

*„Saddam Hussein’s regime is isolated, his conventional military power has been severely weakened, his people live in poverty and terror, he has no useful place in international politics. He is therefore determined to develop WMD. **Nothing will change until Saddam is gone, so the United States must mobilize whatever resources it can, including support from his opposition, to remove him.**“*²⁰⁷ (Betonung A.R.)

Der Irak und die Frage nach der richtigen Strategie im Umgang mit Saddam Husseins Regime war zwar kein neokonservatives Thema, die Idee des *Regime Change* dafür umso mehr.

Der Irak war eine Dekade nach dem Golfkrieg Teil des öffentlichen Bewusstseins der USA, und wurde von konservativer und liberaler Seite kontrovers debattiert. Die Problematik hatte sich in den frühen Neunziger Jahren ergeben, als es nach dem Ende des Golfkriegs 1991 darum ging, Saddam Hussein weiterhin davon abzuhalten seine Nachbarn zu bedrohen, sowie chemische biologische und nukleare Waffen zu

²⁰⁵ William Kristol und Robert Kagan, „A Distinctly American Internationalism,“ *The Weekly Standard*, 29. November 1999,

<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=237&prog=zgp&proj=zusr> (abgerufen am 22. Juli 2008).

²⁰⁶ George W. Bush, "A Distinctly American Internationalism."

²⁰⁷ Rice, „Promoting the National Interest,“ S. 60.

entwickeln. Im Verlauf der Dekade, und unter Eindruck eines, für die irakische Bevölkerung verheerenden, Sanktionsregimes sowie Husseins wiederholter Behinderung und Missachtung der UN-Waffeninspektionen, war die adäquate Vorgehensweise gegenüber dem Irak immer öfter Grund für Diskussionen.²⁰⁸ Die Möglichkeit eines, wenn nötig auch militärischen, Sturzes Saddam Husseins war jedoch erst von den Neokonservativen in die Debatte eingebracht worden.

Schon Charles Krauthammer hatte in seinen Ausführungen über den Unipolaren Moment den Irak als „*weapon state*,“ einer Art Vorgänger-Kategorie des „*rogue state*,“ klassifiziert und, gemeinsam mit unter anderem Nordkorea und Libyen, als größte zukünftige Bedrohung internationaler Sicherheit und damit der amerikanischen Vormachtstellung bezeichnet:

„[...] the rise of small aggressive states armed with weapons of mass destruction and possessing the means to deliver them (what might be called Weapons States) makes the coming decade a time of heightened, not diminished, threat of war.“²⁰⁹

So hatten die Neokonservativen auch George H. W. Bushs Entschluss, den in Kuwait einmarschierten Irak im ersten Golfkrieg zurückzuschlagen, enthusiastisch unterstützt, zumal die USA hier ihrer Rolle als Weltordnungsmacht, die sowohl ihre Ideale als auch Interessen verteidigt, gerecht wurde. Mit der, wohl überlegten, Entscheidung der ersten Bush Administration, Saddam Hussein nicht gleich mit zu stürzen hatten sie sich dahingegen nie abgefunden.²¹⁰ Sie hielten nichts von der aus Sanktions- und Inspektionsregime bestehenden Eindämmungspolitik.²¹¹ Die Neokonservativen hatten der *Containment* Strategie schon während des Kalten

²⁰⁸ Für eine detaillierte Darstellung der langen Vorgeschichte des Irakkrieges siehe Herfried Münkler, *Der Neue Golfkrieg* (Hamburg: Rowohlt, 2003).

²⁰⁹ Krauthammer, „Unipolar Moment,“ S. 8ff.

²¹⁰ Halper und Clarke, S. 81. Die Gründe für den Entschluss Saddam Hussein an der Macht zu lassen, entsprangen einer für die Bush Senior Administration so charakteristischen realistischen Situationsanalyse. Einerseits hätte die Fortführung des Krieges mit dem Ziel des *regime change* nicht dem, auf die Befreiung Kuwaits beschränkten, UN-Mandat entsprochen und so das Ende der breiten internationalen Koalition bedeutet. Andererseits hätte sich, angesichts der Perspektive einer jahrelangen und, in der Region, als feindlich empfundene amerikanische Besatzung des Irak, die öffentliche Meinung in den USA gegen die Regierung gewendet. Vgl. Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 206. Für die Policy-Debatten innerhalb der Bush Senior Administration im Vorfeld der Operation *Desert Storm* siehe auch Mann, S. 184ff.

²¹¹ Das *Containment* umfasste außerdem die Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes, sowie ab den späten Neunzigern von den USA und Großbritannien durchgeführte gezielte Militärschläge.

Krieges nichts abgewinnen können, und lehnten diese auch gegenüber dem Irak als abwieglerisch und gefährlich ab.

Im Rahmen des *Project for the New American Century* (PNAC) hatten sie 1997 die gezielte und koordinierte Kampagne für einen Regimesturz im Irak begonnen. Ins Leben gerufen von William Kristol, um für seine Vision der gutmütigen amerikanischen Hegemonie zu werben, wird der Think Tank von Kritikern wie Jakob Heilbrunn als „essentially a front organisation to champion the democratic crusade and, specifically, the overthrow of Saddam Hussein,“²¹² beschrieben. Tatsächlich war die erste öffentliche Stellungnahme des PNAC, das unter dem Banner einer „reaganite policy of military strength and moral clarity,“²¹³ lief, ein Brief an Bill Clinton mit der Forderung Saddam Hussein zu stürzen.²¹⁴ Der Brief erklärte die *Containment* Politik gegenüber dem Irak für gescheitert, und forderte Clinton, angesichts des bröckelnden Sanktionenregimes sowie Husseins anhaltender Behinderung der UN-Waffeninspektionen, zu einem Strategiewechsel auf. Der Bedrohung eines, nach Massenvernichtungswaffen strebenden Irak, sei einzig durch die Entfernung von Saddam Husseins Regime beizukommen.²¹⁵ Als Clinton es verabsäumte die Empfehlungen des PNACs zur offiziellen Politik zu machen, wandten sich die Advokaten des Regimewechsels an den amerikanischen Kongress. Dieser verabschiedete im Oktober 1998 den *Iraq Liberation Act* der, den Regimewechsel zum expliziten Ziel amerikanischer Politik gegenüber Saddam Hussein erklärte, jedoch explizit klarstellte, dass es sich hierbei nicht um ein Mandat zum militärischen Regimesturz von außen handelt. Das Gesetz beschränkte sich im Wesentlichen auf die politische und finanzielle Unterstützung der irakischen Opposition, die einer demokratischen Transformation zuarbeiten sollte.²¹⁶

Wenngleich Rices ambivalente Formulierung durchaus als Geste des Entgegenkommens gegenüber den Hardlinern unter Bushs Beratern gedeutet werden kann – zu den Gründungsmitgliedern des PNAC zählten neben Paul

²¹² Heilbrunn, *They Knew They Were Right*, S. 217.

²¹³ PNAC, „Statement of Principle,“ 3. Juni 1997,

<http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm> (abgerufen am 20. September 2008).

²¹⁴ PNAC, „Letter to President Clinton on Iraq,“ 26. Jänner 1998,

<http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm> (abgerufen am 21. September 2008).

²¹⁵ Ebda.

²¹⁶ Peter Rudolf, „Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik und der Krieg gegen den Irak,“ *Zeitschrift für Politik* 50, 3 (2003): S. 257-280, hier S. 268.

Wolfowitz auch die Jacksonianer Richard Cheney und Donald Rumsfeld²¹⁷ - sollte ihre Aussage, über die Entfernung Saddam Husseins als Voraussetzung für einen positiven politischen Wandel, nicht überinterpretiert werden.

Der Regimewechsel im Irak gehörte in abstrakter Form zwar zum außenpolitischen Konsens, die konkret daraus zu ziehenden Konsequenzen waren jedoch umstritten, und reichten von *Containment* bis *Liberation*. Bushs Team repräsentierte dieses weite Meinungsspektrum. So erachteten, zur Zeit ihres Amtsantritts, sowohl Rice selbst, als auch Colin Powell eine Überprüfung der Irak Politik zwar für notwendig, hielten jedoch am Konzept der Eindämmung fest, dessen Effektivität durch ein reformiertes Sanktionsregime gesteigert werden sollte. Der erhoffte *Regime Change* sollte von innen, und mit Hilfe der Unterstützung der irakischen Opposition herbeigeführt werden.²¹⁸

Angesichts George W. Bushs mangelhaften außenpolitischen Kenntnissen und Erfahrungen, stellte sich für Beobachter, die Frage welchem Lager er sich in außenpolitischen Fragen zuwenden würde: dem der unilateralen Hardliner oder dem der pragmatischen Realisten. Nicholas Lemann lieferte in der Januar 2001 Ausgabe des *New Yorker* eine pointierte Beschreibung der beiden konkurrierenden Ausrichtungen innerhalb der Bush Administration und stellte, bezüglich der Irak Politik eine, rückblickend bemerkenswert akkurate, Prognose über kommende Diskussionen:

„He will inevitably wind up gravitating toward one or another of the Republican camps. We can't know yet which it will be – Bush probably doesn't know himself. But the camps themselves, and their leaders and their views, are in plain sight. [...] You can see how a Cheney-Rumsfeld conservative camp and a Rice-Powell moderate-realist camp could emerge and begin to quarrel predictably. If that happened, on Iraq the Rice-Powells would be the doves (for „containment“) and the Cheney-Rumsfelds the hawks (for „liberation“).“²¹⁹

²¹⁷ Vgl. PNAC, „Statement of Principle.“

²¹⁸ Vgl. Colin Powell, „U.S. International Engagement: A Time of Great Opportunity,“ und Condoleezza Rice, „U.S. Security Policy: Protecting the Nation's Critical Infrastructure,“ *U.S. Foreign Policy Agenda: U.S. National Security: The Bush Team* 6, 1 (März 2001), <http://www.usis.it/pdf/ej/ijpe0301.pdf> (abgerufen am 26. Oktober 2008).

²¹⁹ Lemann, „The Iraq Factor.“

Tatsächlich kam es nach dem 11. September genau zu einem solchen Richtungsstreit innerhalb der Administration, mit dem Unterschied dass Condoleezza Rice nach dem 11. September immer weniger dem moderat-realistischen Lager um Colin Powell zugerechnet werden konnte. Sie schloss sich, wie auch George W. Bush selbst, den Hardlinern an, in deren Reihen sie fortan mit Jacksonianern und Neokonservativen gemeinsam für den Regimesturz warb. Dieser Wandel, der von Ronald Asmus für einen entscheidenden Faktor in der außenpolitischen Ausrichtung der Administration nach dem 11. September,²²⁰ gehalten wird, soll in den folgenden Kapiteln dargestellt werden. Vorerst soll es jedoch darum gehen die folgenschweren Auswirkungen von Rices realistischem Weltbild, das sie mit dem Rest der Vulkane teilte, auf die Anti-Terrorpolitik vor dem 11. September darzustellen.

4.2 Rices Realismus und der 11. September

Wie im vorherigen Kapitel dargestellt wurde, war es während des Wahlkampfs keineswegs absehbar, dass die Bush Administration eine neokonservative Politik verfolgen würde. Obwohl sich neokonservative Denker in den Regierungsreihen finden ließen,²²¹ stellten sie in der Administration, die Minderheit dar. Die Wahlkampfstellungen hatten, einen wenngleich harten, Realismus im Umgang mit dem Rest der Welt versprochen.

Condoleezza Rice, über die, aufgrund ihrer Nähe zu George W. Bush sowie ihrer Ernennung zur Nationalen Sicherheitsberaterin, vermutet wurde, dass sie in der Formulierung zukünftiger Außenpolitik besonders einflussreich sein würde, kam spezielles Interesse zu. Sie hatte im Wahlkampf klassisch realistische Positionen vertreten, und wurde von Beobachtern als „*balance of power realist[s]*“ mit „*Kissingerian [...] instinct*“ eingeschätzt.²²² Tatsächlich schlug sich ihr realistischer Hintergrund vor dem 11. September folgenschwer nieder. Trotz zahlreicher

²²⁰ Für diesen Punkt siehe Patricia Greves Ausführungen, S. 75f.

²²¹ Die Neokonservativen waren zwar zahlenmäßig in der Minderheit, sie hielten jedoch einige Schlüsselpositionen in der zweiten und dritten Reihe der Administration, insbesondere im Verteidigungsministerium (Vize-Verteidigungsminister Präsident Paul Wolfowitz, Douglas Feith Undersecretary of Defense for Policy) und im Umfeld des Vize-Präsidenten Richard Cheney (dessen Stabschef I. Lewis Libby), der nach dem 11. September selbst zu einem einflussreichen Führsprecher und Lobbyisten für neokonservative Ideen, insbesondere dem Regimesturz im Irak, wurde. Vgl. David J. Rothkopf, „Inside the Committee that runs the World,“ *Foreign Policy*, März/ April 2005, S. 30 – 40, hier S. 38.

²²² Heilbrunn, George W.’s Realist, S. 50 bzw. S. 52.

Warnungen verabsäumte Rice es, der Bedrohung durch den Terrorismus jene Priorität einzuräumen die sie im Frühjahr und Sommer 2001 dringend benötigt hätte.

Im Gegensatz zu Bushs Verkündigungen über ein demütiges Amerika, äußerte sich der „*distinctly American internationalism*“ von Beginn an in einem verstärktem Unilateralismus und einer ausgeprägten Ideologisierung außenpolitischer Entscheidungen. Die Weigerung der Administration das Statut zur Erschaffung des Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu ratifizieren, veranschaulicht die praktischen Auswirkungen der besonderen weltpolitischen Rolle, die die Regierung den USA beimaß, wohl am eindrucklichsten. Darüber hinaus wandte sich die Administration gegen eine ganze Reihe von internationalen Initiativen und Verträgen, wie dem Kyoto-Protokoll, dem Atomteststoppvertrag, einem neuen Protokoll der Biowaffenkonvention sowie einem Abkommen gegen den illegalen Waffenhandel.²²³ Um die Entwicklung eines Nationalen Raketenschutzschildes (NMD: *National Missile Defense*) zu forcieren, kündigte Bush außerdem den, 1972 mit Russland geschlossenen, *Anti-Balistic Missile* Vertrag. Die Irak Politik stellte dahingegen eine Fortsetzung der Politik Clintons dar, die seit der Ausweisung der UN-Inspektoren im Herbst 1998 aus einem Sanktionsregime, sowie gezielten Militärschlägen zur Durchsetzung der beiden Flugverbotszonen im Norden und Süden des Landes bestand.²²⁴

Der Terrorismus, das zweite definierende Thema der Bush Präsidentschaft – stand weder während des Wahlkampfes noch in den ersten acht Monaten nach Amtsantritt an prominenter Stelle der Agenda. Wenn vom Terrorismus gesprochen wurde, dann im Kontext der Bedrohung durch Raketen und der daraus erwachsenden Notwendigkeit eines Raketenschutzschildes.²²⁵ Später war es vor allem Condoleezza Rice, in ihrer Funktion als Nationale Sicherheitsberaterin, die für den nachlässigen Umgang mit den zahlreichen Terrorwarnungen im Vorfeld des 11. Septembers verantwortlich gemacht wurde. Richard Clarke, der unter Clinton als Koordinator der Anti-Terrorpolitik fungierte, und unter Bush seine Arbeit fortführte,

²²³ Daalder und Lindsay, S. 65.

²²⁴ Peter Rudolf, „Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush,“ in *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2001*, Erich Reiter (Hg.), S. 70-81, (Wien: Mittler & Sohn: 2001). http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/03_jb01_26_rud.pdf (abgerufen am 27. Oktober 2008), hier S. 79ff.

²²⁵ Daalder und Lindsay, S. 39.

gibt an, im Frühjahr und Sommer 2001, vergebens versucht zu haben die Bedrohung durch Al Qaida auf die Agenda des Nationalen Sicherheitsrates zu bekommen:

„The new Bush focus in early 2001 was on confronting China, withdrawing from various multilateral obligations, and spending much more money on an anti-missile defense system – not on looking into al Qaeda’s financial network.“²²⁶ „[T]he daily NSC staff briefings were filled with detailed discussions about the ABM Treaty and other issues that I thought were vestigial Cold War concerns.“²²⁷

Beobachter sind sich einig, dass Rices Unaufmerksamkeit zu einem großen Teil ihrem „19th-century, Metternichian worldview“²²⁸ geschuldet war, den sie mit dem Rest der Vulkane teilte.²²⁹ Sie alle hatten ihr politisches Handwerk in der Ära des Kalten Kriegs gelernt und sahen, aller Globalisierung zum Trotz, staatliche Akteure und deren militärische Macht nach wie vor als die bestimmenden Elemente internationaler Politik.²³⁰ Dementsprechend traditionell gestaltete sich auch die Bedrohungsanalyse. Globalen Herausforderungen, wie der steigenden Armut, der Aids Epidemie, dem Klimawandel, dem Einflussverlust der Politik angesichts rasch voranschreitender wirtschaftlicher Interdependenz, oder eben dem transnationalen Terrorismus, kam in den Kalkulationen des Bush Teams keine prominente Rolle zu. Diese waren und sind Themen der Demokraten. Angesprochen auf eine, durch Ende des Kalten Krieges und Globalisierung notwendig gewordene, erweiterte Sicherheitsagenda, meinte Condoleezza Rice während des Wahlkampfes, „Je mehr man in die Außenpolitik hineindichtet, desto konfuser wird sie. Manchmal glaube ich, all dieses Gerede von neuen Politikfeldern ist einfach zu viel.“²³¹ Die Bedrohung der nationalen Sicherheit durch nicht-staatliche Akteure, wie Al Qaida, passte nicht in das realistisch geprägte Weltbild der Vulkane, zumal sich im Fall des [transnationalen] Terrorismus auch die strenge realistische Unterscheidung zwischen innerstaatlicher und internationaler Sphäre aufhebt.

²²⁶ Richard Clarke, *Against All Enemies: Inside America’s War on Terror* (New York: Free Press, 2004), S. 196

²²⁷ Ebda, S. 234.

²²⁸ Joshua Kurlantzick, „The Rice Capades,“ *The American Prospect*, 15. April 2004, http://www.prospect.org/cs/articles?article=the_rice_capades (abgerufen am 2. Februar 2008), S. 18.

²²⁹ Für diesen Punkt siehe Kurlantzick sowie Louis Klarevas, „Political Realism: A Culprit for the 9/11 Attacks,“ *Harvard International Review* 26, 3 (Herbst 2004): S. 18-23. Für eine Insider Perspektive siehe Clarke.

²³⁰ Mann, S. xiiiif.

²³¹ Rice zitiert in Petra Pinzler, „Klassik statt Jazz,“ *Die Zeit*, 50, 1999, http://www.zeit.de/1999/50/Klassik_statt_Jazz_ (abgerufen am 13. November 2007).

Darüber hinaus war auch die Anti-Clinton Haltung der Bush Administration, einer effizienten Anti-Terrorpolitik abträglich. Dies wird an anderer Stelle in Clarkes Ausführungen deutlich:

„In general the Bush appointees distrusted anything invented by the Clinton administration, and anything of a multilateral nature [...].“²³² In January 2001, the new administration really thought Clinton’s recommendation that eliminating al Qaeda be one of their highest priorities, well rather odd, like so many of the Clinton administration’s actions, from their perspective.“²³³

Rices Erwiderung auf Clarkes Anschuldigungen ist bemerkenswert, zumal sie die Anti-Clinton Haltung noch bekräftigte: Die von den Clinton Mitarbeitern erarbeitete „Ideensammlung“ sei für Bushs angestrebte Strategie ungeeignet gewesen. Bush war „es leid Fliegen totzuschlagen“ – im Sinne gelegentlicher militärischer Vergeltungsschläge - und verlangte eine umfassende Strategie um Al Qaida „zu beseitigen.“²³⁴ (Übersetzung A.R.) Die erste Version dieses umfassenden Strategiepapiers wurde im Juni 2001 fertig, jedoch erst am 4. September 2001 vom Nationalen Sicherheitsrat verabschiedet. Aus Sicht Richard Clarkes entsprach das Dokument im wesentlichen der Strategie, die er bereits im Dezember 2000 ausgearbeitet hatte, die jedoch von der Bush Administration als unbrauchbar erachtet worden war.²³⁵ Alles in Allem lässt sich der Eindruck nicht vermeiden, dass die Abscheu gegenüber Clinton innerhalb der Bush Administration einem Politikansatz Vorschub leistete, wonach das Rad neu erfunden werden müsse.

²³² Clarke, S. 196.

²³³ Ebda, S. 226.

²³⁴ Condoleezza Rice, „9/11: For the Record,“ The Washington Post, 22. März 2004, <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A13881-2004Mar21?language=printer> (abgerufen am 15. November 2008).

²³⁵ 9/11 Kommission, *9/11 Kommission. Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*, 22. Juli 2004, <http://www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf> (abgerufen am 15. November 2008), S. 205.

5 Rice und der Neokonservatismus

Unter Eindruck der terroristischen Anschläge auf New York und Washington am 11. September 2001 kam es in den USA zu einem außenpolitischen Paradigmenwechsels. Mit der Verkündung der Bush Doktrin konnten sich neokonservative Ideen als handlungsleitend etablieren, die am Beispiel des Iraks in die Praxis umgesetzt wurden. Präemptive Militärschläge und die Verbreitung der Demokratie, wenn nötig auch mit militärischen Mitteln, wurden zum neuen strategischen Paradigma erhoben. Condoleezza Rice, die sich noch während des Wahlkampfs als taffe unsentimentale aber auch behutsame Realpolitikerin profiliert hatte, warb fortan für den Sturz Saddam Husseins und betonte die Notwendigkeit einer demokratischen Revolution im Nahen und Mittleren Ostens. Obwohl sie sich damit deutlich von ihren realistischen Wurzeln entfernte, wird bei näherer Analyse klar, dass sie gleichzeitig versuchte die strategische Neuausrichtung mit ihrer ursprünglichen, realistischen, Position zu einen. Eine Phrase, die dabei besonders ins Auge fällt, ist die „*Balance of Power that Favors Freedom*,“ deren Erschaffung, Rice als das vorrangige Ziel der Administration verkündete.

Der Wandel von Rices außenpolitischen Ansichten soll Thema der folgenden Ausführungen sein. Das Augemerck soll dabei nicht auf einer detaillierten Beschreibung ihrer Leistungen im Amt der Nationalen Sicherheitsberaterin liegen, sondern vielmehr folgenden Aspekten gelten: In einem ersten Schritt soll gezeigt werden, dass Rice die Situation nach dem 11. September durch das Neokonservative Prisma interpretiert hat, und im Bereich der Irak-Politik neokonservative Kausalitätsannahmen übernommen und beworben hat. In einem weiteren Schritt soll illustriert werden, dass Rices gesamtstrategische Überlegungen, abseits genuin neokonservativer Positionen, von einflussreichen historischen Strömungen der amerikanischen Außenpolitik inspiriert sind.

Zunächst soll jedoch umrissen werden, wie es nach dem 11. September zu der strategischen Neuausrichtung der amerikanischen Weltpolitik kommen konnte, und welche Aspekte dieses neue außenpolitische Paradigma umfasst.

5.1 Der 11. September 2001

„From its inception, the Bush administration was a sort of coalition of different conservative breeds: hard-nosed nationalists (Cheney and Rumsfeld); self-proclaimed intellectual realists (Rice); traditional republican internationalists (Powell and Armitage); the religious Right (Ashcroft); and, finally, the neoconservatives themselves. With the advent of Bush Jr., the neoconservatives became again very influential, but were not at all hegemonic [...] Then came 9/11 and the overall balance of power within the administration changed drastically. The neoconservatives' radical, and until then minority, vision was adopted as the Administration's policy.“²³⁶

Entgegen den Erwartungen zu Beginn der Amtszeit sind neokonservative Ideen für die Außenpolitik der Bush Administration relevant geworden. Beobachter sind sich einig, dass diese Entwicklung dem Schock der terroristischen Anschläge auf New York und Washington am 11. September 2001, geschuldet ist. Die Erfahrung der Verwundbarkeit hatte katalytische Wirkung. Die außenpolitische Orientierungslosigkeit der Neunziger Jahre fand ein jähes Ende, und ein bis dahin wenig populärer Präsident seine Mission: *„[I]n our grief and anger, we have found our mission and our moment.“²³⁷* Die Administration sah sich fortan in einem *„war on terror“²³⁸* in dessen Kontext sich ein strategisches Paradigma durchsetzen konnte, dessen theoretisches und ideologisches Unterfutter die neokonservative Vision bildet.²³⁹ Die Bush Doktrin, wie das Paradigma gemeinhin genannt wird, verdeutlichte was dieser Krieg umfassen würde.

Die Neokonservativen hatten nach dem weltpolitischen Umbruch der frühen Neunziger stets für eine aggressive, interventionistische Außenpolitik, im Dienste amerikanischer Werte geworben, und despotische Regime sowie Massenvernichtungswaffen, als große neue Bedrohung nach dem Ende des Kalten Krieges bezeichnet. Sie hatten die Idee einer bescheideneren weltpolitischen Rolle

²³⁶ Del Pero, S. 12.

²³⁷ George W. Bush, „Address to a Joint Session of Congress and the American People,“ 20. September 2001, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/print/20010920-8.html> (abgerufen am 17. Januar 2007).

²³⁸ Ebda.

²³⁹ Patricia Greve beschreibt den 11. September als *policy window*, in Zuge dessen sich, lange vor den Anschlägen entstandene, Ideen über Amerikas Rolle und Aufgaben in der Welt als außenpolitisch handlungsleitend durchsetzen konnten. Für eine detaillierte Analyse sieh Greve, S. 84-99.

der USA stets abgelehnt, und vehement für den Beibehalt und Ausbau der amerikanischen Supermachtstellung argumentiert, welche einzig und allein Frieden und Stabilität in den Internationalen Beziehungen bieten könne. Nachdem sie den Strategien des *Containment* und der *Deterrence* bereits im Kalten Krieg nichts abgewinnen hatten können, zählten sie in den frühen Neunzigern zu den ersten Befürwortern präemptiver Militärschläge gegenüber Schurkenstaaten die der Entwicklung bzw. des Besitzes von Massenvernichtungswaffen verdächtig würden. Obwohl die Anschläge des 11. September die neokonservative Bedrohungsanalyse nicht direkt bestätigten, konnten sich ihre Rezepte als außenpolitisch handlungsleitend etablieren. Beobachter führen dies auf die veränderte Dynamik innerhalb der Administration zurück. Getrieben von der Notwendigkeit ähnliche Ereignisse zukünftig zu verhindern, wandten sich, neben dem Präsidenten selbst, sowohl die Jacksonianer Cheney und Rumsfeld als auch die Realistin Rice den radikalen Plänen der Neokonservativen zu.²⁴⁰ Die Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik begann sich früh nach dem 11. September abzuzeichnen.²⁴¹ Klar und ausführlich formuliert wurde das neue Paradigma in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002.²⁴²

5.2 „A Balance of Power that Favors Freedom“

Die Bush Doktrin stellt die „*intellectual high-water mark*“²⁴³ der Neokonservativen dar. Offiziell ausformuliert in der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) vom September 2002, folgt die Doktrin neokonservativen Ideen und Annahmen und lieferte die Legitimation für den Irak-Krieg. Während die Mehrzahl der amerikanischen Realisten, sowohl die Strategie als auch den Krieg scharf kritisierte, gebärdete sich Condoleezza Rice als eine leidenschaftliche Fürsprecherin beider. Sie entfernte sich damit deutlich von ihren realistischen Wurzeln, versuchte aber gleichzeitig die

²⁴⁰ Vgl. Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 183ff. Del Pero, S. 12ff.

²⁴¹ Es waren drei Reden, in denen George W. Bush die Elemente seiner Doktrin ausgelegt hat: George W. Bush, „Address to a Joint Session of Congress and the American People,“ 20. September 2001, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/print/20010920-8.html> (abgerufen am 17. Januar 2007). „President Delivers State of the Union Address,“ 29. Januar 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (abgerufen am 15. November 2008). „President Bush Delivers Graduation Speech at West Point,“ 1. Juni 2002, <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (abgerufen am 15. November 2008).

²⁴² The White House, *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington DC: September 2002).

²⁴³ Zitiert nach G. John Ikenberry, „The End of the Neokonservative Moment,“ *Survival* 46, 1 (Frühling 2004): S. 7-22, hier S. 8.

strategische Neuausrichtung mit ihrer ursprünglichen realistischen Position zu einen. Eine Phrase, die dabei besonders ins Auge fällt, ist die „*Balance of Power that Favors Freedom*,“²⁴⁴ deren Erschaffung, sowohl von Rice selbst als auch in der NSS, als das vorrangige Ziel der Administration verkündet wurde.

Im Folgenden soll anhand von Rices Ausführungen nicht nur die Bush Doktrin erläutert werden, sondern auch Einblick in die, der Doktrin zugrunde liegenden, konzeptionellen Vorstellungen und Annahmen über den Charakter des internationalen Systems, und die daraus erwachsenden Handlungszwänge der internationalen Politik, geboten werden.

In einem ersten Schritt soll gezeigt werden, dass Rice die Situation nach dem 11. September durch das Neokonservative Prisma interpretiert hat, und im Bereich der Irak-Politik neokonservative Kausalitätsannahmen übernommen und beworben hat. Anhand einer Darstellung der realistischen Kritik an einer solchen Politik soll in einem weiteren Schritt illustriert werden, dass sich Rice von althergebrachten Prinzipien des außenpolitischen Realismus entfernt hat.

Im September 2002 veröffentlichte das Büro der Nationalen Sicherheitsberaterin die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS); ein Dokument in dem die Exekutive, einem Beschluss des Kongresses aus dem Jahr 1986 folgend, die Legislative regelmäßig über die strategische Planung der Außen- und Sicherheitspolitik unterrichten muss.²⁴⁵ Gewöhnlich von wenig großem öffentlichen Interesse, war die NSS der Bush Administration sowohl in den USA als auch im Rest der Welt Gegenstand heftiger Diskussionen, zumal hier jene Elemente die, in der umstrittenen *Defense Planning Guidance* (DFG), bereits eine Dekade zuvor für Entrüstung gesorgt hatten, nunmehr als offizielle Strategie der USA präsentiert wurden. Die Präemption, der Ausbau der militärischen Vorherrschaft, sowie die Errichtung einer demokratischen Weltordnung unter dem Vorzeichen dieser Vormachtstellung wurden in der NSS in höchst offizieller Form artikuliert.²⁴⁶

²⁴⁴ Condoleezza Rice, „A Balance of Power That Favors Freedom,“ (Wriston Lecture, Manhattan Institute, New York City, NY, 1. Oktober 2003), <http://www.manhattan-institute.org/html/wl2002.htm> (abgerufen am 4. Mai 2007). Vgl. auch NSS 2002, Vorwort von George W. Bush.

²⁴⁵ Michael E. O'Hanlon, Susan E. Rice und James B. Sternberg, „The New National Security Strategy and Preemption,“ *The Brookings Institution, Policy Brief* #113, <http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb113.htm> (abgerufen am 7. November 2008).

²⁴⁶ Da eine detaillierte Analyse der NSS den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, soll an dieser Stelle auf die Ausführungen Patrick Kellers verwiesen werden, der nicht nur die Argumentationsfigur der Bush Doktrin

Condoleezza Rice, die noch den Wahlkampf genutzt hatte, um gegen den wilsonschen Impuls²⁴⁷ in der amerikanischen Außenpolitik zu agitieren und keine Gelegenheit ausgelassen hatte um Clinton, für dessen Demokratie und *Nation-Building* Agenda, zu schelten, präsentierte mit der NSS 2002 eine *Grand Strategy*,²⁴⁸ die Clintons Programm, der Verbreitung demokratischer Marktwirtschaften, an Ambition noch übertraf.

Anstatt eines demütigen Engagements, sollten die USA nunmehr ihre Position der Vorherrschaft nutzen um die Erschaffung einer „*balance of power that favors freedom [...] in which all nations and all societies can choose for themselves the rewards and challenges of political and economic liberty*,“²⁴⁹ zu gewährleisten.

Während im Wahlkampf die entsprechende Kompromissformel noch „*realism, in the service of American ideals*“ gelautet, und dem neokonservativen Reagan Flügel der Republikanischen Partei gegolten hatte, sollte das Bekenntnis zu einer Balance of Power, nach dem 11. September, wohl eher das realistische Lager vergewissern. Tatsächlich verkündete die NSS eine außenpolitische Agenda, die, mit jener bescheidenen realistischen Außenpolitik die, die Administration zu Beginn ihrer Amtszeit vertreten hatte, außer Worthülsen nicht mehr viel gemein hatte. Angesichts der Gefahr durch terroristische Netzwerke, und unter Eindruck der eigenen militärischen Übermacht, entwarf die Administration eine Außenpolitik, die eine schlagkräftige Variante des Wilsonschen Projektes der Demokratieverbreitung darstellt. Die USA sollten fortan ihre militärische Vorherrschaft nutzen, nicht nur um Terroristen und Schurkenstaaten, notfalls auch vorbeugend, an Erwerb und Anwendung von WMD zu hindern, sondern auch um letztere auf den Weg der Demokratie und Freiheit zu bringen, und so einem dauerhaften und friedlichen Miteinander der Völker den Boden bereiten.

anhand einer Analyse der NSS anschaulich dargestellt hat, sondern diese auch auf ihre neokonservativen Anteile abklopft hat. Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*. Für den Zweck der vorliegenden Arbeit, soll sich die Analyse auf einen, anlässlich der Veröffentlichung des Strategiepapiers gehaltenen, Vortrag von Condoleezza Rice beschränken. Vgl. Condoleezza Rice, „A Balance of Power That Favors Freedom.“

²⁴⁷ Dieselbe, „Promoting the National Interest.“

²⁴⁸ Für eine Analyse darüber was eine Verteidigungsstrategie zu einer *Grand Strategy* macht, und einer Beantwortung der Frage, warum es sich bei der NSS 2002 um eine solche handelt siehe John Lewis Gaddis, „A Grand Strategy,“ *Foreign Policy*, November/ Dezember 2002, S. 50-57.

²⁴⁹ Rice, „A Balance of Power That Favors Freedom.“

Es waren drei Vorhaben, die Rice als die zentralen Pfeiler der zukünftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, präsentierte:

„We will defend the peace by opposing and preventing violence by terrorists and outlaw regimes.

We will preserve the peace by fostering an era of good relations among the world's great powers.

And we will extend the peace by seeking to extend the benefits of freedom and prosperity across the globe.“²⁵⁰

Diese drei Pfeiler sind aufschlussreich. Während ersterer, als ausdrückliches Bekenntnis präemptiv bzw. präventiv handeln zu wollen um Bedrohungen für die Nationale Sicherheit der USA auszuschalten noch bevor diese Gestalt annehmen,²⁵¹ die Abkehr von fünf Dekaden amerikanischer Außenpolitik bedeutete, machten der zweite und dritte Punkt die ambitionierte Bandbreite des neuen strategischen Paradigmas klar.

Unter Eindruck des 11. Septembers sah sich die Bush Administration mit einem radikal veränderten Bedrohungsumfeld, als jenem des Kalten Krieges, konfrontiert. Anstatt von einer rivalisierenden Großmacht und deren Nukleararsenal, würde die größte Gefahr nunmehr von terroristischen Netzwerken und Schurkenstaaten, in Besitz von Massenvernichtungswaffen, ausgehen. So Rice:

²⁵⁰ Dieselbe, Ebda.

²⁵¹ In der NSS werden die Begriffe der Präemption und Prävention austauschbar verwendet. Tatsächlich meinen sie jedoch zwei unterschiedliche Konzepte. Eine präemptive militärische Handlung wendet sich gegen einen, vermuteten, unmittelbar bevorstehenden Angriff von gegnerischer Seite. Im Gegensatz dazu meint Prävention eine „die Absichten des Gegners gewissermaßen antizipierende militärische Operation, die eine Angriffsvorbereitung schon im Keim erstickt.“ Harald Müller zitiert in Münkler, *Golfkrieg*, S. 31. Während es sich bei der Präemption, um die völkerrechtlich anerkannte Form vorbeugender Selbstverteidigung, angesichts einer unmittelbaren Gefahr, handelt, ist die präventive Selbstverteidigung im Völkerrecht verboten. In der NSS wird die Doktrin der Präemption, besonders der Begriff der „imminent danger“ jedoch in einer Weise formuliert, dass auch der Präventivkrieg miteingeschlossen wird. Rudolf, „Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik,“ S. 259ff. Francois Heisbourg weist auf die weit reichenden Konsequenzen dieser Ambiguität hin: „If the Bush doctrine strictly boiled down to preemption – in turn, tied to the concept of imminent threat – then the new U.S. national security strategy would not necessarily involve upsetting basic principles governing the use of force in international relations. Conversely, when preemption is used interchangeably with prevention and both are subject to wide interpretation, the legitimization of the use of force may be revolutionized.“ Francois Heisbourg, „A Work in Progress: The Bush Doctrine and Its Consequences,“ *The Washington Quarterly* 26, 2 (Frühling 2003): S. 75-88, hier S. 79.

„These [tyrannische Regime und Terroristen] are different faces of the same evil. Terrorists need a place to plot, train and organize. Tyrants allied with terrorists can greatly extend the reach of their deadly mischief. Terrorists allied with tyrants can acquire technologies allowing them to murder on an ever more massive scale. Each threat magnifies the danger of the other. And the only path to safety is to effectively confront both terrorists and tyrants.“²⁵²

Das Szenario einer Kollaboration zwischen Terroristen und Schurkenstaaten, um Massenvernichtungswaffen gegen die USA einzusetzen, wurde in der Atmosphäre nach dem 11. September von hohen Regierungsmitgliedern als wahrscheinlich und bisweilen unmittelbar bevorstehend dargestellt.²⁵³ Die Anschläge des 11. Septembers hätten in dramatischer Weise aufgezeigt, dass nicht gewartet werden dürfe, bis diese unkontrollierbaren tyrannischen Regime allein oder in Zusammenarbeit mit ihren „terrorist allies“²⁵⁴ Gewalt gegenüber den USA und ihren Verbündeten ausüben oder diese in erpresserischer Weise androhen. Bestehende Verteidigungskonzepte seien solch neuartigem Bedrohungsszenario nicht mehr gewachsen und müssten überdacht werden:

„[S]ome threats are so potentially catastrophic -- and can arrive with so little warning, by means that are untraceable -- that they cannot be contained. Extremists [...] are unlikely to ever be deterred. [...] So as a matter of common sense, the United States must be prepared to take action, when necessary, before threats have fully materialized.“²⁵⁵

²⁵² Zitiert nach Rice, „A Balance of Power That Favors Freedom.“

²⁵³ Besonders ausschlaggebend war dabei Vize-Präsident Richard Cheney. So schreibt Bob Woodward in seinem Band über die Vorbereitung des Irakkrieges: „Cheney became the self-appointed examiner of worst case-scenarios“ und begann „to think the unthinkable.“ Zitiert nach Bob Woodward, *Plan of Attack* (New York: Simon & Schuster, 2004), S. 29. Die Folge war eine Verschmelzung von Bedrohungen: der „alten“ Bedrohung durch WMD in den Händen von Schurkenstaaten mit der „neuen“ Bedrohung islamistischer Terrornetzwerke. Cheney wurde nicht müde auf die Gefahr eines weiteren terroristischen Angriffs diesmal unter Verwendung von Massenvernichtungswaffen hinzuweisen, und rechtfertigte in Hinblick auf die Zerstörungskraft eines solchen Szenarios eine aggressivere Strategie zur Verhinderung der Proliferation solcher Waffen. Neben terroristischen Netzwerken wurden damit auch Schurkenstaaten zu Gegnern im Krieg gegen den Terrorismus. Präemption, Regimesturz sowie, in einem weiteren Schritt, demokratisches *nation building* erwachsen aus dieser erweiterten Interpretation des Kriegs gegen den Terrorismus. Dunn, S. 28ff. Für Cheneys Part in der Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik siehe außerdem David J. Rothkopf, „Inside the Committee that Runs the World,“ S. 38ff.

²⁵⁴ Rice, „A Balance of Power That Favors Freedom,“

²⁵⁵ Dieselbe, ebda.

In strategischer Hinsicht bedeutete dieses Paradigma der Gegenabwehr einen Bruch mit fünf Dekaden amerikanischer Außenpolitik. Rice betonte zwar, dass die Doktrinen der Eindämmung und Abschreckung nicht verworfen würden, und bemühte sich, die Präemption als letztes, nur in eindeutigen und verlässlichen Fällen zum Einsatz kommendes, Mittel, darzustellen. Ihre Worte machten dennoch deutlich, dass die USA ihre selbst erteilte „*special responsibility to help make the world more secure*,“²⁵⁶ in Zukunft nach eigenem Ermessen und, wenn nötig, auch unilateral wahrnehmen würden. Rudolf sieht in dieser „dezidierte[n] Betonung strategischer Unabhängigkeit als außenpolitischer Maxime,“²⁵⁷ einen deutlichen Bruch mit der, von institutioneller Einbindung gekennzeichneten, Form liberaler Hegemonie, wie sie die USA seit dem Zweiten Weltkrieg gepflegt hatte.

Die Absage an ein halbes Jahrhundert amerikanischer außenpolitischer Tradition spiegelt sich auch in dem ausdrücklichen Anspruch auf Vorherrschaft nieder: „*To support all these means of defending the peace, the United States will build and maintain 21st century military forces that are beyond challenge.*“²⁵⁸ Eine amerikanische Vormachtstellung sei nicht nur notwendig, sondern auch erwünscht, denn „*multipolarity was a necessary evil that [...] did not promote the triumph of peace. Multi-polarity is a theory of rivalry; of competing interests – and at its worst – competing values.*“²⁵⁹ Nach dem 11. September, fänden sich die Großmächte „*on the same side of a profound divide between the forces of chaos and order,*“²⁶⁰ und seien nicht nur durch gemeinsame Interessen, sondern zunehmend auch durch gemeinsame Werte, geeint. Dies eröffne die historische Gelegenheit, die Großmachtrivalität vergangener Jahrhunderte durch „*great power cooperation*“²⁶¹ zu ersetzen, und so einem „*paradigm of progress, founded on political and economic liberty,*“²⁶² zur globalen Durchsetzung zu verhelfen. Denn es sei, in Anlehnung an die Worte Wilsons, die Aufgabe der USA „*to build a world that is not only safer, but better.*“²⁶³

²⁵⁶ Dieselbe, ebda.

²⁵⁷ Peter Rudolf, Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik,“ S. 259.

²⁵⁸ Rice, „A Balance of Power that Favors Freedom.“

²⁵⁹ Dieselbe, „Remarks by Dr. Condoleezza Rice, 26. Juni 2003, International Institute for Strategic Studies, London,“ London, United Kingdom, <http://www.iiss.org/recent-key-addresses/condoleezza-rice-address/> (abgerufen am 23. Februar 2009).

²⁶⁰ Dieselbe, „A Balance of Power that Favors Freedom.“

²⁶¹ Ebda.

²⁶² Ebda.

²⁶³ Ebda.

Die Administration hatte Amerikas liberale und universelle Werte von Beginn an, ins Zentrum des Kriegs gegen den Terrorismus, gestellt, sowohl als Feindbild des radikalen Islams als auch als wesentliches Mittel um den Konflikt zu gewinnen. Auch Condoleezza Rice, pries nach dem 11. September die Demokratie als wichtige Komponente der Internationalen Beziehungen an:

„To win the War on Terror, we must win also win a war of ideas (sic) by appealing to the decent hopes of people throughout the world ... giving them cause to hope for a better life and brighter future ... and reason to reject the false and destructive comforts of bitterness, grievance, and hate. Terror grows in the absence of progress and development. It thrives in the airless space where new ideas, new hopes and new aspirations are forbidden. Terror lives when freedom dies.“²⁶⁴

Obige Analyse zeigt auf, dass Rice nach dem 11. September neokonservative Ideen und Annahmen, über Amerikas Aufgaben und Rolle in der Welt, übernommen und beworben hat. Mit der NSS 2002, veröffentlichte die Nationale Sicherheitsberaterin, ein Dokument, das viele jener Konzepte aufgreift, die bereits in der umstrittenen DFG, aus den frühen Neunzigern, enthalten waren. Anknüpfungspunkte bestehen insofern als auch die NSS eine Strategie der amerikanischen Vorherrschaft begründet, strategische Unabhängigkeit betont und präemptive Militärschläge zur Doktrin erhebt.²⁶⁵ Rices Ausführungen hallen damit auch die programmatischen Vorstellungen einflussreicher amerikanischer Neokonservativer wider. Ihre Bekräftigung einer Stabilität und Frieden bringenden, nachhaltigen und international erwünschten Vorherrschaft der USA, sowie ihr Werben für die Demokratie als dem ideologischen Pfeiler zukünftiger amerikanischer Außenpolitik, und ihre Bereitschaft das amerikanische Militär, auch unabhängig vom Zuspruch international anerkannter Entscheidungsinstanzen wie dem Sicherheitsrat, einzusetzen, erinnern deutlich an die Vorstellungen neokonservativer Autoren wie Krauthammer, Kristol und Kagan.²⁶⁶ Gleichzeitig zeigen sie auf wie weit Rice sich, nach dem 11. September, vom Realismus entfernt hat. Aus realistischer Perspektive ist es der Balance of Power Mechanismus, der internationale Ordnung schafft. Der Vorstellung einer stabilen und

²⁶⁴ Dieselbe, „Remarks by Dr. Condoleezza Rice, 26. Juni 2003, International Institute for Strategic Studies.“

²⁶⁵ Vgl. Gaddis, „A Grand Strategy.“

²⁶⁶ Vgl. Kapitel 3.3 in der vorliegenden Arbeit.

andauernden Vorherrschaft der USA können Realisten wenig abgewinnen. „*In a unipolar distribution of power, balance of power realism makes a clear prediction: weaker states will resist and balance against the predominant state.*“²⁶⁷

Lemann weist darauf hin, dass Rice diesem Kerngedanken des Realismus, nach dem 11. September nichts mehr abgewinnen konnte:

*„These days, she often says that great-power rivalry -- the basic theme of realist foreign policy and of her own writing when she was a Vulcan – is a thing of the past, because all the great powers now share the same interests (which are America’s interests).“*²⁶⁸

Rice stellt der Großmachtrivalität das Konzept der „great power cooperation“²⁶⁹ gegenüber, und legt damit eine, vom Gedanken amerikanischer Vorherrschaft untermauerte, idealistische Vision der internationalen Beziehungen dar. So könnte eine Gemeinschaft Gleichgesinnter Großmächte, angesichts der gemeinsamen Bedrohung des Terrorismus und der Proliferation von WMD, eine neue Ära in den internationalen Beziehungen einläuten:

*„This confluence of common interests and increasingly common values creates a moment of enormous opportunities. [...] [W]e can use great power cooperation to solve local conflicts [...] Great power cooperation also creates an opportunity for multilateral institutions to prove their worth [...] And great power cooperation can be the basis for moving forward on problems that require multi-lateral solutions – from terror to the environment.“*²⁷⁰

Obwohl es widersprüchlich erscheint sowohl von Vorherrschaft als auch von einem Zusammenschluss der Mächtigen zu sprechen, bedingen sich diese, aus Rices Sicht gegenseitig. Vielmehr noch wird die Möglichkeit, einer nachhaltigen Gemeinschaft der Großmächte, explizit an die Auflage der unangefochtenen amerikanischen Vormachtstellung gebunden. Denn, die Definitionsmacht über die Natur der

²⁶⁷ Zitiert nach G. John Ikenberry, *America Unrivaled: The Future of the Balance of Power* (Ithaca/ London: Cornell University Press, 2002), S. 8.

²⁶⁸ Lemann, „Without a Doubt.“

²⁶⁹ Rice, „A Balance of Power that Favors Freedom.“

²⁷⁰ Dieselbe, ebda.

gemeinsamen Interessen, sowie die Art und Weise wie diese verfolgt und verteidigt werden sollten, würde nach wie vor den USA obliegen. Ebenso verhält es sich mit den Werten, die zunehmend von den übrigen Mächten geteilt werden würden. Von ihnen wird vermutet, dass es jene universalen Werte seien, die die USA von jeher repräsentiert hätte. Dementsprechend stellt auch die „*balance of power that favors freedom*“ vielmehr eine Vision der Hegemonie denn eines Mächtegleichgewichts dar. Denn, auch von der Freiheit, zu deren Gunsten die Macht verteilt werden soll, wird angenommen, dass sie die USA immer schon verkörpert hätte.²⁷¹ Rices Vorstellungen haben demnach, trotz realistischer Rhetorik, mit realistischen Konzeptionen, über die Handlungszwänge internationaler Politik, nichts mehr zu tun:

*„the „balance of power that favors freedom“ [...] does not really describe a „balance of power“ at all. Rather it is a superficially Realist-sounding terminology for a decidedly liberal notion: the coalition of all major powers in furtherance of some notional common good.“*²⁷²

Die Vision eines, auf dem Fundament amerikanischer Vorherrschaft basierenden, Konzertes der Mächte wurde bald von der Realität eingeholt. So sehr die Administration sich bemühte den Regimesturz im Irak, als dem gemeinsamen Interesse aller Großmächte entsprechend darzustellen, führte sie den Einmarsch letztlich gegen den Willen des Großteils der Mächtigen sowie der internationalen Staatengemeinschaft durch. Dies widerlegte die, der Bush Strategie zu Grunde liegende, Vermutung, wonach die übrigen Großmächte, angesichts der gemeinsamen Werte und Interessen, keinen Bedarf mehr sehen würden, die amerikanische Vorherrschaft durch Gegenmachtbildung zu balancieren.

²⁷¹ Für eine ähnliche Sichtweise vgl. James Chace, „Quixotic America,“ *World Policy Journal* 20, 3 (Fall 2003): S. 7-16. Ebenso Melvin P. Leffler, „9/11 and the Past and Future of American Foreign Policy,“ *International Affairs* 79, 5 (2003): S. 1045-1063, S. 1057. Für eine detailreiche Analyse des Konzeptes der „balance of power that favors freedom,“ und dessen Verortung im außenpolitischen Diskurs der USA siehe Adam Qinn, „The Deal: The Balance of Power, Military Strength, and Liberal Internationalism in the Bush National Security Strategy,“ *International Studies Perspectives* 9, (2008): S. 40-56. Nach Quinns Ansicht vereinen sich in den strategischen Ansichten der Bush Administration zwei traditionsreiche Stränge amerikanischer Außenpolitik. Die liberal internationalistische Tradition Wilsons einerseits, und Theodore Roosevelts Politik der militärischen Stärke im Dienste des Guten, andererseits.

²⁷² Zitiert nach Quinn, „The Deal,“ S. 44.

5.3 Rice und der Irak-Krieg

„It [der Irak Krieg] is many things to many people: justified, callous, unilateral, long-overdue, hopeful, perilous. But one thing it is not is representative of a world view conditioned by classical realism.“²⁷³

Der Irak Saddam Husseins war das Exempel an dem die Bush Doktrin statuiert werden sollte. Die Bush Administration warnte, dass die Gefahr durch das Regime Saddam Husseins, und dessen Programm zur Entwicklung von WMD so groß und so immanent sei, dass präventives Vorgehen mittels Regimesturz unumgänglich sei. Der *Regime Change* würde nicht nur die Bedrohung durch Saddams WMD endgültig beseitigen, sondern auch einer demokratischen Entwicklung des Irak den Weg freimachen, die wiederum die Dynamik in der gesamten Region positiv verändern würde.

Die Idee eines Demokratiebringenden, präventiven Regimesturzes wurde nicht nur vom Großteil der internationalen Gemeinschaft abgelehnt sondern vor allem von den amerikanischen Realisten scharf kritisiert. Nicht so von Condoleezza Rice, die im Bereich der Irak-Politik neokonservative Ideen übernommen und beworben hat.

Im Folgenden sollen Rices Argumente zu Gunsten eines Regimesturzes mit jenen der Realisten kontrastiert werden. Anhand der Darstellung der realistischen Kritik an der Bush Doktrin, und dem Irak Krieg soll Rices Abkehr von realistischen Positionen illustriert werden.

Der *Regime Change* im Irak war seit der Verabschiedung des *Iraqi Liberation Act* 1998 Anliegen der offiziellen amerikanischen Außenpolitik, und hatte seinen Ursprung im neokonservativen Widerstand gegenüber der, als unentschlossen und nachgiebig, empfundenen, Irak-Politik Clintons. Hardliner aller Couleur hatten den, Ende der Neunziger, vom neokonservativen PNAC geforderten, Sturz Saddam Husseins, unterstützt.²⁷⁴ Eine ganze Reihe von ihnen hielt hohe Posten in der Bush Junior Administration. Dennoch stand ein militärisches Vorgehen gegen den irakischen Diktator zunächst nicht an prominenter Stelle deren Agenda, zumal innerhalb der Regierungsriege die Ansichten, was die konkrete Ausgestaltung des

²⁷³ Mazarr, „George W. Bush, Idealist,“ S. 503.

²⁷⁴ Vgl. S. 59ff in der vorliegenden Arbeit.

Regime Change anging, von *Containment* bis *Liberation* reichten.²⁷⁵ In Folge des 11. Septembers änderte sich dies schlagartig. Das Administrationsinterne Mächtegleichgewicht verlagerte sich zugunsten jener, die Saddams Regime und dessen Bestreben nach WMD, mittels Regimesturz, ein endgültiges Ende bereiten wollten. Mitte 2002 hatte der Regimewechsel im Irak die Jagd auf Osama Bin Laden als dringendstes Anliegen der Bush Administration abgelöst.²⁷⁶

Auch Condoleezza Rice die, die Doktrinen der Eindämmung und Abschreckung zu Wahlkampfzeiten noch als zentrale und wirksame Pfeiler der Irakpolitik dargestellt, und zu Amtsantritt für eine reformierte *Containment* Politik gegenüber dem Irak eingetreten war, erklärte diese Konzepte nur zwei Jahre später für wirkungslos und setzte sich stattdessen für einen Regimesturz zur Befreiung der irakischen Bevölkerung vom Joch Saddam Husseins ein.

Ihre Neueinschätzung lässt sich zum einen mit der Erfahrung der Verwundbarkeit erklären, die das Bedrohungspotenzial des Irak, für die Region und die USA, in ein anderes Licht stellte, und Amerikas Geduld gegenüber Husseins Rüstungsplänen beendete:

„[T]he Iraqi regime, [...] has defied the just demands of the world for over a decade. [...] The danger from Saddam Hussein’s arsenal is far more clear than anything we could have foreseen prior to September 11th. And history will judge harshly any leader or nation that saw this dark cloud and sat by in complacency or indecision.“²⁷⁷

Zum anderen resultierte dieser Wandel jedoch aus Rices Übernahme genuin neokonservativer Politikvorschläge sowie einer, ihrer ursprünglichen realistischen Ausrichtung zuwiderlaufenden, Neuinterpretation der Handlungszwänge internationaler Politik. Ersteres meint die, von neokonservativer Seite über Jahre kolportierte, Behauptung, wonach Saddam Hussein, so er in den Besitz von WMD gelangen würde, weder eingedämmt noch abgeschreckt werden könnte. Letzteres

²⁷⁵ S. 60ff in der vorliegenden Arbeit.

²⁷⁶ So war der Name Bin Ladens zu diesem Zeitpunkt aus den öffentlichen Stellungnahmen der Bush Regierung so gut wie verschwunden. Christian Hacke, *Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush* (Berlin: Ullstein, 2005), S. 655.

²⁷⁷ Rice in „A Balance of Power That Favors Freedom.“

bezieht sich auf die, der Bush Doktrin zugrunde liegenden, Hoffnung auf einen demokratischen Frieden in der Region des Nahen Ostens, und darüber hinaus.

Die Behauptung wonach die Politik des *Containment* gegenüber Saddam Hussein gescheitert und nicht mehr erneuerbar sei, reichte zumindest in die späten Neunziger zurück, als bekannte Neokonservative und Jacksonianer, den damaligen Präsident Clinton, zu einem Strategiewechsel aufgerufen hatten. Im Zentrum stand bereits damals die Bedrohung durch Saddams Programm zur Herstellung von WMD, das sowohl die Region als auch amerikanische Interessen gefährden würde. Sie warnten, dass Saddam seinen Bestand an – biologischen und chemischen - Massenvernichtungswaffen, seit dem Golfkrieg noch immer nicht abgerüstet habe, und einen Ausbau desselben um eine nukleare Option anstrebe. Das Inspektionsregime sei gescheitert, auf die Partner der Golfkriegskoalition kein Verlass, das Festhalten an der, im Zerfall begriffenen, *Containment* Politik keine Option:

„The policy of containment` of Saddam Hussein has been steadily eroding over the past several months. [...] Our ability to ensure that Saddam Hussein is not producing weapons of mass destruction [...] has substantially diminished. [...] Given the magnitude of the threat [...] [t]he only acceptable strategy is one that eliminates the possibility that Iraq will be able to use or threaten to use weapons of mass destruction. In the near term, this means a willingness to undertake military action as diplomacy is clearly failing. In the long term, it means removing Saddam Hussein and his regime from power.“²⁷⁸

Die neokonservative Skepsis gegenüber der *Containment* Strategie reicht, wie an anderer Stelle bereits dargestellt wurde, bis in die Zeit des Kalten Krieges zurück. Die Neokonservativen hatten die Politik der Eindämmung bereits gegen die Sowjetunion als inadäquat und gefährlich erachtet, und in den frühen Neunzigern sowohl in publizistischen Veröffentlichungen als auch in regierungsamtlichen Strategiepapieren, einen Strategiewechsel hin zu präemptiven bzw. präventiven Maßnahmen zu legitimieren gesucht.²⁷⁹ Nach dem 11. September nutzten sie

²⁷⁸ PNAC, „Letter to President Clinton on Iraq.“

²⁷⁹ Vgl. Kapitel 1.3.1 sowie 3.3.2 in der vorliegenden Arbeit.

schließlich, gemeinsam mit den Jacksonianern Cheney und Rumsfeld, den Krieg gegen den Terrorismus, um ein, aus ihrer Sicht längst überfälliges, militärisches Vorgehen gegen den Irak zu rechtfertigen.²⁸⁰ Neben dem Präsidenten selbst, übernahm auch seine Nationale Sicherheitsberaterin die Vermutung, wonach im Umgang mit Saddam Hussein die Politik der Eindämmung gescheitert sei, und, besonders in Hinsicht auf seine Verbindung mit denkbaren terroristischen Partnern, die Doktrin der Abschreckung nicht mehr funktionieren würde.

Diese Neueinschätzung stand im krassen Gegensatz zu Condoleezza Rices Stellungnahmen vor dem 11. September. Im Wahlkampf hatte sie, die Gefahr durch Saddam Husseins WMD noch als handhabbare Bedrohung beschrieben, und „a clear and classical statement of deterrence“²⁸¹ als effizientes Mittel dargestellt um diese unter Kontrolle zu halten. Im Sommer 2001 äußerte sie sich, bezogen auf eine reformierte *Containment* Strategie, ähnlich zuversichtlich, und gab sich realistisch was das Bedrohungspotential des irakischen Regimes anging:

„[I]n terms of Saddam Hussein being there, let's remember that his country is divided [...]. He does not control the northern part [...]. We are able to keep arms from him. His military forces have not been rebuilt.“²⁸²

Ein Jahr später hatte Rice ihre Sicht der Dinge geändert. Nunmehr erachtete sie den irakischen Diktator als einen unberechenbaren Akteur und, in Hinsicht auf sein Streben nach WMD, eine sich zuspitzende globale Bedrohung, zu deren Beseitigung, nicht erst auf einen Angriff gewartet werden dürfe. Aus der Realistin, war, was die Frage nach dem irakischen Bedrohungspotential betraf, eine Neokonservative geworden:

„There is no doubt that Saddam Hussein's regime is a danger to the United States and to its allies, to our interests. It is also a danger that is gathering momentum, and it simply makes no sense to wait any longer to do something

²⁸⁰ Für eine Analyse der Koalition aus Neokonservativen und Jacksonianern, deren unterschiedliche Motive und Ziele in Hinblick auf den Regimesturz, und die schwerwiegenden Folgen dieser weitgehend divergierenden Schwerpunktsetzung siehe Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 183 –194.

²⁸¹ Rice „Promoting the National Interest.“

²⁸² Rice in „CNN Late Edition with Wolf Blitzer: Rice Discusses Role of U.S. Military Overseas,“ *CNN*, 29. Juli 2001, <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0107/29/le.00.html> (abgerufen am 12. März 2009).

*about the threat that is posed here. This is a man who has attacked his neighbors twice, who represses his own people, who's tried to assassinate a former American president, who pays \$25,000 to Hamas bombers -- by the way, some of whom blew up Hebrew University and, with it, five Americans. [...] He poses a threat because he is trying to acquire the most terrible weapons [...] This is a regime that [...] will eventually want to blackmail the entire international community.*²⁸³

An anderer Stelle verdeutlichte sie: „Saddam has used weapons of mass destruction [...]. And continues to acquire them at an incredibly rapid pace. We tried containment, and it's clearly broken down.“²⁸⁴ Rices Alarmismus erreichte seinen Höhepunkt im September 2002, als sie mahnte: „there will always be some uncertainty about how quickly he can acquire nuclear weapons. But we don't want the smoking gun to be a mushroom cloud.“²⁸⁵

So pessimistisch Rice die Bedrohung durch Saddams WMD Programm, einschätzte, so hoffnungsvoll blickte sie einem Nahem Osten ohne Saddam Hussein entgegen, dessen Zukunft in der „*democratisation or the march of freedom in the Muslim world*“²⁸⁶ liegen würde. Rice übernahm hier das, insbesondere von Neokonservativen angeführte, Argument wonach der Sturz Saddam Husseins nicht nur einer Demokratisierung des Iraks sondern, einer demokratischen Reform in der gesamten Region, den Weg bahnen würde:

„Even greater opportunities will come once Hussein's criminal regime is replaced by an Iraqi government that is just, humane and built upon democratic principles. [...]

*[A] transformed Iraq can become a key element of a very different Middle East in which the ideologies of hate will not flourish.“*²⁸⁷

²⁸³ Rice in „CNN Late Edition with Wolf Blitzer: Interview with Condoleezza Rice,“ *CNN*, 8. September 2002, <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0209/08/le.00.html> (abgerufen am 12. März 2009).

²⁸⁴ Dieselbe zitiert in Lemann, „Without a Doubt.“

²⁸⁵ Dieselbe in Interview mit Wolf Blitzer, 2002.

²⁸⁶ Dieselbe zitiert in James Harding und Richard Wolffe, "We worry a good deal more... September 11 clarified the threats you face in the post-cold-war era": Condoleezza Rice Interview,“ *Financial Times*, 23. September 2002, <http://www.proquest.com/> (abgerufen am 15. März, 2009).

²⁸⁷ Condoleezza Rice, „Transforming the Middle East,“ *The Washington Post*, 7. August 2003, http://www.iraqwatch.org/government/US/WH/us-wh-rice-wp_oped-080703.htm (abgerufen am 23. März 2009).

Demnach würde ein befreiter demokratisierter Irak den Grundstein legen für einen – weil aus liberalen Gesellschaften bestehenden - dauerhaft stabilen, und amerikanischen Interessen wohlgesinnten, Mittleren Osten, der nicht nur dem islamistischen Terrorismus deutlich weniger Nährboden bieten würde, sondern auch eine Lösung des Israelisch-Palästinensischen Konfliktes in Reichweite rücken würde.²⁸⁸ Folglich sei die Verbreitung der Freiheit und Demokratie sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus humanitärer Perspektive im Interesse der USA. Rices Zuspruch für diese, von Skeptikern als wenig realistisch erachtete, demokratische Domino-Theorie ist insofern bemerkenswert als sich diese auf die Demokratische Friedens These gründet, die einer realistischen Perspektive der internationalen Beziehungen diametral entgegensteht.

5.3.1 Die Realisten vs. Condoleezza Rice

Die amerikanischen Realisten zählten dementsprechend zu den schärfsten Kritikern sowohl der Bush Doktrin als auch eines präventiven *Regime Change* im Irak. Sie kritisierten das geplante militärische Vorgehen gegen den Irak als gefährliche Ablenkung vom Krieg gegen den Terrorismus und kommentierten die hoffnungsvollen Erwartungen an einen demokratischen Irak als „*faith-based foreign policy*.“²⁸⁹ Die realistische Kritik reichte jedoch tiefer. Sie richtete sich auch gegen die theoretischen Grundlagen der Bush Doktrin, und ist für die vorliegende Arbeit insofern interessant als sie aufzeigt, dass Rice sich auch auf konzeptioneller Ebene von einer realistischen Perspektive der Internationalen Beziehungen abgewandt hat. Sowohl Brent Scowcroft, Rices ehemaliger Mentor, und enger Vertrauter von Bush Senior, als auch die beiden führenden Politikwissenschaftler John Mearsheimer und Stephen Walt brachten sich 2002 öffentlichkeitswirksam in die Debatte um den herannahenden Irak Krieg ein.

²⁸⁸ Die neokonservative Maxime „the road to Jerusalem runs through Bagdad,“ ging davon aus, dass der Sturz Saddam Husseins nicht nur einen äußeren Feind Israels entfernen sondern auch der terroristischen Bedrohung von innen einen wesentlichen Unterstützer entziehen würde. Als Konsequenz hätten die USA mehr Handlungsspielraum im Umgang mit Israel, und könnten Israel größere Zugeständnisse an die Palästinenser abverlangen. Als Resultat würde sich die Haltung der arabischen Staaten gegenüber Israel, und in weiterer Folge, die Lage der gesamten Region verbessern. Patrick Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik*, S. 205.

²⁸⁹ Robert Jervis, „Understanding the Bush Doctrine,“ *Political Science Quarterly* 118, 3 (2003): S. 365-388, hier S. 367.

Im Kontext der vorliegenden Arbeit soll die realpolitische Kritik auf vier Punkte zugespitzt werden, anhand derer Condoleezza Rices Abkehr von realistischen Positionen deutlich wird:

- Ein militärisches Vorgehen gegen Saddam Hussein steht in keinem nützlichen Zusammenhang zum Krieg gegen den Terrorismus und würde islamistischen Terrornetzwerken noch in die Hände spielen.
- Die Gefahr, die ein mit WMD gerüsteter Irak, für die USA und ihre Verbündeten bedeuten würde, wird von den Regimesturzbefürwortern übertrieben dargestellt, und ist durch die klassischen Strategien der Eindämmung und Abschreckung zu kontrollieren.
- Die Vorstellung einer, mittels militärischer Gewalt durchgeführten, Demokratisierung des Irak, geschweige den der gesamten Region, ist fehlerhaft und unterschätzt den Einfluss lokaler nationalistischer, ethnisch-religiöser und anti-amerikanischer Kräfte.
- Die der Bush Doktrin, zugrunde liegende „*bandwagoning*“ Logik, missversteht die Realitäten internationaler Politik, und wirkt sich negativ auf Stellung und Einfluss Amerikas in der Welt aus.

Wie die Advokaten des Regimesturzes, hielten auch ihre realpolitischen Kritiker den irakischen Machthaber für einen Despoten, der nach WMD strebte:

*„It is beyond dispute that Saddam Hussein is a menace. He terrorizes and brutalizes his own people. He has launched war on two of his neighbors. He devotes enormous effort to rebuilding his military forces and equipping them with weapons of mass destruction. We will all be better off when he is gone.“*²⁹⁰

Jedoch lehnten die Realisten eine militärische Invasion als unnötige und kostspielige Strategie im Umgang mit dem Irak dezidiert ab. Entgegen der Behauptung der Regierung Bush wonach der Irak die vorderste Front im Krieg gegen den Terrorismus wäre, erachtete der Realpolitiker Scowcroft, ein militärisches Vorgehen gegen Saddam Hussein als kontraproduktiv und eine gefährliche Ablenkung vom

²⁹⁰ Zitiert nach Brent Scowcroft, „Don’t Attack Saddam,“ *Wall Street Journal*, 15. August 2002, <http://www.opinionjournal.com/editorial/feature.html?id=110002133> (abgerufen am 20. März 2009).

Krieg gegen den Terrorismus. Ein militärisches Vorgehen gegen den Irak würde den Terroristen die Rekruten in die Hände treiben, und außerdem den Zerfall der Anti-Terrorkoalition bedeuten. Ein Krieg wäre kostspielig in Menschenleben und Geld, riskiere die Destabilisierung der gesamten Region, und würde eine jahrelange Truppenpräsenz nötig machen. Außerdem stünden die Kosten und Risiken einer Strategie des Regimesturzes in keinem Verhältnis zum erwartbaren Resultat oder zur gegenwärtigen Bedrohungssituation.²⁹¹

Denn, so ein zentrales realistisches Argument, Saddam sei keine neuartige Super-Bedrohung, sondern ein herkömmlicher Aggressor mit traditionellen Zielen, die nicht jenen der Terroristen entsprechen. Er strebt zwar die Kontrolle über die Region an, und investiert in diesem Zusammenhang in die Entwicklung von WMD, jedoch scheut er eine direkte Konfrontation mit den USA. In erster Linie ist er an seinem eigenen Machterhalt interessiert, und wird sich hüten eventuelle WMD an Terroristen weiterzugeben, geschweige denn diese selbst einzusetzen, zumal dies seine eigene Vernichtung bedeuten würde.²⁹²

Die Realisten Walt und Mearsheimer pflichteten der Regierung insofern bei, als sie konzedierte, dass, das zunehmend desolate UN Sanktionsregime Saddam, wohl nicht vom Erwerb von WMD abhalten werde können. Aber sie argumentierten, dass sich auch ein derart bewaffneter Irak der Logik nuklearer Abschreckung beugen müsse:

„The administration and its supporters may be right in one sense: a policy of containment may not be enough to prevent Iraq from getting nuclear weapons. Instead, only the conquest and permanent occupation of Iraq can guarantee that it will not acquire a nuclear arsenal. Yet there is no good reason why the United States cannot contain a nuclear Iraq, just as it contained the Sowjet Union during the Cold War. None of the nightmare scenarios invoked by preventive war advocates are likely to happen in the real world.“²⁹³

Weder die USA noch ihre Verbündeten müssten fürchten von einem nuklearen Irak erpresst zu werden, denn was im Kalten Krieg als *mutual assured destruction*

²⁹¹ Scowcroft, „Don't Attack Saddam.“

²⁹² Ebda.

²⁹³ Stephen M. Walt und John J. Mearsheimer, „An Unnecessary War,“ *Foreign Policy*, Januar/ Februar 2003, S. 51-59, hier S. 56.

funktioniert hatte, würde, angesichts des deutlich geringeren irakischen Waffenarsenals, als garantiert einseitige Vernichtung auf Saddam Hussein erst recht abschreckend wirken.

Die Realisten lehnten auch das zentrale neokonservative Argument, wonach der militärische Regimesturz, Anstoß für die demokratische Transformation der gesamten Region sein würde, als naive und wenig durchdachte Vorstellung ab. Der Glaube an die Attraktivität demokratischer Werte widerspricht zweien wesentlichen realistischen Ansichten: der überragenden Bedeutung des Gefühls nationaler Zugehörigkeit sowie der Tendenz zur Gegenmachtbildung. Ein Land ohne demokratische Tradition würde sich demnach, im Fall einer Besatzung durch eine fremde Macht, nicht auf die demokratische Idee, sondern auf ethnisch-religiöse oder nationale Identitäten besinnen:

„Realists tend to believe that the most powerful political ideology on the face of the earth is nationalism, not democracy. President Bush and his neo-conservative allies largely ignore nationalism. It is simply not part of their discourse. For them, the emphasis is constantly and emphatically on democracy, and they believe that invading countries to facilitate the spread of democracy is an attractive option. Realists, by contrast, think that nationalism usually makes it terribly costly to invade and occupy countries in areas like the middle east. People in the developing world believe fervently in self-determination, which is the essence of nationalism, and they do not like Americans or Europeans running their lives.“²⁹⁴

Mit dementsprechender Skepsis betrachteten die Realisten, die Idee eines demokratischen Domino-Effektes im Mittleren Osten.²⁹⁵ Realistische Denker hatten schon im Fall Vietnams die Vorstellung eines ideologischen „*cascading effect*“²⁹⁶ abgelehnt und argumentierten, dass was für den Kommunismus nicht funktioniert hatte, auch für die Demokratie nicht zutreffen würde. Aus realistischer Perspektive reagiert ein souveräner Staat, angesichts einer feindlichen Herausforderung, nicht

²⁹⁴ Zitiert nach John J. Mearsheimer, „Hans Morgenthau and the Iraq War.“

²⁹⁵ Kritik an dieser demokratischen Domino-Theorie kam auch aus dem amerikanischen Außenministerium, wurde jedoch von der Regierung mit dem Verweis auf die „soft bigotry of low expectations“ abgeschüttelt. Vgl.: Greg Miller, „Democracy Domino Theory ‘Not Credible’“ *Los Angeles Times*, 14. März 2003, <http://www.commondreams.org/headlines03/0314-06.htm> (abgerufen am 13. Dezember 2006).

²⁹⁶ Mearsheimer, „Hans Morgenthau and the Iraq War.“

damit sich der Übermacht anzuschließen um dies zum eigenen Vorteil zu nutzen (*bandwagoning*), sondern damit sich mit anderen zusammenschließen um dem Aggressor durch Gegengewichtbildung (*balancing*) Einhalt zu gebieten. Mit deutlichen Worten übersetzt Mearsheimer diese Auffassung, in eine umfassende Kritik des neokonservativen Weltbildes und der Bush Doktrin:

„Realists do not believe that we live in a bandwagoning world. On the contrary, realists tend to believe that we live in a balancing world, in which, when one state puts its fist in another state’s face, the target usually does not throw its hands in the air and surrender. Instead, it looks for ways to defend itself; it balances against the threatening state. Thus, realists predicted that Iran and North Korea would not react to an attack on Iraq by abandoning their nuclear programmes, but would work harder than ever to acquire a nuclear deterrent so as to immunise themselves from American power. Of course, this is exactly what has happened over the past two years, and there is no sign that either of the remaining members of the axis of evil is likely to cave into the Bush administration’s threats. Simply put, we live in a balancing world“²⁹⁷

Obwohl die Situation im Nachkriegsirak und die seitherigen regionalen sowie internationalen Entwicklungen, die Warnungen der Realisten weitgehend bestätigt haben, konnten die Regimesturzbefürworter den Richtungsstreit um die Irak-Politik letztlich für sich entscheiden. Diese Entwicklung verdankte sich, nicht zuletzt auch dem Zuspruch Condoleezza Rices für die Bush Doktrin, im allgemeinen, und für ein präventives Vorgehen gegen Saddam Husseins Regime, im speziellen.

²⁹⁷ Zitiert nach John J. Mearsheimer, “Hans Morgenthau and the Iraq War.“

5.5 Fazit

Die Gegenüberstellung von Rices Argumentation zu Gunsten eines *Regime Change*, und der realistischen Kritik an einer solchen Politik hat deutlich gemacht, dass Rice sich nach dem 11. September von wesentlichen realistischen Grundsätzen entfernt und neokonservative Annahmen über die Handlungszwänge internationaler Politik übernommen und beworben hat. Sie übernahm die neokonservative Behauptung wonach Saddam, so er in Besitz von WMD kommen würde, weder eingedämmt noch von deren Verwendung abgeschreckt werden könne, ohne zu erklären warum eine Doktrin die eine rivalisierende Supermacht für ein halbes Jahrhundert zu kontrollieren vermochte nicht auch gegen einen zwangsläufig unterlegenen Schurkenstaat funktionieren sollte. Rice gab sich auch überzeugt, dass so Saddam Hussein erst einmal entfernt worden sei, sich die Demokratie im Irak gewissermaßen von selbst ergeben würde. Dabei verabsäumte sie den, aus realistischer Perspektive weit mächtigeren ideologischen, Faktoren der ethnisch-nationalen Zusammengehörigkeit, Rechnung zu tragen, geschweige denn diese in die administrationsinterne Debatte einzubringen. Nicht zuletzt hat sich Condoleezza Rice von *dem* realistischen Konzept schlechthin – der Gegengewichtsbildung – abgewandt. Wenngleich die Formel der *Balance of Power* in ihren Stellungnahmen eine zentrale Rolle spielt, hat obige Analyse gezeigt, dass Rice, den der Bush Doktrin zugrunde liegenden, Anspruch auf amerikanische Vorherrschaft verinnerlicht und beworben hat. Wie die Neokonservativen hat auch Rice, darauf vertraut, dass die Macht des amerikanischen Militärs gepaart mit der Kraft der demokratischen Idee, althergebrachte Prinzipien realistischen Denkens außer Kraft setzen könne. Tatsächlich disziplinierte Amerikas Vorgehen gegen Saddam Hussein, weder die übrigen Mitglieder der Achse des Bösen, noch brachte es die europäischen Verbündeten dazu, sich auf die Vorteile amerikanischer Vorherrschaft zu besinnen. Sowohl der Iran, als auch Nordkorea verstärkten ihre Anstrengungen um eine nukleare Abschreckungsfähigkeit, und keine der übrigen Großmächte beteiligte sich an der Kampagne zum Regimesturz im Irak.

6 Madame Secretary

Die Entwicklungen in den Monaten und Jahren, nachdem George W. Bush den Irak-Krieg, als „*Mission Accomplished*,“²⁹⁸ voreilig für beendet erklärt hatte, betätigten viele der realistischen Befürchtungen. Die Bildung einer demokratischen Regierung ging nur schleppend voran, die Rivalitäten der drei großen irakischen Volksgruppen Kurden, Sunniten und Schiiten nahmen bürgerkriegsähnliche Ausmaße an. Islamistische Terroristen nutzten den Zerfall staatlicher Strukturen um sich im Land zu verbreiten und bestimmten mit ihren Anschlägen bald den irakischen Alltag. Die Opferzahlen stiegen auch auf amerikanischer Seite, und die Kosten für eine Befriedung des Landes überstiegen die Erwartungen der Administration bei weitem.²⁹⁹ Die Schwierigkeiten im Wiederaufbau und bei der Übergabe sicherheitspolitischer Verantwortung an die Iraker verdeutlichten die, an Inkompetenz grenzende, Konzeptlosigkeit der amerikanischen Verantwortlichen. Nicht zuletzt, diskreditierte die erfolglose Suche nach WMD das Argument über die Unmittelbarkeit der Bedrohung durch Saddam, was den Anti-Amerikanismus in weltweit ungekannte Höhen schnellen ließ.³⁰⁰

Trotz alledem bescheinigten die Amerikaner, George W. Bush, im November 2004, eine zweite Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten. Nur knapp zwei Wochen später verkündete dieser, dass Condoleezza Rice, Colin Powells Nachfolgerin im amerikanischen Außenministerium sein würde.

Kritiker innerhalb und außerhalb der Regierung waren sich einig, dass Rice in der Position der Nationalen Sicherheitsberaterin weitgehend versagt hatte. Als Nationale Sicherheitsberaterin, hätte ihre Aufgabe darin bestanden die Administrationsinternen Policy-Debatten in Richtung eines Endpunktes zu führen, eine Politikempfehlung an den Präsidenten abzugeben, und anschließend dafür zu sorgen, dass dessen Entscheidung innerhalb der Administration auch tatsächlich befolgt und durchgeführt wird.³⁰¹ Rice war nicht immer in der Lage diesen Auftrag zu erfüllen. Kritiker lasteten ihr an, den Prozess der Politikformulierung nicht stark genug an die Zügel

²⁹⁸ Dieser Schriftzug bildete die Kulisse als George W. Bush, auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln, das Kriegsende im Irak verkündete. Vgl. CNN, „Commander in Chief Lands on USS Lincoln,“ *CNN*, 2. Mai 2003, <http://edition.cnn.com/2003/ALLPOLITICS/05/01/bush.carrier.landing/> (abgerufen am 23. April 2008).

²⁹⁹ Thomas Fischermann, „Wie viel kostet der Irak-Krieg?“ *Die Zeit*, 16, 12. April 2006, http://www.zeit.de/2006/16/Kasten_Kriegskosten (abgerufen am 16. Jänner 2009).

³⁰⁰ Keller, *Neokonservatismus und Amerikanische Außenpolitik*, S. 215.

³⁰¹ Kurlantzick, S. 18.

genommen zu haben, und sich von Vize-Präsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld nicht nur überrollen gelassen, sondern deren Irak-Agenda kritiklos übernommen und beworben zu haben.³⁰² Rice hatte zwar zweifelsohne den besten Zugang zum Präsidenten. Anstatt sich jedoch, in kritischen Fragen, als dessen Gegengewicht zu etablieren, und seine politische Instinkte und Ideen zu hinterfragen, katalysierte sie diese in der Regel noch.³⁰³

Dementsprechend ging die Mehrheit der Beobachter davon aus, dass sich mit Condoleezza Rice im State Department der unilaterale und konfrontative Kurs der ersten Amtszeit fortsetzen würde.³⁰⁴ Tatsächlich bekannte sich Rice alsbald zum Projekt der politischen Transformation im Nahen und Mittleren Osten, deutete aber an, dass sie in der außenpolitischen Umsetzung desselben neue Akzente setzen würde. So verkündete sie in ihrer Anhörung vor dem amerikanischen Senat, „[T]he time for diplomacy is now,³⁰⁵ und signalisierte mit einer Personalrochade im Außenministerium, eine Rückkehr zu Pragmatismus in der amerikanischen Außenpolitik;³⁰⁶ eine Entwicklung die durch den Abgang, des Großteils der Neokonservativen aus der Regierung, zusätzlich begünstigt wurde. Das administrationsinterne Mächtegleichgewicht verschob sich zu Gunsten des Außenministeriums, und verringerte den Einfluss der Falken auf die Formulierung amerikanischer Außenpolitik.

Die Episode um die Ernennung von Rices Stellvertreter machte die neuen Machtverhältnisse deutlich. So blockierte Rice, die Berufung des, von Vize-Präsident Cheney vorgeschlagenen, konservativen Hardliners John Bolton und nominierte

³⁰² Glenn Kessler, *The Confidante: Condoleezza Rice and the Creation of the Bush Legacy* (New York: St. Martin's Press, 2007), S. 6-8, sowie Andrew Stephen, „The Fall of Condi,“ *New Statesman*, 6. September 2007, <http://www.newstatesman.com/politics/2007/09/british-rice-bush-state> (abgerufen am 23. März 2009), sowie Fred Kaplan, „Why Her Dreams Crashed: Rice's Worldview Flipped and Her Policies Flopped,“ *Washington Post*, 4. November 2007, außerdem Prados, „Blindsided or Blind?,“ Rothkopf, *Running the World*, S. 405ff, sowie Bumiller, S. 217-219.

³⁰³ Lemann, „Without a Doubt.“

³⁰⁴ Thomas Kleine-Brockhoff, „Das Burgfräulein vom Weißen Haus,“ *Die Zeit*, 48, 18. November 2004, http://www.zeit.de/2004/48/Rice_2fPerspektiven?page=all (abgerufen am 23. März 2009).

³⁰⁵ Condoleezza Rice in „Confirmation Hearing of Condoleezza Rice,“ *New York Times*, 18. Januar 2005, http://www.nytimes.com/2005/01/18/politics/18TEXT-RICE.html?_r=1&pagewanted=print&position= (abgerufen am 23. März 2009).

³⁰⁶ Rice berief eine Reihe ehemaliger Kollegen aus der Bush Senior Administration in wichtige Positionen im amerikanischen Außenministerium. Sie ernannte Robert Zoellick, James Bakers Stellvertreter in Bush Sen. Administration, zum *Deputy Secretary of State*, Phil Zelikow, Mitautor ihres Buches über die deutsche Wiedervereinigung, erhielt die einflussreiche Berater-Position des *Counselor*, Nicholas Burns wurde Undersecretary for Political Affairs, und Stephen Krasner, Mitbegründer des Studienfeldes der Internationalen Politischen Ökonomie, leitete fortan das Office of Policy Planning. Mabry, S. 259.

denselben - in einer für das Verhältnis der Bush Administration zu den Vereinten Nationen bezeichnenden Entscheidung - anstatt dessen für die Position des UN-Botschafters. Die Ernennung eines ausdrücklichen Kritikers der Vereinten Nationen sorgte für Empörung im In- und Ausland. Für Condoleezza Rice zählte, dass Bolton fortan damit beschäftigt sein würde Politikprogramme zu implementieren und nicht diese zu formulieren.³⁰⁷

Diese Anzeichen eines pragmatischen Kurswechsels, schlugen sich jedoch nicht in einer Moderation der außenpolitischen Agenda nieder. George W. Bush hatte die Förderung der Demokratie und Freiheit in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zur Priorität amerikanischer Außenpolitik, und einem zentralen Elemente im Kampf gegen den Terrorismus erklärt.³⁰⁸ In seiner zweiten Angelobungsrede formulierte er eine Vision, die jene der ersten Amtszeit an Idealismus und Ambition noch übertraf:

„It is the policy of the United States to seek and support the growth of democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world.“³⁰⁹

Rice nutzte ihre Rede vor dem Senat um George W. Bushs Freiheitsagenda zu erörtern: *„[W]e will unite the community of democracies, [...] we will strengthen the community of democracies [...] and [...] we will spread freedom and democracy throughout the globe.“*

Sie bezeichnete, unter anderem, den Iran und Nordkorea als *„outposts of tyranny“* und plädierte für ein entschlossenes Vorgehen gegenüber deren Streben nach Atomwaffen: *„We must remain united in insisting that Iran and North Korea abandon their nuclear weapons ambitions and choose instead the path of peace.“³¹⁰*

Schließlich bekräftigte Rice noch Bushs Vision eines demokratisch transformierten Nahen Ostens:

³⁰⁷ Mabry, S. 260. Sowie Kessler, S. 34-35, und Bumiller, S. 255.

³⁰⁸ Programmatisch siehe hierzu George W. Bush, „President Bush Discusses Freedom in Iraq and Middle East Remarks by the President at the 20th Anniversary of the National Endowment for Democracy,“ verfügbar auf *The National Endowment for Democracy*, 6. November 2003, <http://www.ned.org/events/anniversary/20thAniv-Bush.html> (abgerufen am 27. Februar 2009).

³⁰⁹ George W. Bush, „President Bush's Second Inaugural Address,“ verfügbar auf *National Public Radio*, 20. Jänner 2005, <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=4460172> (abgerufen am 27. Februar 2009).

³¹⁰ Condoleezza Rice in „Confirmation Hearing of Condoleezza Rice.“

„As long as the broader Middle East remains a region of tyranny and despair and anger, it will produce extremists and movements that threaten the safety of America and our friends. [...] The future of this region is to live in liberty. Our task and our duty is to unite around a vision and policies that will spread freedom and prosperity around the globe.“³¹¹

Rices Prioritätenliste für das Amt der Außenministerin bildet den Leitfaden für die nachfolgenden Ausführungen. Diese sollen beleuchten, ob und in welchen Politikbereichen Rice, in ihrer Funktion als Außenministerin, zu realistischen Einschätzungen zurückgekehrt ist, und wie sich diese in ihrem diplomatischen Engagement niedergeschlagen haben.

Zu diesem Zweck befasst sich die Analyse zunächst mit dem Projekt der politischen Transformation im Nahen Osten. Im Zentrum steht jene bemerkenswerte Rede in Kairo, die Rice nutzte um, die verbündeten autokratischen Regime in der Region, dazu anzuhalten ihre politischen Systeme zu öffnen und freie Wahlen zuzulassen.

Danach widmet sich die Arbeit der Nationalen Sicherheitsstrategie 2006. Das Dokument markierte eine außenpolitische Schwerpunktverlagerung der Administration, die anhand von Rices Vorgehen, gegenüber den verbleibenden Mitgliedern der Achse des Bösen, illustriert werden soll. Nordkorea und der Iran, und das Ringen um deren Nuklearprogramme, sollten zu den beiden bestimmenden Themen von Rices Amtszeit als Außenministerin werden. In beiden Fällen läutete Rice einen pragmatischen Kurswechsel ein, der anhand von Personalentscheidungen und diplomatischen Initiativen dargestellt werden soll. Im Bereich der Nordkoreapolitik wird der Weg zum *Denuclearization Action Plan* nachgezeichnet, mit dessen Verabschiedung Rice einen diplomatischen Erfolg verbuchen konnte. In Bezug auf den Iran - mit dem ein vergleichbarer Verhandlungserfolg, nicht zuletzt, aufgrund der widersprüchlichen Strategie der Bush Administration, ausblieb - werden insbesondere die Entwicklungen ab Herbst 2006 von Interesse sein, die innenpolitisch, von der Veröffentlichung des Berichts der „*Iraq Study Group*,“ sowie der Neubesetzung des Amtes des Verteidigungsministers, eingeläutet wurden.

³¹¹ Rice in „Confirmation Hearing of Condoleezza Rice.“

6.1 Rice und die Diplomatie der Transformation

Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte Rice die Formel der „*transformational diplomacy*“³¹² geprägt, und damit auszudrücken gesucht, dass sich die amerikanische Außenpolitik, unter ihrer Ägide, weit über das bloße Management von Krisen hinaus, allen voran der Forcierung demokratischer Reformen widmen würde.³¹³ Dem Konzept unterlag die der Bush Doktrin implizite, und im Wilsonianismus wurzelnde, Hoffnung, dass der Fortschritt der Freiheit, besonders in der Region des Nahen Ostens, auch die Sicherheit der USA erhöhen würde. Die repressiven politischen Systeme in der Region würden den islamistischen Extremismus nähren, und den Terrornetzwerken die Rekruten in die Hände treiben. Langfristig könnten nur demokratische Reformen dieser Situation entgegenwirken, weshalb die USA diese fortan unterstützen würden, wo immer sie stattfinden.

Praktische, und vor allem öffentlichkeitswirksame, Anwendung fand das Konzept der „*transformational diplomacy*,“ im Rahmen ihrer ersten Ägyptenreise als Außenministerin. Das autokratisch regierte Land galt seit Jahrzehnten als wichtiger Verbündeter der USA in der Region. Im Zuge des Kriegs gegen den Terrorismus, stieg dessen Stellenwert zusätzlich; und das, obwohl das amerikanische Außenministerium Mubaraks Regime massiver Menschenrechtsverletzungen bezichtigte.³¹⁴ Rice trat das Amt der Außenministerin mit dem Anspruch an, dieser Doppelbödigkeit ein Ende zu bereiten.

Als Ägypten, Anfang 2005, einen Oppositionspolitiker verhaftete, sagte Rice einen geplanten Staatsbesuch kurzerhand ab, und holte diesen, erst nach der Freilassung desselben, im Juni 2005 nach.³¹⁵ Internationales Aufsehen erregte die Außenministerin jedoch mit ihrer Rede an der Amerikanischen Universität in Kairo. Hier kündigte sie das Ende der, von den USA, seit Jahrzehnten, praktizierten Realpolitik in der Region an, und forderte, als erste Außenministerin in der Geschichte des Amtes, die arabischen Verbündeten explizit auf demokratische Reformen zuzulassen und zu forcieren:

³¹² Rice zitiert in Bumiller S. 254.

³¹³ Ebda.

³¹⁴ Kessler, S. 91.

³¹⁵ Ebda. S. 92ff.

„For 60 years, my country, the United States, pursued stability at the expense of democracy in this region here in the Middle East -- and we achieved neither. Now, we are taking a different course. We are supporting the democratic aspirations of all people. [...] Throughout the Middle East, the fear of free choices can no longer justify the denial of liberty. It is time to abandon the excuses that are made to avoid the hard work of democracy. [...] The Egyptian Government must fulfill the promise it has made to its people -- and to the entire world -- by giving its citizens the freedom to choose. Egypt's elections, including the Parliamentary elections, must meet objective standards that define every free election.“³¹⁶

Für die vorliegende Arbeit sind Rices Worte, nicht nur interessant, weil sie ein historisches Novum darstellen, sondern vor allem weil die Realistin auch hier der realistischen Perspektive eine dezidierte Absage erteilte. Denn, die von den USA, seit Jahrzehnten praktizierte und, an der Stabilität befreundeter autokratischer Regime orientierte Nah-Ost Politik, gründete sich auf dem realpolitischen Kalkül, dass eine Demokratisierung der arabischen Gesellschaften den strategischen Interessen der USA zuwiderlaufen könnte, indem sie islamistischen und anderen anti-amerikanischen Kräften an die Macht verhelfen könnte. Die Konsequenzen für den arabisch-israelischen Friedensprozess, aber auch für die Nonproliferationspolitik wären verheerend. Aus Sicht der Realisten kann die amerikanische Nah-Ost Politik entweder darauf setzen ihre Wilsonschen Werte in der Region zu verbreiten, oder ihre sicherheitspolitischen Interessen sichern. Beides auf einmal sei jedoch nicht möglich.³¹⁷

6.2 Die Nationale Sicherheitsstrategie 2006

Im März 2006 verabschiedete die Administration ihre Nationale Sicherheitsstrategie für die zweite Amtszeit.³¹⁸ Obwohl das Papier rhetorische Ähnlichkeit zu seinem

³¹⁶ Condoleezza Rice, „Remarks at the American University in Cairo,“ *US Department of State*, 20. Juni 2005, verfügbar unter <http://www.gees.org/documentos/Documen-458.pdf> (abgerufen am 27. März 2009).

³¹⁷ Für eine realpolitische Kritik an dem Projekt der Demokratieverbreitung im Nahen Osten siehe Jeffrey Goldberg, „Letter from Washington: Breaking Ranks: What Turned Brent Scowcroft Against the Bush Administration?.“ Vgl. auch Peter Rudolf, „Die ‚Strategie der Freiheit‘ im Nahen und Mittleren Osten: Rhetorik und Realität amerikanischer Politik,“ *Stiftung Wissenschaft und Politik-Aktuell*, 53, (Dezember 2003).

³¹⁸ The White House, *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington DC: März 2006).

Vorgänger aufwies – insofern, als es liberale Ideen wie die Verbreitung der Demokratie betonte und angesichts der Bedrohung durch Tyrannei und Terrorismus die Doktrin der Präemption bekräftigte³¹⁹ - kamen Beobachter zu dem Schluss, dass die Außenpolitik, in ihrer Substanz, doch eine andere sein würde. Das Papier unterstrich die Arbeit mit den Alliierten, sowie die Bedeutung der Diplomatie, und bezeichnet die Anwendung militärischer Gewalt als äußerstes Mittel. Aus Sicht John Mearsheimers spiegelte die NSS den verringerten Einfluss der Falken nieder – „*the teeth are much less prominent*“³²⁰ - deren Ansichten im Vorgängerdokument noch vorherrschend gewesen waren. Es ließ sich eine Abkehr von der Betonung militärischer Gewalt ablesen. In Hinblick auf die Proliferationsbestrebungen des Irans und Nordkoreas stellt das Dokument die Verfolgung diplomatischer Initiativen in den Vordergrund. Gleichzeitig bezeichnet es den Iran als größte Herausforderung amerikanischer Sicherheitsinteressen, und stellt, so ein diplomatischer Erfolg ausbleiben sollte, eine Konfrontation zumindest als Option dar.³²¹ Was den Charakter einer möglichen Konfrontation anging blieb das Papier vage, und stellt damit die Weichen für jene Strategie der Ambivalenz die auch Condoleezza Rices Iranpolitik prägen sollte.

6.3 Rice und der Iran – Zwischen *Regime Change* und *Behaviour Change*

Seit der Iran 1979 die islamische Republik ausgerufen hat, stellt das Land mit seinem, Politik und Religion explizit verbindenden, und der liberalen amerikanischen Tradition zuwiderlaufenden, Gemein- und Staatswesen, eine Herausforderung für die amerikanische Außenpolitik dar.³²² Im Zuge des Krieges gegen den Terrorismus, intensivierte sich, nach anfänglicher Annäherung, die gegenseitige Bedrohungswahrnehmung zusätzlich. Als Condoleezza Rice ihr Amt als Außenministerin antrat, stand der Iran ganz oben auf der amerikanischen Agenda, zumal sich die USA zunehmend mit einer, von ihren eigenen Interventionen im Irak und in Afghanistan, gestärkten, den regionalen Status quo herausfordernden, und Israel sowie die arabischen Verbündeten bedrohenden, Macht konfrontiert sahen.

³¹⁹ Ebda. S. 18.

³²⁰ Mearsheimer spielt hier auf seine Bezeichnung der Bush Doktrin als „*Wilsonianism with teeth*“, an. John Mearsheimer zitiert in Linda Feldmann und Mark Sappenfield, „In US Security Plan More Realism,“ *Christian Science Monitor*, 17. März 2006, <http://www.csmonitor.com/2006/0317/p01s03-usfp.html?s=widep> (abgerufen am 6. April 2009).

³²¹ NSS 2006, S. 20f.

³²² Rudolf, „Die ‘Strategie der Freiheit im Nahen und Mittleren Osten’,“ S. 2.

Aus Sicht der USA äußerte sich das Vormachtstreben unter anderem im iranischen Urananreicherungsprogramm, von dem Washington vermutete, dass es, entgegen allen iranischen Bekundungen über dessen friedliche Natur, militärischen Zwecken dienen würde.³²³ Während die verbliebenen Falken den Sturz des Regimes bzw. einen Militärschlag auf iranische Nuklearanlagen forderten, war Rice als Außenministerin nunmehr dafür verantwortlich eine militärische Konfrontation zu verhindern. Im Folgenden soll ihr Vorgehen gegenüber dem Iran analysiert werden, wobei das Atom-Poker im Zentrum der Ausführungen stehen soll. Es wird zunächst darum gehen die Entstehung der Krise zwischen 2001 und 2005 nachzuzeichnen. Danach werden vor allem die Entwicklungen ab Herbst 2006 von Interesse sein, die innenpolitisch von der Veröffentlichung des *Iraq Study Group Reports* und der Ernennung von Robert Gates zum neuen Verteidigungsminister, eingeläutet wurden und im Zuge derer, Rice eine realistische Kurskorrektur unternahm. Obwohl es ihr letztlich gelang eine militärische Eskalation zu vermeiden, blieb eine Verhandlungslösung mit dem Iran am Ende aus. Ein Scheitern das nicht zuletzt einer Strategie der Ambivalenz geschuldet ist, die gleichzeitig nach *Regime Change* und einer diplomatischen Lösung strebte, am Ende jedoch keines von beiden erwirkte.

Obwohl Condoleezza Rice sich bei Amtsantritt explizit zu diplomatischem Engagement bekannt hatte, war sie als Außenministerin der Bush Administration mit einem entscheidenden Problem konfrontiert: Deren Abneigung gegenüber direkten Verhandlungen mit feindlich gesinnten Staaten. Der Iran galt in Washington als Teil der Achse des Bösen, und der Regimewechsel war, trotz des Fiaskos im Irak, unter Regierungshardlinern, als nachhaltige Strategie der Non-Proliferation, nach wie vor auch gegen den Iran eine Option. Rice, die den präemptiven Militärschlag gegen den Irak leidenschaftlich verteidigt hatte, war als Außenministerin dafür verantwortlich eine militärische Konfrontation mit dem Iran zu verhindern. Dabei war sie mit einem Problemkomplex konfrontiert, zu dessen Entstehung das Vorgehen der Bush Regierung während der ersten Amtszeit beträchtlich beigetragen hatte.

Als die Bush Administration ihr Amt antrat, dauerte die amerikanische Isolationspolitik gegenüber der islamischen Republik bereits zwei Jahrzehnte an. Umso begrüßenswerter war der Prozess der Annäherung, der sich zwischen den

³²³ Peter Rudolf, „Die Iran-Politik der Bush Administration,“ *Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell*, 25 (April 2007), http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3893 (abgerufen am 3. April 2009).

beiden Staaten unmittelbar nach den Terroranschlägen abzuzeichnen begann. Der Iran war kein Freund der Taliban und leistete den amerikanischen Truppen in Afghanistan logistische Unterstützung. Mit der Verkündung der Bush Doktrin, und der Nennung des Irans als Teil der Achse des Bösen verschlechterten sich die Beziehungen jedoch rapide.³²⁴ Entfremdet und besorgt vom amerikanischen Vorgehen im Irak, wandte sich der Iran im Mai 2003, mit einem umfassenden Gesprächsangebot an die Bush Administration.³²⁵ Diese schlug, berauscht von der, zu diesem Zeitpunkt noch erwartungsgemäß verlaufenden, Regimesturzkampagne im Irak, das Angebot aus und begann anstatt dessen vom Iran als nächsten auf der Liste zu sprechen.³²⁶ Die Bush Doktrin war Programm, jedoch reagierte der Iran, ähnlich wie Nordkorea, nicht gemäß der *bandwagoning* Logik sondern entsprechend dem realistischen *balancing* Mechanismus. Die amerikanische Reaktion stärkte nicht nur politische Hardliner im Land - eine Entwicklung die, im Juli 2005, in der Präsidentschaftswahl des konservativen Nationalisten Mahmud Ahmadinedschads gipfelte - sondern erhöhte, unter Eindruck der eigenen Verwundbarkeit, auch Teherans Motivation, sich eine nukleare Kapazität zuzulegen.³²⁷

Erst 2002 hatte die iranische Führung zugegeben seit 18 Jahren heimlich an der Herstellung von waffenfähigem Material zu arbeiten. Mit dem Hinweis als Unterzeichnerstaat des Atomwaffensperrvertrags (NPT) ein Anrecht auf ein ziviles Nuklearprogramm zu haben, intensivierte sie nunmehr die Arbeit an ihrem Urananreicherungsprogramm.

Besorgt von den möglichen Konsequenzen - der Iran könnte unter den Bestimmungen des NPT, völlig legal das Wissen um die Herstellung von waffenfähigem Material erwerben, nur um schließlich aus dem Vertrag auszutreten und ein Atomwaffenarsenal herzustellen - initiierten die EU-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) Verhandlungen mit Teheran. Die Bush Administration erachtete die europäische Initiative, Irans nukleare Bestrebungen, mittels wirtschaftlichen Anreizen, einzubremsen jedoch als aussichtslos, und

³²⁴ David Hastings Dunn, „Real Men Want to Go to Tehran`: Bush Preemption and the Iranian Nuclear Challenge,“ *International Affairs* 83, 1 (2007): S. 19-38, S. 22f.

³²⁵ Der Iran erklärte sich bereit über, lang gestellte, amerikanische Forderungen, wie die Kooperation im Bereich der Terrorismusbekämpfung und im Irak, die Akzeptanz Israels, die Einstellung der Unterstützung palästinensischer Milizen, die Unterstellung des Nuklearprogramms unter IAEA Safeguards, zu verhandeln, wenn umgekehrt Themen wie der Zugang zur friedlichen Nutzung von Nukleartechnologie bzw. iranische Sicherheitsinteressen diskutiert würden. Kessler, S. 185.

³²⁶ Dunn, S. 19f.

³²⁷ Dunn, S. 24.

weigerte sich ihre Isolationspolitik aufzugeben.³²⁸ Dahinter stand die Kalkulation, dass sich der Iran, ohne die Teilnahme der USA, auf keine Verhandlungslösung einlassen würde, und so letztlich nur mehr eine militärische Option übrig bleiben würde.

Mit Condoleezza Rices Antritt zur Außenministerin zeichnete sich ein schrittweiser Kurswechsel ab. Zum einen bemühte sie sich, die Iran-Politik der Autorität des State Departments zu unterstellen, um so den Einfluss der Regimesturzfraktion zu mindern. Zum anderen berief sie, mit Nicholas Burns, einen Pragmatiker zum Verantwortlichen bei den Verhandlungen um das iranische Nuklearprogramm, und signalisierte damit ihr Interesse an einem weniger ideologischen Ansatz.³²⁹ Bemüht eine internationale Koalition gegen den Iran zu schmieden, überzeugte sie Bush außerdem, den Gesprächen der EU-3, seine Unterstützung auszusprechen. Rice selbst engagierte sich in der Zwischenzeit dafür, die Iran-Akte, von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), vor den UN-Sicherheitsrat zu transferieren, um den Iran mittels Sanktionen unter Druck setzen zu können.³³⁰

Während Rice damit beschäftigt war die versäumten Jahre der ersten Amtszeit aufzuholen, begannen sich im Nahen Osten neue Realitäten abzuzeichnen. Anstatt die regionalen Machtverhältnisse dauerhaft zu Gunsten der USA zu verändern, hatte das Irak-Experiment die Grenzen amerikanischer militärischer Macht aufgezeigt, und als unbeabsichtigte Konsequenz, die Position des Iran gestärkt.³³¹ Mit der Präsidentschaftswahl Ahmadinedschads verschärfte sich nicht nur der Konflikt um das Nuklearprogramm. Der Iran begann sich zunehmend als strategischer Herausforderer der USA in der Region zu gebärden. Als die iranische Führung Anfang 2006 bekannt gab, ihr Urananreicherungsprogramm, fortan außerhalb des IAEA-Safeguardsregimes weiterverfolgen zu wollen, sahen sich die USA mit der Perspektive eines erstarkten, nach Atomwaffen strebenden, Iran konfrontiert, dessen Unterstützung für die palästinensische Hamas, die Hisbollah im Libanon und die

³²⁸ So hatte John Bolton, der Ende 2004 noch im Außenministerium für den Bereich Rüstungskontrolle zuständig war, für einen diplomatischen Eklat mit den Europäern gesorgt, als er, im Gespräch mit den europäischen Gesandten, deren Initiative als sinnloses Manöver abgetan hatte. Bumiller, S. 258.

³²⁹ Laura Rozen, „Condi’s Conundrum“, *The Washington Monthly* 39, 4 (April 2007): 38-42.

³³⁰ Kessler, S. 186f.

³³¹ Rudolf, „Die Iran-Politik der Bush Administration.“

Schiitischen Milizen im Irak, die regionale Ordnung und amerikanische Interessen zu untergraben, drohte.³³²

Angesichts des iranischen Hegemoniestrebens brach in der Bush Administration der altbekannte Richtungsstreit von neuem aus. Auf der einen Seite standen die „*behavior changers*,“³³³ unter ihnen Brent Scowcroft und Rices Mitarbeiter im State Department, die auf diplomatisches Engagement und Verhandlungen setzten, auf der anderen Seite waren die „*regime changers*,“³³⁴ die gegenüber dem Iran eine Weiterführung der Isolationspolitik forderten. Um sich diplomatischen Spielraum zu schaffen, und sich gleichzeitig die Hardliner vom Leib zu halten, versuchte Rice die beiden Standpunkte miteinander zu vereinen.

Sie signalisierte der Regimesturzfraktion Unterstützung, und dem iranischen Regime ihre Antipathie, indem sie beim amerikanischen Kongress um 85 Mio. \$ ansuchte, die pro-demokratischen Bewegungen im Iran zu Gute kommen sollten. Gleichzeitig erreichten ihre diplomatischen Avancen im Mai 2006 einen Höhepunkt, als sie dem Iran, dessen Nuklearprogramm nunmehr vom UN Sicherheitsrat debattiert wurde, direkte Gespräche in Aussicht stellte, so dieser seine Urananreicherung für die Dauer derselben einstellen würde. Während Rice damit eine grundsätzliche Abkehr von 27 Jahren amerikanischer Isolationspolitik gegenüber dem iranischen Regime, signalisierte, baute sie mit der Forderung nach einem Halt der Anreicherungsaktivitäten jedoch einen Vorbehalt in das Angebot ein, der die Aussichten auf iranisches Entgegenkommen minimierte.³³⁵

Während diese Strategie der Ambivalenz gut funktionierte um die Falken in der Regierung in Zaum zu halten, stellten sie sich gegenüber dem Iran als kontraproduktiv heraus. Ermutigt vom Chaos im Irak, und gleichzeitig verunsichert von der anhaltenden amerikanischen Ambivalenz, zeigte Teheran keine Eile dem Angebot nachzukommen, und setzte in der Zwischenzeit seine Nukleararbeit unbeirrt fort.³³⁶

³³² Rozen, S. 39.

³³³ Rozen, ebda.

³³⁴ Dieselbe, ebda.

³³⁵ Kessler, S. 196-205.

³³⁶ Vgl. Ebda.

6.3.1 Die *Iraq Study Group*, Robert Gates und die Rückkehr zum Realismus

Unter Eindruck der sich kontinuierlich verschlechternden Situation im Irak, setzte der amerikanische Kongress im März 2006 eine unabhängige, aus fünf Republikanern und fünf Demokraten bestehende Expertenkommission, ein. Unter der Führung des Republikaners James Baker, dem ehemaligen Außenminister und engen Vertrauten von George Bush Senior, sollte die, so genannte, *Iraq Study Group*, die Lage im Irak unter die Lupe nehmen, und der Administration Vorschläge für eine Stabilisierung bringen. Die Kommission versammelte eine illustre Runde, unter ihr, einige jener anerkannten, Vertreter des republikanischen außenpolitischen Establishments deren Rat, George W. Bush bisher entweder ignoriert oder ausgeschlagen hatte.³³⁷ Obwohl auch der *Iraq Study Group* Report zunächst auf wenig Gegenliebe in der Regierung stieß, markierte er letztlich den Beginn einer realistischen Kehrtwende in der Außenpolitik der Bush Administration, die durch die Ernennung, des Kommissionsmitglieds, Robert Gates zum neuen Verteidigungsminister, zusätzlich Aufwind erhielt.

Die *Iraq Study Group* signalisierte das Widererstarken der Traditionalisten in der amerikanischen Außenpolitik. Als, im Dezember 2006, der lang erwartete Bericht, erschien, ließen die Autoren keine Zweifel daran, dass sie das bisherige Vorgehen der Administration für gescheitert hielten: *Current US Policy is not working [...] Making no changes in policy would simply delay the day of reckoning [...]*.³³⁸ Sie verlangten einen radikalen, von realistischen Einschätzungen, geprägten Kurswechsel, und erteilten nicht nur Bushs idealistischer Demokratisierungsagenda eine deutliche Absage, sondern schienen, zumal ihre Ausführungen Fragen diplomatischer Natur weit mehr Aufmerksamkeit schenkten als jenen militärischer, auch Rices Performance als Außenministerin zu rügen.

Neben einer Änderung der Mission der amerikanischen Streitkräfte und einem schrittweisen Truppenabzug, forderte der Report nämlich eine neue diplomatische Offensive in der Region, die neben der Einbindung aller relevanten Akteure auch

³³⁷ Thomas Kleine-Brockhoff, „Papa Ante Portas,“ *Die Zeit*, 47, 16. November 2006, <http://www.zeit.de/2006/47/Bush-Vater-Sohn> (abgerufen am 18. April 2009).

³³⁸ Zitiert nach James A. Baker III und Lee Hamilton, et.al., *The Iraq Study Group Report* (United States Institute of Peace, 2006), http://www.usip.org/isg/iraq_study_group_report/report/1206/iraq_study_group_report.pdf (abgerufen am 18. April 2009), S. 30.

direkte und vorbehaltlose Gespräche mit dem Iran und Syrien beinhalten sollte.³³⁹ Ferner hielt er die Administration an, den Nah-Ost Konflikt wieder auf ihre Agenda setzen, und sich um die Umsetzung einer Zwei-Staaten Lösung bemühen.³⁴⁰ Insgesamt liefen die 79 Empfehlungen auf einen grundlegenden Strategiewechsel hinaus, wobei das Ziel der Demokratieverbretung, demonstrativ außen vor gelassen und, nur an einer einzigen Stelle erwähnt wurde: „*Most of the region's countries are wary of US efforts to promote democracy in Iraq and the Middle East.*“³⁴¹ Die Botschaft an die Bush Administration war klar. Sie musste sich entscheiden, ob sie Stabilität im Irak oder Demokratie im Nahen Osten wollte. Wie ihr eigenes Vorgehen schmerzlich gezeigt hatte, war beides auf einmal keine Option.

Der Bericht stieß sowohl international als auch in der amerikanischen Bevölkerung auf Wohlwollen. In Washington fiel er jedoch auf taube Ohren. Weder Bush noch Rice, von der man angesichts ihrer ursprünglichen Nähe zum Realismus, und dem offensichtlichen Versagen der neokonservativen Bush Doktrin, annehmen durfte, sie würde der Argumentation etwas abgewinnen können, waren bereit einzulenken:

*„[A]s we address the future of Middle East, the importance of the democratic reforms [...] will continue to be a centerpiece, or perhaps the centerpiece, of the administration's foreign policy. [And] in both Syria and Iran you have states that have chosen to be on the side of the divide that is fueling extremism not moderation.“*³⁴²

Tatsächlich wurde jedoch hinter den Kulissen längst an einer Kurskorrektur gearbeitet. Der herben republikanischen Niederlage in den Kongresswahlen im November 2006 war, mit der Ernennung von Robert Gates zum neuen Verteidigungsminister, eine Personalrochade gefolgt, deren Signalwirkung nicht zu übersehen war.³⁴³ Der frühere CIA-Chef und stellvertretende Sicherheitsberater von Bush Senior, hatte die Irakpolitik der Bush Administration wiederholt kritisiert und als Mitglied der *Iraq Study Group* an der Erstellung alternativer Strategien und

³³⁹ Baker und Hamilton, S. 37f.

³⁴⁰ Ebda, S. 39.

³⁴¹ Ebda, S. 24.

³⁴² Rice zitiert in Mabry, S. 295.

³⁴³ Ludwig Greven, „Realist ersetzt Krieger“, *Zeit Online*, 9. November 2006, <http://www.zeit.de/online/2006/46/Gates?page=1> (abgerufen am 13. April 2009).

Auswegsmöglichkeiten mitgearbeitet. Regierungsbeobachter versprachen, sich von Gates Ankunft im Pentagon eine, weit über die Irak-Politik hinausgehende, Rückkehr zu Realismus und Pragmatismus in der amerikanischen Außenpolitik.³⁴⁴

Ihre Erwartungen sollten sich bestätigen. Mit Rumsfelds Abgang und Gates Amtsantritt, verlagerte sich das administrationsinterne Mächtegleichgewicht, das während der ersten Amtszeit zu Gunsten der Neokonservativen gekippt war, erneut, und verschaffte nunmehr dem realistischen Flügel der Administration neue Geltung. Dass es sich bei der Bush Administration nicht mehr um eine neokonservative sondern eine realistische handelte, ließ sich am weiteren Vorgehen gegen den Iran vor allem aber an der Nordkoreapolitik ablesen.

Robert Gates hatte in der Vergangenheit die Iranpolitik der Bush Administration mehrmals öffentlich in Frage gestellt und in einer Studie, aus dem Jahr 2004, deren kategorische Ablehnung direkter Verhandlungen, mit der iranischen Führung, als Fehler kritisiert.³⁴⁵ Wie sich zeigen sollte, nahm sich Condoleezza Rice den Rat ihres Kollegen, spät aber doch, zu Herzen.

Nachdem Rice im Februar 2007 ein diplomatischer Durchbruch mit Nordkorea gelungen war,³⁴⁶ kündigte sie wenige Zeit später an, zum Zweck der Stabilisierung im Irak, sowohl mit Syrien als auch dem Iran in direkte Gespräche eintreten zu wollen, ein Vorgehen das sie wenige Monate zuvor noch explizit ausgeschlossen hatte.

Was das Ringen um Irans Nuklearprogramm betraf, hatte Rice, mit der Verabschiedung der ersten internationalen Sanktionen gegen den Iran im Dezember 2006, und einer weiteren Resolution im Mai 2007, erste Erfolge für ihre Entscheidung, das Problem in multilateralem Rahmen zu behandeln, verbuchen können.³⁴⁷ Die Tatsachen vor Ort, waren jedoch nicht mehr zu ihrem Gunsten. Der Iran hatte das Jahr, seit Rices erstem bedingtem Gesprächsangebot, genutzt um die Anzahl seiner Zentrifugen von ein paar Dutzend auf 1,400 zu erhöhen.³⁴⁸ Eine

³⁴⁴ Gary G. Sick im Interview mit Bernard Gwertzman, „Interview: Sick: Expect ‘Realism and Pragmatism’ From Gates in Pentagon,“ *Council on Foreign Relations*, 9. November 2006, <http://www.cfr.org/publication/11963/> (abgerufen am 13. April 2009).

³⁴⁵ Vgl. ebda.

³⁴⁶ Für eine Analyse von Rices Nordkoreapolitik siehe Kapitel 6.4 der vorliegenden Arbeit.

³⁴⁷ Kessler S. 240.

³⁴⁸ Helene Cooper und David E. Sanger, „Iran Strategy Stirs Debate at White House,“ *The New York Times*, 16. Juni 2007, <http://www.nytimes.com/2007/06/16/washington/16diplo.html> (abgerufen am 20. April 2009).

Entwicklung die, Hardliner innerhalb und außerhalb der Regierung dazu veranlasste Rices Strategie für gescheitert, und eine militärisches Vorgehen zur einzig nachhaltigen Option, zu erklären. Neokonservative Publikationen titelten „*The Case for Bombing Iran*,“³⁴⁹ und auch aus der Umgebung des Vize-Präsidenten waren martialische Töne zu vernehmen. John Bolton machte die Stimmung unter den Falken deutlich: „*Regime change or the use of force are the only available options to prevent Iran from getting a nuclear weapons capability.*“³⁵⁰

Auch George W. Bush scheute nicht vor scharfer Rhetorik zurück. Er warnte, dass, so es dem Iran erlaubt würde sein Nuklearprogramm ungehindert weiterzuentwickeln, der Ausbruch des „Dritten Weltkrieg“³⁵¹ drohen würde und gab sich entschlossen eine iranische Atombombe um jeden Preis verhindern zu wollen.

Ende 2007, wurde den Kriegsadvokaten jedoch unerwartet der Wind aus den Segeln genommen, als im so genannten *National Intelligence Estimate: Iran - Nuclear Intentions and Capabilities* -, alle 16 amerikanischen Geheimdienstagenturen zu dem Schluss kamen, dass Teheran seinen Bau von Atomwaffen bereits 2003 eingestellt hatte.³⁵² Der Bericht entzog Bushs Kriegsrhetorik die Basis, und bot Rice diplomatischen Spielraum, jenen Verhandlungserfolg, den sie im Februar 2007 mit Nordkorea verzeichnen konnte, auch mit dem Iran zu wiederholen.

Das Resultat ihrer Bemühungen trat etwa sechs Monate später, im Sommer 2008, zu Tage, als George W. Bush entschied den dritthöchsten Diplomaten des *State Departments* William Burns an Gesprächen zwischen den Europäern und dem Iran teilnehmen zu lassen, und damit die ersten offiziellen diplomatischen Kontakte der beiden Länder, seit Ausrufung der Islamischen Republik, autorisierte. Seiner Entscheidung war Rices Unterschrift eines erneuten Angebots der P5+1 (fünf Vetomächte und Deutschland) an den Iran vorausgegangen. In dessen Zentrum stand die Formel „Freeze for Freeze,“ der nach, formelle Gespräche stattfinden

³⁴⁹ Norman Podhoretz, „The Case For Bombing Iran,“ *Commentary Magazine*, Juni 2007, <http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm/the-case-for-bombing-iran-10882> (abgerufen am 20. April 2009).

³⁵⁰ John R. Bolton zitiert in Cooper und Sanger.

³⁵¹ Bush zitiert in Michael Schlieben und Wiebke Eden-Fleig, „Weltkriegsrhetorik,“ *Zeit Online*, 18. Oktober 2007, <http://www.zeit.de/online/2007/43/bush-weltkrieg-presseschau> (abgerufen am 20. April 2009).

³⁵² Josef Joffe, „Paukenschlag in Washington,“ *Zeit Online*, 5. Dezember 2007, <http://www.zeit.de/online/2007/49/usa-iran-nic-bericht> (abgerufen am 13. April 2009).

würden, so die Iraner die Urananreicherung sechs Wochen lang nicht ausbauen; und die sechs Mächte im Gegenzug keine neuen Sanktionen beantragen würden.³⁵³

Obwohl von den Hardlinern heftig kritisiert, stellte diese Kehrtwende hin zu einer Politik der Annäherung Bushs und Rices Eingeständnis dar, dass die Politik der Isolation, ähnlich wie gegenüber Nordkorea, auch gegenüber dem Iran gescheitert war. Darüber konnte auch Rices anhaltend scharfe Rhetorik nicht hinwegtäuschen, die Dialog mit dem Iran als „pointless“ bezeichnete und betonte: „*For the sake of peace, the world must not allow Iran to have a nuclear weapon.*“³⁵⁴ Genau an dieser anhaltenden Ambivalenz scheiterte die Administration jedoch letztlich auch.

Zweifelsohne war die Iranpolitik der Bush Administration, auch dank Rices Engagement als Außenministerin weit gekommen. Es ist nicht zu unterschätzen, dass wenige Monate vor dem Ende ihrer Amtszeit, Vertreter des großen Satans gemeinsam mit Repräsentanten der Achse des Bösen an einem Tisch saßen. Am Ende kam die Wende jedoch zu spät und wurde auch halbherzig durchgeführt. Anders als gegenüber Nordkorea, lehnte es die Administration gegenüber dem Iran bis zuletzt ab, die Sicherheitsinteressen des iranischen Regimes in direkten Gesprächen zu adressieren geschweige denn anzuerkennen.

6.4 Rice und Nordkorea – Zurück in die Zukunft

Der Irak und der Iran waren nicht die einzigen Schurkenstaaten die, die Bush Administration nach dem 11. September ins Visier nahm. Auch das kommunistische Regime Nordkoreas, und vor allem dessen Programm zur Entwicklung von Nuklearwaffen wurden fortan, aus dem Blickwinkel des Kriegs gegen den Terrorismus gesehen. Wie gegenüber dem Iran setzten sich auch hier die Hardliner gegenüber den Pragmatikern durch. Die fortan verfolgte Isolationspolitik verhinderte nicht nur eine Annäherung der Konfliktparteien, sondern, machte von der Clinton Administration erreichte Fortschritte noch zunichte.

³⁵³ Matthias Nass, „Hochmütig auf dem Persischen Teppich,“ *Zeit Online*, 25.11.2008, <http://www.zeit.de/online/2008/30/atomstreit-iran-usa> (abgerufen am 22. April 2009).

³⁵⁴ Rice zitiert in Helene Cooper und Isabel Kershner, „Rice Calls Dialogue with Iran Pointless,“ *New York Times*, 4. Juni 2008, <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C07E5DC143DF937A35755C0A96E9C8B63&sec=&spon=&pagewanted=1> (abgerufen am 13. April 2009).

Als Condoleezza Rice 2005 das Amt der Außenministerin übernahm, stand der Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm ganz oben auf ihrer Agenda, und wurde noch drängender als sich Nordkorea 2006, mittels Nuklearwaffenexplosion, zu einer faktischen Atommacht erklärte. Unter Eindruck der veränderten Machtdynamik innerhalb der Administration, veranlasste Condoleezza Rice einen pragmatischen Kurswechsel in der amerikanischen Nordkoreapolitik, der, im Rahmen der multilateralen Sechs-Parteiengespräche, im Februar 2007, in der Verabschiedung des *Denuclearization Action Plan* gipfelte.

Das kommunistische Regime Nordkoreas, und, das diplomatische Tauziehen um, dessen Programm zur Entwicklung einer nuklearen Abschreckungsfähigkeit begleiten die amerikanische Außenpolitik bereits seit mehr als einem Vierteljahrhundert. Die Demokratische Volksrepublik Nordkorea hatte in den Achtzigern mit der Entwicklung von Nuklearwaffen begonnen, und damit nicht nur das globale Nonproliferationsregime in Frage gestellt, sondern auch der Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlauf in der Region Tür und Tor geöffnet. Die Bemühungen um eine friedliche Lösung dieses Konfliktes standen seither ganz oben auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft. Ein erster diplomatischer Durchbruch war der Clinton Administration, mit dem bilateral abgeschlossenen Genfer Rahmenabkommen 1994 gelungen, das die De-Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel zum Ziel hatte.³⁵⁵

Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes, die sich im Zuge der Bemühungen der Regierung Clinton, aufgetan hatte, verschwand jedoch mit der Amtsübernahme George W. Bushs. Bereits bei dessen Amtsantritt war klar gewesen, dass die USA zukünftig eine härtere Gangart gegenüber Nordkorea pflegen würden. Das Genfer Rahmenabkommen fiel dem *Anything But Clinton* Prinzip zum Opfer.³⁵⁶ Die Bush Regierung wertete es als das Ergebnis nordkoreanischer Erpressung, und verachtete es als lästiges Erbe der Clinton Präsidentschaft. Die Falken in der Administration sahen die Zeit der Diplomatie vorüber, und forderten anstelle von Clintons Dialog eine Verstärkung der *Containment*- und Isolationspolitik mit dem Ziel Jong-ils Regime zum Kollaps zu bringen. Die Pragmatiker, allen voran Außenminister

³⁵⁵ Martin Schipany, „The Agreed Framework` 1994 und der `Denuclearization Action Plan` 2007 – Ein Vergleich,“ (Diplomarbeit, Universität Wien, 2007), S. 54ff.

³⁵⁶ Chung-in Moon und Yong-Yun Bae, „The Bush Doctrine and the North Korean Nuclear Crisis,“ S. 18f.

Powell befürworteten die Fortsetzung von Clintons Verhandlungen. Ein administrationsinterner *Policy Review* kam letztlich zu dem Ergebnis, dass Clintons Bemühungen, zur Umsetzung des Rahmenabkommens und zur Beendigung des nordkoreanischen Raketenprogramms, durch einen „*broad agenda*“ Ansatz, der neben den Nuklear- und Raketenprogrammen auch Menschenrechtsfragen und die nordkoreanische Militärpräsenz adressieren werde, erweitert werden müsse.³⁵⁷

Nachdem sich also die Beziehungen bereits vor dem 11. September verschlechtert hatten, spitzte sich die Lage nach den Terroranschlägen weiter zu. Mit seiner Bezeichnung Nordkoreas als Mitglied der Achse des Bösen,³⁵⁸ machte Bush klar, dass im Zuge des Kriegs gegen den Terrorismus auch Nordkorea ins amerikanische Zielfernrohr rücken würde. Im *Nuclear Posture Review* 2002 nannte die Administration, Nordkorea als eines von sieben Ländern, das als Ziel eines Nuklearwaffeneinsatzes in Frage käme.³⁵⁹ Die NSS 2002 implizierte das Land außerdem als mögliches Ziel eines Präemptivschlages. Nordkorea reagierte mit der Reaktivierung seiner Atomanlagen, und seinem Austritt aus dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag.

Ende 2002 kollabierte, zum Wohlwollen der Regierungsfalken, das Genfer Rahmenabkommen endgültig.³⁶⁰ Im Mittelpunkt der amerikanischen Nordkorea-Politik stand fortan die Forderung nach *complete, verifiable and irreversible disarmament of nuclear programs* (komplette, nachweisbare und unumkehrbare Abrüstung, fortan CVID), ohne dem es zukünftig weder bilaterale Gespräche, noch politische Zugeständnisse geben würde. Die diplomatischen Beziehungen wurden ausgesetzt, und würden erst dann wieder aufgenommen werden, wenn Nordkorea sich auch im Bereich der Menschenrechte Handlungswillig zeigen würde.³⁶¹

³⁵⁷ Schipany, S. 80ff.

³⁵⁸ George W. Bush, „State of the Union Address,“ 2002.

³⁵⁹ Schipany, S. 86.

³⁶⁰ Als Nordkorea die Existenz eines, in einem amerikanischen Geheimdienstbericht behaupteten, geheimen Urananreicherungsprogramms, mit dem Hinweis auf die anhaltende feindliche und bedrohliche Haltung der Bush Administration zugab, sahen sich die Falken in ihrer Behauptung wonach Nordkorea nicht zu trauen sei, bestätigt, und setzten sich mit ihrer Forderung nach einer sofortigen Einstellung der Gespräche durch. Kessler, S. 68f.

³⁶¹ Schipany, S. 90.

Obwohl die USA ab August 2003 an den, mit einer diplomatischen Lösungsfindung befassten, Sechs-Parteiengesprächen teilnahmen,³⁶² hielten sie weiterhin an der Forderung nach CVID fest, und verhinderten so während der nächsten beiden Jahre jegliche Fortschritte in den multilateralen Verhandlungen.

Condoleezza Rices Ankunft im State Department markierte jedoch den Beginn einer realistischen Kurskorrektur in der amerikanischen Nordkoreapolitik. Obwohl sie diese, mit ihrer Bezeichnung Nordkoreas, als „*outpost of tyranny*,“ zunächst noch rhetorisch zu kaschieren suchte, offenbarte ihre Entscheidung den Pragmatiker, Christopher Hill, zum Chef-Unterhändler bei den Sechs-Parteiengesprächen zu nominieren, ihr Interesse an einer diplomatischen Lösungsfindung.³⁶³

Deutlich ersichtlich wurde der grundlegende Wandel in der amerikanischen Haltung, im September 2005, als, im Zuge der Sechs-Parteiengespräche, mit der Verabschiedung des so genannten *Joint Statement* ein erster Verhandlungsdurchbruch erreicht werden konnte. Unter Rices Ägide waren die USA von ihrer früheren Forderung der CVID abgerückt, und hatten Nordkorea die Möglichkeit einer parallelen Vorgehensweise, in deren Kontext nordkoreanische Abrüstungsschritte von amerikanischen Zugeständnissen begleitet würden, in Aussicht gestellt.³⁶⁴ Das *Joint Statement* enthielt die Verpflichtung Nordkoreas sein Nuklearwaffenprogramm aufzugeben. Im Gegenzug wurde Pjöngjang die Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen, zu den USA und Japan, sowie die Errichtung einer regionalen Sicherheitsstruktur, die den formalen Kriegszustand auf der Halbinsel zukünftig ersetzen sollte, eröffnet.

Die Freude um diesen Verhandlungserfolg währte nicht allzu lang, zumal sich die von Rice verfolgte Politik auch weiterhin durch eine gewisse Ambiguität auszeichnete. Während die USA im *Joint Statement*, Nordkoreas Souveränität und Sicherheitsinteressen prinzipiell anerkannt hatten, ließen sie nicht davon ab den

³⁶² Auf den ersten Blick stellt die Teilnahme an diesem diplomatischen Forum eine Abkehr von der, für die Bush Administration so charakteristischen, Tendenz zu unilateralem Vorgehen dar. Laut Jervis ist die amerikanische Insistenz das nordkoreanische Atomprogramm multilateral zu verhandeln, jedoch vielmehr eine Folge deren Unilateralismus. Die USA hatten dieses Vorgehen nicht in Konsultation mit den übrigen Teilnehmern entwickelt, und teilweise gegen deren Widerstand verfolgt. „Multilateralism here is purely instrumental, a way to avoid giving what the United States regards as a concession to North Korea and a means to further weakening and isolating it, despite others believing this is unwise.“ Zitiert nach Jervis, „Understanding the Bush Doctrine,“ S. 347.

³⁶³ Hill war ein Protegé von Clintons UN-Botschafter Richard Holbrook, und war während der Clinton Administration maßgeblich an den Dayton Friedensverhandlungen beteiligt gewesen. Kessler, S. 72f.

³⁶⁴ Wade L. Huntley, „Waiting to Exhale: The Six-Party Talks Agreement,“ *Simons Centre for Disarmament and Non-Proliferation Research*, 21. September 2005, <http://liu.xplorex.com/sites/liu/files/Publications/waitingtoexhale.pdf> (abgerufen am 1. April 2009), S. 3f.

Druck auf das Regime mittels Sanktionen zu erhöhen. Als Washington - auf der Banco Delta Asia in Macao liegende - nordkoreanische Konten in Höhe von 24 Millionen Dollar, mit der Begründung des Verdachts auf Geldwäsche, einfror, verließen die Nordkoreaner die Sechs-Parteiengespräche.³⁶⁵ Während Nordkorea auf seinem Boykott der multilateralen Verhandlungen beharrte, lehnten die USA, von Pjöngjang geforderte, bilaterale Gespräche zur Lösung der Banco Delta Asia Problematik ab. Die Situation eskalierte als Nordkorea im Oktober 2006 einen Atomwaffentest durchführte, und damit die Anzahl der Atommächte auf neun erhöhte.³⁶⁶

Das Ereignis sorgte für ein Wiederaufleben des diplomatischen Prozesses. Nordkorea kehrte zu den Sechsergesprächen zurück, ohne auf der Lösung des Banco Delta Asia Konfliktes zu beharren, und USA revidierten ihre lang gehegte Ablehnung bilateraler Verhandlungen.³⁶⁷ Im Februar 2007 wurde im Rahmen der Sechs-Parteiengespräche der *Denuclearization Action Plan* verabschiedet, der einen diplomatischen Durchbruch in der nordkoreanischen Nuklearkrise darstellte. Das Abkommen soll die Umsetzung des Joint Statements in Gang zu bringen, und damit den Beginn eines Lösungsprozesses des Konflikts um das nordkoreanische Atomprogramm markieren.

6.5 Fazit

Das sechste und letzte Kapitel hat sich der Frage gewidmet, inwiefern Condoleezza Rice im Amt der Außenministerin zu den Prinzipien einer realistischen Außenpolitik zurückgekehrt ist. Das Augenmerk lag auf Rices Nordkorea- und Iran-Diplomatie, wobei für die Beantwortung der Frage vor allem die Entwicklungen ab Herbst 2006 von Interesse waren. Die Analyse hat bestätigt, dass die, mit der Ernennung von Robert Gates zum Verteidigungsminister, einhergegangene Widererstarkung traditioneller realistischer Kräfte in der amerikanischen Außenpolitik, sich auch auf Condoleezza Rices Verhandlungshaltung in den Konflikten um das nordkoreanische

³⁶⁵ Das fortwährende Bestehen von Kim Jong-ils Regime hängt innenpolitisch vom Zuspruch der Eliten ab, den sich das Regime mittels Bereitstellung finanziellen Wohlstandes sichert und so das System stabilisiert. Steffen Richter, „Den Untergang Verhindern,“ *Zeit Online*, 22. Dezember 2006, <http://www.zeit.de/online/2006/52/nordkorea-atomruestung?page=1> (abgerufen am 1. April 2006).

³⁶⁶ Schipany, S. 111ff.

³⁶⁷ Vgl. ebda, S. 116ff.

und iranische Atomprogramm ausgewirkt hat. Im nordkoreanischen Atompoker schlug sich Rices Kurskorrektur in einem diplomatischen Durchbruch nieder, dem jedoch, mit dem Nukleartest Nordkoreas, eine Eskalation vorausgegangen war, die Rice verhindern hätte können, so sie nicht zunächst versucht hätte die Forderungen der Hardliner in ihre Politik mit einfließen zu lassen. Eine Taktik die, auch ihr Vorgehen gegenüber dem Iran bis zuletzt geprägt, und sich am Ende als kontraproduktiv herausgestellt hat.

Die Bush Administration hatte im Zuge des Kriegs gegen den Terrorismus, auch die Iran- und Nordkoreapolitik der Logik der Bush Doktrin unterworfen. Regierungshardliner porträtierten deren nicht-demokratische Verfasstheit als Wurzel allen Übels, und einen Regimewechsel als einzige Möglichkeit dem Bedrohungspotential beizukommen. Doch wie im Irak, scheiterte die Bush Doktrin auch gegenüber den verbliebenen Mitgliedern der Achse des Bösen.

Im Fall Nordkorea verhinderte, die während der ersten Amtszeit verfolgte, Isolationspolitik, nicht nur Fortschritte in den multilateralen Verhandlungen, sondern spielte Kim Jong-ils Politik des äußersten Risikos noch in die Hände; der die nächsten Jahre nutzte um sein Atomprogramm unvermindert weiterzuentwickeln. Ähnlich verhielt es sich mit der Führung in Teheran, die, entgegen den Vermutungen der Bush Administration, unter Eindruck des Sturzes Saddam Husseins, nicht die Hände in die Luft warf sondern ihre nuklearen Anstrengungen noch verstärkte.

Mit Condoleezza Rices Antritt zur Außenministerin fand die Politik des Verharrens zumindest gegenüber Nordkorea ein Ende. Sie entwarf einen Verhandlungsansatz, der sich – ihren realistischen Wurzeln entsprechend - an den Realitäten nordkoreanischer Interessen orientierte und ideologische Erwägungen nachreichte. Obwohl das *Joint Statement* die Erfolgsträchtigkeit eines pragmatischen Kurses bestätigte, versäumte Rice die Gelegenheit sich, im Anschluss an dessen Verabschiedung, zwischen einer Politik des Dialogs und der Isolation zu entscheiden. Die anhaltende Ambivalenz trug dazu bei, dass Nordkorea schließlich, mittels Nukleartest, zum äußersten ging. Erst angesichts dieser Eskalation, und unter Eindruck des innenpolitischen Erstarkens realistischer Kräfte, gab Rice die Politik der Isolation endgültig auf, und ermöglichte durch das nachfolgende bilaterale Engagement, die Verabschiedung des *Denuclearization Action Plan*, der einen

diplomatischen Durchbruch im Ringen um das nordkoreanische Atomprogramm darstellte.

Jene strategische Ambivalenz, die bereits in der Nordkoreapolitik negativ zum Tragen gekommen war, schlug sich auch in der Konfrontation um das iranische Nuklearprogramm zu Rices Nachteil nieder. Rice orientierte sich in ihren diplomatischen Avancen gegenüber dem Iran deutlich an den Forderungen der – in der zweiten Amtszeit zwar deutlich minimierten, aber nach wie vor lautstark vertretenen - Regimesturzfraktion, und enthielt sich damit selbst dringend benötigten Verhandlungsspielraum vor. Anstatt sich einer diplomatischen Lösungsfindung im Nuklearstreit mit dem Iran zu widmen, war Rice allen voran damit beschäftigt, die Falken in der Regierung davon abzuhalten in der Region einen weiteren Krieg vom Zaun zu brechen.

Nachdem mit Robert Gates ein ausgesprochener Kritiker der bisherigen Iranpolitik, das amerikanische Pentagon übernommen hatte, unternahm Rice auch gegenüber dem Iran Schritte in Richtung einer diplomatischen Öffnung. Ein ähnlich grundlegender Wandel im amerikanischen Verhandlungsansatz, wie ihn Condoleezza Rice in der Nordkorea-Diplomatie in Gang gebracht hatte, blieb gegenüber dem Iran allerdings aus. Zwar fanden wenige Monate vor dem Ende ihrer Amtszeit die höchsten diplomatischen Kontakte der beiden Staaten seit 30 Jahren statt. Anders als im Fall Nordkorea war Rice gegenüber dem Regime im Iran nicht bereit ideologische Faktoren nachzureihen und dessen Sicherheitsinteressen anzuerkennen.

7. Schlussresümee

Zweck der vorliegenden Arbeit war es die außenpolitischen Vorstellungen, der ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaterin und amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice, vor dem Hintergrund der beiden außenpolitischen Denkströmungen des Realismus und des Neokonservatismus zu analysieren. Die Untersuchung folgte der These, dass sich Rice, die als außenpolitische Realistin in die Administration von George W. Bush gekommen ist, unter Eindruck der Anschläge des 11. Septembers und des einhergehenden Einflussgewinns neokonservativer Kräfte, von den Prinzipien einer realistischen Außenpolitik ab- und neokonservativen Ideen zugewandt hat, nur um angesichts der Widererstarkung realistischer Stimmen, im Amt der Außenministerin, wieder zu realistischen Einschätzungen zurückzugelangen.

Um der Untersuchung einen theoretischen Rahmen zu geben, ging es zunächst darum, den Realismus und den Neokonservatismus als wichtige Strömungen im außenpolitischen Diskurs der USA darzustellen. Dabei lag das Augenmerk auf deren philosophiegeschichtlichen und ideologischen Grundlagen einerseits, und deren Konzeptionen über Rolle und Aufgaben der USA in der Welt andererseits. Die Analyse hat gezeigt, dass, obwohl beide Denkströmungen in der Republikanischen Partei beheimatet sind, sich ihre Vorstellungen über die Ziele amerikanischer Außenpolitik, und die Art der Umsetzung derselben diametral entgegenstehen. Realisten befürworten eine bedachtsame, am nationalen Interesse, und der Aufrechterhaltung internationaler Stabilität orientierte, Machtpolitik und sehen in der Tendenz zur Gegenmachtbildung jenen Mechanismus der im internationalen System Ordnung schafft. Die Neokonservativen dahingegen erachten die militärische Vorherrschaft der USA als Garant für internationale Stabilität und Sicherheit, und propagieren eine auf amerikanischer Macht basierende Weltordnungspolitik mit dem Ziel der Verbreitung von Freiheit und Demokratie in der Welt. Während Realisten idealistischen Eifer in der Außenpolitik ablehnen, und besonders beim Einsatz des Militärs Behutsamkeit einmahnen, verbindet sich in den neokonservativen Vorstellungen die, im amerikanischen Exzeptionalismus begründete, idealistische Überzeugung von Amerikas besonderer Rolle und speziellen Verpflichtungen in der Welt, mit dem Ruf nach dem Einsatz uneingeschränkter, aus multilateralen Einbindungen befreiter, amerikanischer Macht.

Wie sich gezeigt hat, spielten diese konzeptionellen Differenzen bereits während des Kalten Krieges eine Rolle. Obwohl realistische Prämissen die amerikanische Sowjetpolitik nachhaltig prägten, zogen besonders die Neokonservativen gegen eine realpolitische Perspektive der Supermachtrivalität ins Feld. In der Person Ronald Reagans fanden sie jene Verbindung von moralischer Klarheit und militärischer Entschlossenheit die sie gesucht hatten, weshalb sie sich fortan auch als Reagan Flügel der Republikanischen Partei begriffen.

Condoleezza Rices frühe Karriere stand mit ihrem Studium der Sowjetunion, ihrer intensiven Auseinandersetzung mit Fragen militärischer Macht und ihrer Sozialisation mit dem realpolitischen Flügel der Republikanischen Partei in prononciert realistischer Tradition. Nachdem Rice unter dem Realisten Josef Korbel, das Werk Morgenthau und die sowjetische Geschichte studiert hatte, widmete sich ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit vor allem Fragen des sowjetischen Militärs und des Warschauer Pakts. Aus akademischen Veröffentlichungen sowie diversen Stellungnahmen geht hervor, dass Rice das ideologische Prisma der Neokonservativen fremd war. Obwohl sie unter Ronald Reagan ihre ersten Erfahrungen in Washington sammelte, blieb sie fest im realistischen *Balance-of-Power* Flügel verhaftet. Dafür sorgte auch Brent Scowcroft, damaliger Nationaler Sicherheitsberater und Doyen realistischer Außenpolitik. Dieser holte Rice, 1989, in den Nationalen Sicherheitsrat von George H. W. Bush. Als Expertin für sowjetische Angelegenheiten unterstützte Rice das, von realistischer Achtsamkeit geprägte, internationale Vorgehen der Bush Senior Administration und erlebte den Zusammenbruch ihres Studienobjektes aus nächster Nähe mit.

Im Wahlkampf 2002 kehrt Rice auf die politische Bühne zurück. Als Bushs Chefberaterin für Außenpolitik war sie für die Koordination eines ideologisch facettenreichen Beraterteams, und die Ausarbeitung eines möglichst integrativen außenpolitischen Programms zuständig. Rice präsentierte sich als Realpolitikern par Excellence, bemühte sich jedoch den Graben zwischen den beiden Lagern der Republikanischen Partei nicht zu groß werden zu lassen. Sie plädierte zwar für eine Rückkehr zum traditionell außenpolitischen Anliegen des strategischen Interesses, und räumte der Großmacht- und Bündnispolitik Priorität, vor Menschenrechts- und

Demokratiepolitischen Anliegen, ein. Gleichzeitig vergewisserte sie, mit ihrer Bekräftigung der speziellen Rolle der USA in der Welt und ihrem Bekenntnis zu einer Politik des *Regime Change* im Irak, die (neo-)konservativen Hardliner im Bush Team.

Als sich, unter Eindruck der Anschläge des 11. Septembers 2001, in der Bush Administration neokonservative Ideen als handlungsleitend etablieren konnten, vollzog Condoleezza Rice, wohl auch unter dem Eindruck von George W. Bushs missionarischen Eifer, eine überraschende Wandlung. Sie verschrieb sich, in Bezug auf den Irakkrieg und den Mittleren Osten, der Verteidigung und Umsetzung der neokonservativen Bush Doktrin, und rückte damit von den wesentlichen Grundsätzen einer realistischen Außenpolitik ab. In ihrer Funktion als Nationale Sicherheitsberaterin gab Rice dem Einfluss der Hardliner um Vize-Präsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld nach. Sie nahm deren Irak-Agenda nicht nur kritiklos hin, sondern brachte sich mit - wie sich im Nachhinein herausstellen sollte - maßlos übertrieben Warnungen über das irakische Bedrohungspotential, auch selbst öffentlichkeitswirksam in die Kampagne zum Regimesturz ein.

Die Darstellung der realistischen Kritik am Irak-Krieg verdeutlichte, dass sich Condoleezza Rice auch auf konzeptioneller Ebene von einer realistischen Perspektive der Internationalen Beziehungen entfernt hat. Nicht zuletzt hat sie sich von *dem* realistischen Konzept schlechthin – der Gegengewichtsbildung – abgewandt. Wenngleich die Formel der *Balance of Power* in ihren Stellungnahmen nach wie vor eine zentrale Rolle spielte, bewarb Rice fortan, den der Bush Doktrin zugrunde liegenden, Anspruch auf amerikanische Vorherrschaft. Wie die Neokonservativen hat auch Rice, darauf vertraut, dass die Macht des amerikanischen Militärs gepaart mit der Kraft der demokratischen Idee, althergebrachte Prinzipien realistischen Denkens außer Kraft setzen könne. Tatsächlich disziplinierte Amerikas Vorgehen gegen Saddam Hussein, weder die übrigen Mitglieder der Achse des Bösen, noch brachte es die europäischen Verbündeten dazu, sich auf die Vorteile amerikanischer Vorherrschaft zu besinnen.

Wie die Ausführungen gezeigt haben, begann sich mit Rices Antritt im Amt der Außenministerin eine außenpolitische Akzentverlagerung abzuzeichnen. Zwar bekräftigte die Administration die ideologische Politik der ersten Amtszeit rhetorisch auch weiterhin, Rices personelle Entscheidungen im Bereich der Iran- und

Nordkoreapolitik signalisierten jedoch eine Rückkehr zu außenpolitischem Pragmatismus, der sich allerdings nur im Falle Nordkoreas erfolgreich niederschlug. Den Hintergrund zu dieser zaghaften Kurskorrektur boten ohne Zweifel die veränderten administrationsinternen Mächteverhältnisse der zweiten Amtszeit. Die Neokonservativen, die, während der ersten Amtszeit über die Hardliner Cheney und Rumsfeld, Einfluss auf den exekutiven Entscheidungsprozess nehmen konnten, hatten die Administration entweder verlassen oder fanden sich in weniger einflussreichen Positionen wieder. Außerdem stärkte die anhaltend chaotische Lage im Irak, die amerikanischen Realisten, die, die Bush Regierung mit Nachdruck auf eine realpolitische Kurkorrektur in der Nah-Ostpolitik drängten.

Im Konflikt um das iranische Nuklearprogramm behielten die Regierungshardliner trotz allem die Oberhand, und dies obwohl mit Robert Gates, ein ausgesprochener Kritiker, der bisherigen Iran Politik, das Amt des Verteidigungsministers übernahm. Wie sich gezeigt hat, lag dies nicht zuletzt an Condoleezza Rice, die sich in ihren diplomatische Avancen gegenüber Teheran deutlich an deren Forderungen der verbliebenen Falken orientierte, und es bis zuletzt verabsäumte ideologische Faktoren nachzureihen. Damit verhinderte sie zwar eine militärische Konfrontation, zu einer Verhandlungslösung trug sie jedoch wenig bei.

Anders verhielt es sich in der amerikanischen Nordkoreapolitik, in der Condoleezza Rices Ankunft im State Department den Beginn einer tatsächlichen realistischen Kurskorrektur markierte, die letztlich zur Verabschiedung des *Denuclearization Action Plan* führte, der einen diplomatischen Durchbruch im Ringen um das nordkoreanische Atomprogramm darstellte.

Es lässt sich, angesichts Condoleezza Rices Performance in der Bush Administration, der Eindruck nicht vermeiden, dass sie während ihrer gesamten außenpolitischen Karriere weniger aus ihren, zweifelsohne vorhandenen, theoretischen und konzeptionellen Kenntnissen der internationalen Beziehungen, schöpfte, um komplexe internationale Problemlagen zu bewältigen, sondern sich in ihrer außenpolitischen Programmatik vielmehr an den jeweiligen politischen Mächteverhältnissen orientierte. Die, bei Fertigstellung der vorliegenden Arbeit

veröffentlichten, Informationen über Rices Fügsamkeit in der Frage nach der Anwendung von Folter gegenüber Terrorverdächtigen bekräftigen diesen Schluss.³⁶⁸

³⁶⁸ The Huffington Post, „Rice, Cheney Approved Waterboarding,“ *The Huffington Post*, 23. April 2009, http://www.huffingtonpost.com/2009/04/22/condoleezza-rice-cheney-a_n_190340.html (abgerufen am 27. April 2009).

7. Literaturverzeichnis

Alle Internet-Quellen wurden am 27. April 2009 überprüft.

9/11 Kommission. *Final Report of the National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*. 22. Juli 2004. URL: <http://www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf>

Atomwaffen A-Z. „Gleichgewicht des Schreckens.“ URL: <http://www.atomwaffena-z.info/glossar.php?alpha=G&auswahl=Gleichgewicht%20des%20Schreckens>

Barber, Benjamin. *Imperium der Angst: Die USA und die Neuordnung der Welt*. München: Beck, 2003.

Bierling, Stephan. *Geschichte der Amerikanischen Außenpolitik: Von 1917 bis zur Gegenwart*. München: Beck 2003.

Bush, George W. "A Distinctly American Internationalism." Rede, Ronald Reagan Presidential Library, Simi Valley, California, November 19, 1999. URL: <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/wspeech.htm>

Bush, George W. The Second Gore-Bush Presidential Debate. 11. Oktober 2000. URL: <http://www.debates.org/pages/trans2000b.html>

Bush, George W. „Address to a Joint Session of Congress and the American People.“ 20. September 2001. URL: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/print/20010920-8.html>

Bush, George W. „President Delivers State of the Union Address.“ 29. Januar 2002. URL: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>

Bush, George W. „President Bush Delivers Graduation Speech at West Point.“ 1. Juni 2002. URL: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>

Bush, George W. „President Bush Discusses Freedom in Iraq and Middle East Remarks by the President at the 20th Anniversary of the National Endowment for Democracy.“ *The National Endowment for Democracy*, 6. November 2003. URL: <http://www.ned.org/events/anniversary/20thAniv-Bush.html>

Bush, George W. „President Bush's Second Inaugural Address.“ 20. Jänner 2005. URL: <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=4460172>

Bumiller, Elisabeth. *Condoleezza Rice: An American Life*. New York: Random House, 2007.

Chace, James. „Quixotic America.“ *World Policy Journal* 20, 3 (Fall 2003): 7-16.

Clarke, Richard. *Against All Enemies: Inside America's War on Terror*. New York: Free Press, 2004.

CNN, „CNN Late Edition with Wolf Blitzer: Rice Discusses Role of U.S. Military Overseas.“ *CNN*, 29. Juli 2001.

URL: <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/0107/29/le.00.html>

CNN. „Commander in Chief lands on USS Lincoln.“ *CNN*, 2. Mai 2003. URL: <http://edition.cnn.com/2003/ALLPOLITICS/05/01/bush.carrier.landing/>

Cooper, Helene und Kershner, Isabel. „Rice Calls Dialogue with Iran Pointless.“ *New York Times*, 4. Juni 2008. URL:

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C07E5DC143DF937A35755C0A96E9C8B63&sec=&spon=&pagewanted=1>

Cooper, Helene und Sanger, David E. „Iran Strategy Stirs Debate at White House.“ *The New York Times*, 16. Juni 2007. URL:

<http://www.nytimes.com/2007/06/16/washington/16diplo.html>

Daalder, Ivo H. und Lindsay, James M. *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*. Washington, D.C.: Brookings Institution, 2003.

Del Pero, Mario. „'A Balance of Power that Favors Freedom': The Historical and Ideological Roots of the Neo-Conservative Persuasion.“ *EUI Working Papers*, 2005/22. URL: http://www.iue.it/RSCAS/WP-Texts/05_22.pdf

Dobbs, Michael. „Joseph Korb's Enduring Foreign Policy Legacy; Professor Mentored Daughter Albright and Student Rice.“ *The Washington Post*, 28. Dezember 2000, S. A05.

Drew, Elizabeth. „The Neocons in Power.“ *The New York Review of Books*, 14. Mai 2003.

Dunn, David Hastings. „Bush, 11 September and the Conflicting Strategies of the `War on Terrorism`.“ *Irish Studies in International Affairs* 16 (2005): S. 11-33.

Dunn, David Hastings. „`Real Men Want to Go to Tehran`: Bush Preemption and the Iranian Nuclear Challenge.“ *International Affairs* 83, 1 (2007): S. 19-38.

Ehrmann, John. *The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994*. New Haven/London: Yale University Press, 1995.

Etzold, Thomas H. und Gaddis, John Lewis. Hg. *Containment: Documents on American Policy and Strategy, 1945-1950*. New York: Columbia University Press, 1978.

Evans, Graham und Newnham, Jeffrey. *Dictionary of International Relations*. Penguin Books, 1998.

Feldmann, Linda und Sappenfield, Mark. „In US Security Plan More Realism.“ *Christian Science Monitor*, 17. März 2006. URL:

<http://www.csmonitor.com/2006/0317/p01s03-usfp.html?s=widedp>

Felix, Antonia. *Condi: The Condoleezza Rice Story*. New York: Newmarket Press, 2002.

Felix, Antonia. „Condoleezza Rice at Stanford University: The Early Years.“ *The Journal of Blacks in Higher Education* 38 (Winter 2002/2003): S. 116-120.

Fischermann, Thomas. „Wie viel kostet der Irak-Krieg?.“ *Die Zeit*, 12. April 2006. URL: http://www.zeit.de/2006/16/Kasten_Kriegskosten

Fukuyama, Francis. „The End of History?.“ *National Interest*, Sommer 1989. URL: <http://www.wesjones.com/eoh.htm>

Fukuyama, Francis. *The End of History and The Last Man*. New York: Free Press, 1992.

Fukuyama, Francis. *Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg*. Berlin: Propyläen, 2006.

Gaddis, John Lewis. „A Grand Strategy.“ *Foreign Policy*, November/ Dezember 2002, S. 50-57.

Gärtner, Heinz. *Reader zur Vorlesung: Theorie und Sicherheit*. Wien: Facultas, 2004.

Gärtner, Heinz. *Internationale Sicherheit Definitionen A-Z*. Baden-Baden: Nomos, 2005.

Gilbert, Alan. „Condi As You Never Knew Her.“ *New African*, 1. Juni 2004.

Goldberg, Jeffrey. „Letter from Washington: Breaking Ranks: What Turned Brent Scowcroft Against the Bush Administration?.“ *The New Yorker*, 31. Oktober 2005. URL: http://www.jeffreygoldberg.net/articles/tny/letter_from_washington_breakin.php

Greve, Patricia. *Neokonservative Akteure und die Außenpolitik der Regierung George W. Bush 2001-2004*. Marburg: Tectum, 2005.

Greven, Ludwig. „Realist ersetzt Krieger.“ *Zeit Online*, 9. November 2006. URL: <http://www.zeit.de/online/2006/46/Gates?page=1>

Guzzini, Stefano. *Realism in International Relations and International Political Economy: The Continuing Story of a Death Foretold*. London/ New York: Routledge, 1998.

Gwertzman, Bernard. „Interview: Sick: Expect ‘Realism and Pragmatism’ From Gates in Pentagon.“ *Council on Foreign Relations*, 9. November 2006. URL: <http://www.cfr.org/publication/11963/>

Hacke, Christian. *Zur Weltmacht verdammt: Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush*. Berlin: Ullstein, 2005.

Halliday, Fred. *Frostige Zeiten: Politik im Kalten Krieg der 80er Jahre*. Frankfurt: Verlag Neue Kritik, 1984.

Halper, Stefan und Clarke, Jonathan. *Ameria Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order*. Cambridge: Cambridge University Press, 2004.

Harding, James und Wolffe, Richard. "We worry a good deal more... September 11 clarified the threats you face in the post-cold-war era': CONDOLEEZZA RICE INTERVIEW." *Financial Times*, September 23, 2002. URL: <http://www.proquest.com/>

Hasenclever, Andreas. „Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden.“ In *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Hrsg. Siegfried Schieder und Manuela Spindler, S. 199-222. Opladen: Leske + Budrich, 2003.

Heilbrunn, Jacob. „Condoleezza Rice: George W.'s Realist.“ *World Policy Journal* 16, 4 (Winter 1999/ 2000): S. 49-54.

Heilbrunn, Jacob. *The Knew They Were Right: The Rise of the Neocons*. New York: Doubleday, 2008.

Heisbourg, Francois. „A Work in Progress: The Bush Doctrine and Its Consequences.“ *The Washington Quarterly* 26, 2 (Frühling 2003): S. 75-88.

Herz, John. *Staatenwelt und Weltpolitik: Aufsätze zur Internationalen Politik im Nuklearzeitalter*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1974.

Huntley, Wade L. „Waiting to Exhale: The Six-Party Talks Agreement.“ *Simons Centre for Disarmament and Non-Proliferation Research*, 21. September 2005. URL: <http://liu.xplorex.com/sites/liu/files/Publications/waitingtoexhale.pdf>

Ikenberry, G. John. „The End of the Neokonservative Moment.“ *Survival* 46, 1 (Frühling 2004): 7-22, 8.

Jacobs, Andreas. „Realismus.“ In *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Hg. Siegfried Schieder und Manuela Spindler (Hg.), S. 35-59. Opladen: Leske + Budrich, 2003).

Joffe, Josef. „Paukenschlag in Washington.“ *Zeit Online*, 5. Dezember 2007. URL: <http://www.zeit.de/online/2007/49/usa-iran-nic-bericht>

Judis, John B. „Imperial Amnesia.“ *Foreign Policy*, Juli/ August 2004, S. 50-59.

Kalvoda, Josef. Buchbesprechung von Condoleezza Rice. *The Soviet Union and the Czechoslovak Army, 1948-1983: Uncertain Allegaince*. In *The American Historical Review* 90, 5 (Dezember 1985): 1236.

Kaplan, Fred. „Why Her Dreams Crashed: Rice's Worldview Flipped and Her Policies Flopped.“ *Washington Post*, 4. November 2007.

Keller, Bill. „The Sunshine Warrior.“ *The New York Times*, 22. September 2002. URL: <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C07E2DF1730F931A1575AC0A9649C8B63>

Patrick Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik: Ideen, Krieg und Strategie von Ronalds Reagan bis George W. Bush* (Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2008).

Kessler, Glenn. *The Confidante: Condoleezza Rice and the Creation of the Bush Legacy*. New York: St. Martin's Press, 2007.

Kettmann, Steve. „Bush's Secret Weapon.“ *Salon*, 20. März, 2000. URL: <http://dir.salon.com/story/politics2000/feature/2000/03/20/rice/index1.html>

Klarevas, Louis. „Political Realism: A Culprit for the 9/11 Attacks.“ *Harvard International Review* 26, 3 (Herbst 2004): S. 18-23.

Kleine-Brockhoff, Thomas. „Das Burgfräulein vom Weißen Haus.“ *Die Zeit*, 18.11.2004. URL: http://www.zeit.de/2004/48/Rice_2fPerspektiven?page=all

Kleine-Brockhoff, Thomas. „Papa Ante Portas.“ *Die Zeit*, 47, 16. November 2006. URL: <http://www.zeit.de/2006/47/Bush-Vater-Sohn>

Krauthammer, Charles. „The Unipolar Moment.“ *Foreign Affairs* 70, 1 (Winter 1990/1991): S. 23-33.

Kristol, William und Robert, Kagan. „Toward a Neo_Reaganite Foreign Policy.“ *Foreign Affairs* 75, 4 (Juli/August 1996): S. 18-32. URL: <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=276>

Kristol, William und Kagan, Robert. „A Distinctly American Internationalism.“ *The Weekly Standard*, 29. November 1999. URL: <http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=237&prog=zgp&proj=zusr>

Kristol, William und Kagan, Robert. „Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy.“ *Foreign Affairs* 75, 4 (1996): S. 18-32.

Kurlantzick, Joshua. „The Rice Capades.“ *The American Prospect*, 15. April 2004. URL: http://www.prospect.org/cs/articles?article=the_rice_capades

Lebow, Richard N. und Risse-Kappen, Thomas (Hg.). *International Relations Theory and the End of the Cold War*. New York: Columbia University Press, 1995.

Lebow, Richard und Stein, Janice. *We All Lost the Cold War*. Princeton: Princeton University Press, 1994.

Leffler, Melvin P. „9/11 and the Past and Future of American Foreign Policy.“ *International Affairs* 79, 5 (2003): 1045-1063.

Jervis, Robert. „Understanding the Bush Doctrine.“ *Political Science Quarterly* 118, 3 (2003): 365-388.

Lemann, Nicholas. „The Iraq Factor; Will The New Bush Team's Old Memories Shape Its Foreign Policy?.“ *The New Yorker*, 22. Jänner 2001.

Lemann, Nicholas. „The Next World Order.“ *The New Yorker*, 1. April 2002. URL: http://www.newyorker.com/archive/2002/04/01/020401fa_FACT1

Lemann, Nicholas. „Without a Doubt.“ *The New Yorker*, 14. Oktober 2002.

Lemke, Christiane. *Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder*. München/Wien: Oldenbourg, 2000.

Lieven, Anatol und Hulsman, John C. „Neoconservatives, Liberal Hawks, and the War on Terror: Lessons from the Cold War.“ *World Policy Journal* 23, 3 (Herbst 2006): S. 64-74.

Mabry, Marcus. *Twice as Good: Condoleezza Rice and Her Path to Power*. New York: Modern Times, 2007.

Mandelbaum, Michael. „Foreign Policy as Social Work.“ *Foreign Affairs* 75,1 (Januar/Februar 1996): S. 16-32.

Mann, James. *Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet*. Penguin Books, 2004.

Mazarr, Michael J. „George w. Bush, Idealist.“ *International Affairs* 79, 3 (2003): S. 503-522.

Mearsheimer, John J. „Hans Morgenthau and the Iraq war: realism versus neo-conservatism,“ *Open Democracy*, 19. Mai 2005. URL: http://www.opendemocracy.net/democracy-americanpower/morgenthau_2522.jsp

Miller, Greg. „Democracy Domino Theory `Not Credible`.“ *Los Angeles Times*, 14. März 2003. URL: <http://www.commondreams.org/headlines03/0314-06.htm>

Moon, Chung-in und Bae, Yong-Yun. „The Bush Doctrine and the North Korean Nuclear Crisis.“ *Asian Perspective* 27, 4 (2003): S. 9-45.

Morgenthau, Hans J. *Politics Among Nations*. New York: Knopf, 1948.

Münkler, Herfried. *Der Neue Golfkrieg*. Hamburg: Rowohlt, 2003.

Nass, Matthias. „Hochmütig auf dem Persischen Teppich.“ *Zeit Online*, 25.11.2008. URL: <http://www.zeit.de/online/2008/30/atomstreit-iran-usa>

Neumeister, Sandra. „Der amerikanische Liberalismus am Beispiel der Außenpolitik der Präsidenten der USA von Franklin Delano Roosevelt bis George W. Bush.“ Diplomarbeit, Universität Wien, 2005.

Nordlinger, Jay. „Star-in-Waiting.“ *National Review*, 30. August 1999. URL: <http://www.nationalreview.com/flashback/nordlinger200411170605.asp>

O'Hanlon, Michael E., Rice, Susan E. und Sternberg, James B. „The New National Security Strategy and Preemption.“ *The Brookings Institution*, Policy Brief #113. URL: <http://www.brookings.edu/comm/policybriefs/pb113.htm>

Pach, Chester. „The Reagan Doctrine: Principle, Pragmatism, and Policy.“ *Presidential Studies Quarterly* 36, 1 (März 2006): S: 75-88.

PBS Frontline, „Interview: John Lewis Gaddis.“ *Frontline: The War behind Closed Doors*, 16. Januar 2003. URL: <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/iraq/interviews/gaddis.html>

Pinzler, Petra. „Klassik statt Jazz.“ *Die Zeit*, 50, 1999. URL: http://www.zeit.de/1999/50/Klassik_statt_Jazz_

Pinzler, Petra. „Die Zwei Realisten.“ *Die Zeit*, 52, 2000. URL: http://www.zeit.de/2000/52/Die_zwei_Realisten

PNAC. „Statement of Principle.“ 3. Juni 1997. URL: <http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm>

PNAC. „Letter to President Clinton on Iraq.“ 26. Jänner 1998. URL: <http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>

Podhoretz, Norman. „The Case For Bombing Iran.“ *Commentary Magazine*, Juni 2007. URL: <http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm/the-case-for-bombing-iran-10882>

Powell, Colin. „U.S. International Engagement: A Time of Great Opportunity.“ *U.S. Foreign Policy Agenda: U.S. National Security: The Bush Team* 6, 1 (März 2001). URL: <http://www.usis.it/pdf/ej/ijpe0301.pdf>

Prados, John. „Blindsided or Blind?.“ *Bulletin of the Atomic Scientists* 60, 4 (Juli/August 2004): S. 27-37.

Raz, Guy. „For Albright And Rice, Josef Korbel Is Tie That Binds.“ *National Public Radio*, 28. Juni 2006. URL: <http://npr.org/templates/story/story.php?storyId=5516648>

Rice, Condoleezza. „The Soviet Alliance System.“ In *The Gorbachev Era*, Alexander Dallin und Condoleezza Rice (Hg.), S. 155-165. Stanford: Stanford Alumni Association, 1986.

Rice, Condoleezza. „The Development of Soviet Military Power.“ In *The Gorbachev Era*, Alexander Dallin und Condoleezza Rice (Hg.), S. 121-137. Stanford: Stanford Alumni Association, 1986.

Rice, Condoleezza. „The Making of Soviet Strategy.“ In *Makers of Soviet Strategy: From Machiavelli to the Nuclear Age*, Peter Paret (Hg.), S. 648-676. Princeton: Princeton University Press, 1986.

Rice, Condoleezza. „Campaign 2000: Promoting the National Interest.“ *Foreign Affairs* 79, 1 (Januar/Februar 2000): S. 45-62.

Rice, Condoleezza. „Exercising Power without Arrogance.“ *The Chicago Tribune*, 31. Dezember 2000. URL: <http://www.usembassyjakarta.org/codoleesa.htm>

Rice, Condoleezza. „U.S. Security Policy: Protecting the Nation's Critical Infrastructure,“ *U.S. Foreign Policy Agenda: U.S. National Security: The Bush Team* 6, 1 (März 2001). URL: <http://www.usis.it/pdf/ej/ijpe0301.pdf>

Rice, Condoleezza. „Transforming the Middle East.“ *The Washington Post*, 7. August 2003.

Rice, Condoleezza. „A Balance of Power That Favors Freedom.“ Wriston Lecture, Manhattan Institute, New York City, New York, 1. Oktober 2003. URL: <http://www.manhattan-institute.org/html/wl2002.htm>

Rice, Condoleezza. „9/11: For the Record.“ *The Washington Post*, 22. März 2004. URL: <http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A13881-2004Mar21?language=printer>

Rice, Condoleezza. „Remarks at the American University in Cairo.“ *US Department of State*, 20. Juni 2005. URL: <http://www.gees.org/documentos/Documen-458.pdf>

Richter, Steffen. „Den Untergang Verhindern.“ *Die Zeit*, 22. Dezember 2006. URL: <http://www.zeit.de/online/2006/52/nordkorea-atomruestung?page=1>

Ross, Jan. „Ikone der Vergeblichkeit.“ *Die Zeit*, 49, 29. November 2008. URL: <http://www.zeit.de/2007/49/Condoleezza-Rice?page=1>

Rothkopf, David J. *Running the World: The Inside Story of the National Security Council and Architects of American Power*. New York: Public Affairs, 2005.

Rothkopf, David J. „Inside the Committee that Runs the World.“ *Foreign Policy*, März/ April 2005, S. 30-40.

Rozen, Laura. „Condi's Conundrum.“ *The Washington Monthly* 39, 4 (April 2007): S. 38-42.

Rudolf, Peter. „Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush.“ In *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2001*, Erich Reiter (Hg.), S. 70-81. Wien: Mittler & Sohn: 2001. URL: http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/03_jb01_26_rud.pdf

Rudolf, Peter. „A Distinctly American Internationalism – Amerikanische Weltpolitik unter Präsident George W. Bush.“ *Politik und Gesellschaft Online*, Februar 2001, URL: http://www.fes.de/ipg/ipg2_2001/artrudolf.htm

Rudolf, Peter. „USA-Sicherheitspolitische Konzeptionen und Kontroversen.“ In *Internationale Politik*, Mir A. Ferdowsi (Hg.), S. 147 -162. München: Fink, 2002.

Rudolf, Peter. „Wie der 11. September die amerikanische Außenpolitik verändert hat.“ In *Brandherd Irak: US Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Bernd W. Kubbig (Hg.), S. 144-152. Frankfurt/New York: Campus, 2003.

Rudolf, Peter. „Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik und der Krieg gegen den Irak.“ *Zeitschrift für Politik* 50, 3 (2003): S. 257-280.

Rudolf, Peter. „Die ´Strategie der Freiheit` im Nahen und Mittleren Osten: Rhetorik und Realität amerikanischer Politik.“ *Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell*, 53 (2003). URL: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=684.

Rudolf, Peter. „Die USA von Clinton zu Bush.“ In *Supermacht im Wandel*, Hans-Jürgen Puhle, Sönke Schreyer, Jürgen Wilzewski (Hg.), S. 263-295. Frankfurt/New York: Campus 2004.

Rudolf, Peter. „Die Iran-Politik der Bush Administration.“ *Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell*, 25 (April 2007). URL:

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=3893

Ruggie, John Gerard. *Constructing the World Polity: Essays on International Institutionalization*. New York: Routledge, 1998.

Schaake, Erich. *Condoleezza Rice: Die Frau an der Spitze der Macht*. München: Herbig, 2004.

Schipany, Martin. „The Agreed Framework` 1994 und der ´Denuclearization Action Plan` 2007 – Ein Vergleich.“ Diplomarbeit, Universität Wien, 2007.

Schissler, Jakob. „American Exceptionalism und das Feindbild Irak.“ In Bernd W. Kubbig (Hg.), S: 73-81. Frankfurt/ New York: Campus, 2003.

Schlieben, Michael und Eden-Fleig, Wiebke. „Weltkriegsrhetorik.“ *Zeit Online*, 18. Oktober 2007. URL: <http://www.zeit.de/online/2007/43/bush-weltkrieg-presseschau>

Schmidt, Brian C. und Williams, Michael C. „The Bush Doctrine and the Iraq War: Neoconservatives vs. Realists.“ Working Paper Nr. 16, The American University, 13. Februar, 2008. URL: http://www.aup.fr/pdf/WPSeries/AUP_wp61-WilliamsSchmidt.pdf

Sciolino, Elaine. „The 2000 Campaign: The Advisor; Bush’s Foreign Policy Tutor: An Academic In The Public Eye.“ *New York Times*, 16. Juni 2000.

URL:

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9805E2DE1F3EF935A25755C0A9669C8B63>

Scoblete, Gregory. „We Could Use a Man Like George Herbert Walker Again,“ *Real Clear Politics*, 27. Februar 2008. URL: http://www.realclearpolitics.com/articles/2008/02/we_could_use_a_man_like_george.html

Scowcroft, Brent. „Don’t Attack Saddam.“ *Wall Street Journal*, 15. August 2002. URL: <http://www.opinionjournal.com/editorial/feature.html?id=110002133>

Snyder, Jack. „One World, Rival Theories.“ *Foreign Policy*, November/ Dezember 2004, S.53-62.

Stephen, Andrew. „The Fall of Condi.“ *New Statesman*, 6. September 2007. URL: <http://www.newstatesman.com/politics/2007/09/british-rice-bush-state>

The Huffington Post. „Rice, Cheney Approved Waterboarding.“ *The Huffington Post*, 23. April 2009. URL: http://www.huffingtonpost.com/2009/04/22/condoleezza-rice-cheney-a_n_190340.html

The White House. *The National Security Strategy of the United States of America*. Washington DC: September 2002.

The White House. *The National Security Strategy of the United States of America*. Washington DC: März 2006.

Tyler, Patrick E. „U.S. Strategy Plan Calls for Insuring no Rivals Develop.“ *The New York Times*, 8. März 1992. URL: <http://work.colum.edu/~amiller/wolfowitz1992.htm>

Walt, Stephen M. und Mearsheimer, John J. „An Unnecessary War.“ *Foreign Policy*, Januar/ Februar 2003, S. 50-59.

Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln/ Berlin: 1964.

Williams, William Appleman. *Der Welt Gesetz und Freiheit Geben*. Hamburg: Junius Verlag, 1984.

Woodward, Bob. *Plan of Attack*. New York: Simon & Schuster, 2004.

Zelikow, Philip und Rice, Condoleezza. *Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft*. Cambridge/ London: Harvard University Press, 1995.

Abstract: „A Balance of Power That Favors Freedom“ Condoleezza Rice - Eine Konzeptionelle Biographie

Als es mit den Anschlägen des 11. September 2001 zu einer grundlegenden Neuausrichtung amerikanischer Außenpolitik kommt, wandelt sich, George W. Bushs Nationale Sicherheitsberaterin, Condoleezza Rice von einer behutsamen außenpolitischen Realistin zu einer leidenschaftlichen Anhängerin der neokonservativen Bush Doktrin. Im Amt der Außenministerin gelangt sie zu realistischen Einschätzungen zurück, versucht, in der politischen Praxis, jedoch weiterhin die divergierenden Konzepte des Realismus und des Neokonservatismus miteinander zu einen. Anhand ausgewählter Politikfelder werden Rices außenpolitische Vorstellungen im Spannungsverhältnis zwischen realistischen und neokonservativen Konzeptionen dargestellt. Den theoretischen Rahmen bilden der Realismus und der Neokonservatismus als Strömungen im außenpolitischen Denken der USA.

Astrid ROSENWIRTH

Anschrift:

Kaiserstrasse 26/3/19
1070 Wien
Tel.: 01/ 907 37 51
Mobil: 0664/ 648 25 56
Email: a.rosenwirth@gmail.com

Persönliche Daten:

Geburtstag: 8. September 1981
Geburtsort: St. Veit an der Glan, Kärnten
Staatsbürgerschaft: Österreich

AUSBILDUNG

- Sep. 1991 – Juni 2000 Lerchenfeldgymnasium, Klagenfurt, Kärnten
- Okt. 2001 – Juni 2009 **Studium der Politikwissenschaft**, Universität Wien
- Spezialisierungsmodule
- Internationale Politik
 - Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
 - Politik im außereuropäischen Vergleich
 - Politik im außereuropäischen Vergleich
- Zusätzliche Schwerpunktsetzung:
- Österreichische Politik
 - Medien- und Kommunikationswissenschaft
 - Spanisch/ Arabisch
- Jan. – Mai 2005 **Auslandssemester, University of Illinois at Urbana-Champaign**, Illinois, USA
- Stipendium: Joint Study Exchange Programme
- Feb. 2006 **Studienaufenthalt, Universidad de la Habana**
Havanna, Cuba
-